Nr. 163 Februar 1990 DM 6,00 M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Indien

Karibik Chile Brasilien
Palästina Ägypten Nicaragua



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Susanne Neymeyer, Mechtild Maurer, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Detlev Vogel, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 164:
20.02.1990

Anzeigenschluß für Nr. 164:
(Druckfertige Vorlagen) 27.02.1990

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Titelfoto: Walter Keller

Inhaltsverzeichnis

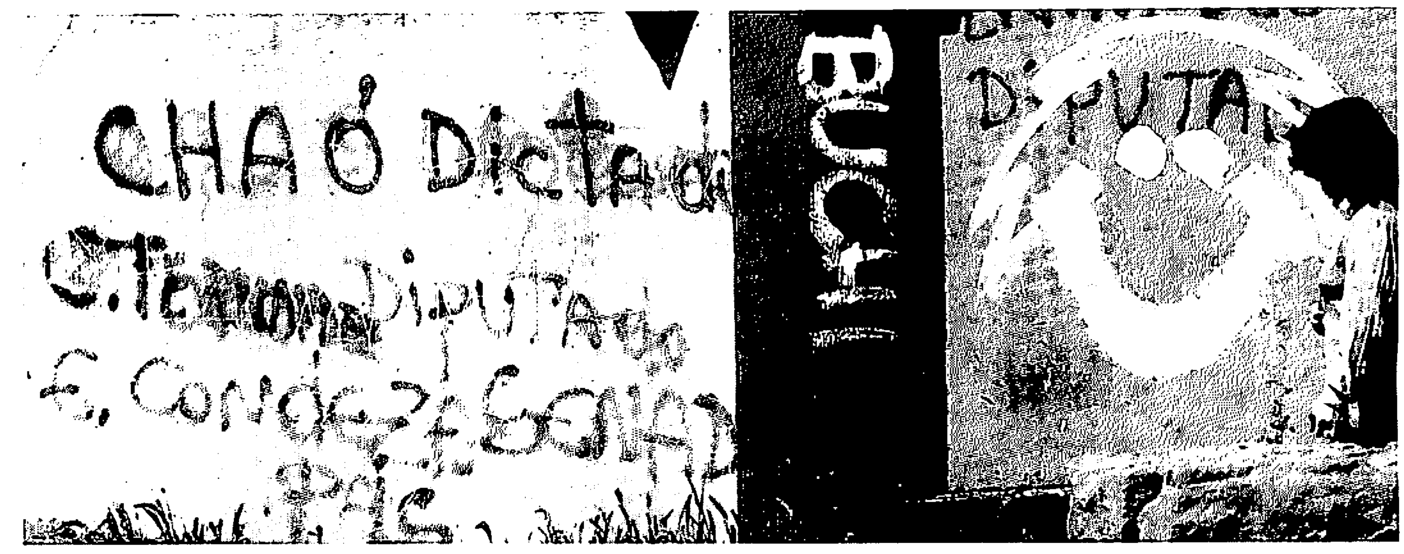
Pinochet geht - sein Einfluß bleibt

„Klarer Sieg für Chiles demokratische Opposition", „Klares Votum gegen die Diktatur", „Das Ende einer langen Nacht", „Chile kehrt zur Demokratie zurück": Für Teile der deutschen Presse war die chilenische Welt wieder in Ordnung, nachdem Patricio Aylwin Azocar, der Kandidat der vereinten Opposition, bei der Präsidentschaftswahl am 14. Dezember 1989 im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errungen hatte. Am 14. März will Aylwin als chilenischer Präsident in den Regierungspalast, die Moneda, in Santiago einziehen. Ab dann wird Chile wieder als demokratisches Land gelten.
Fraglich allerdings ist, ob sich mehr als 16 Jahre Militärdiktatur in einem einzigen Wahlgang beseitigen lassen.

Schon Mitte der 70er Jahre hatten die Militärs damit begonnen, Wirtschaft und Gesellschaft des Andenstaates grundlegend zu verändern, und bereits seit zehn Jahren kontrollieren sie den gesamten Prozeß der „Redemokratisierung" durch ihre „Verfassung der Freiheit". Und genau diese Verfassung, in der die Militärs ihre Vorstellungen des künftigen Chiles verankern konnten, wird den konstitutionellen Rahmen der künftigen demokratischen Regierung Chiles bilden.
Es war im August 1980, als Diktator Augusto Pinochet den Chilenen eine Volksabstimmung ankündigte: Sie sollten mit „Ja" oder „Nein" über den Entwurf der besagten Verfassung entscheiden, mit der die Militärs die demokratische chilenische Verfassung von 1925 ersetzen wollten. Die Zeit schien den Generälen günstig, sich mit einer neuen Verfassung ein neues - liberaleres - Image zu verschaffen.
Mit brutaler Repression hatten sie in den ersten Jahren nach dem Putsch Linke und Anhänger der gestürzten Regierung der Volkseinheit, der Unidad Popular, umgebracht oder ins Exil getrieben: Es herrschte



Sieger Aylwin (Foto: Klaus Görgen)



Ruhe im Land. Innerhalb der vierköpfigen Militärjunta, die 1973, nach dem Putsch, die Macht übernommen hatte, konnte der Oberbefehlshaber des Heeres, General Augusto Pinochet, seine Position festigen und interne Widersacher, wie etwa den Luftwaffengeneral Gustavo Leigh, ausschalten.

Wirtschaftspolitisch hatten die Militärs, beraten von durchweg sehr jungen Absolventen nordamerikanischer Universitäten (Chicago Boys) das Ruder herumgerissen und die nationale Ökonomie auf einen neoliberalen Kurs gebracht. In einem als „Schockpolitik" bezeichneten ersten Schritt hatten sie bis 1975 den Chilenen Lohnsenkungen bis zu 70 Prozent verordnet und ihnen eine Vervierfachung der Arbeitslosigkeit zugemutet. (Jeweils im Vergleich mit 1972). Mit dieser Roßkur wollten sie die hohe Inflationsrate des Andenstaates senken und das Land so für ausländische Investoren attraktiv machen.
Um die Geldentwertung zu stoppen, drängten die Chicago Boys den Staat völlig aus dem Produktionsprozeß heraus. Denn gemäß der Lehre des nordamerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Milton Friedman, dessen Theorien die Chicago Boys besonders beeindruckten, ziehen Eingriffe des Staates in das „freie Spiel der Marktkräfte" immer einen Anstieg der Inflation nach sich. In Chile hatten staatliche Stellen seit jeher mit Subventionen, billigen Krediten und Regierungsaufträgen in das Wirtschaftsleben eingegriffen. Damit machten die neuen, theorietreuen Wirtschaftspolitiker nun radikal Schluß. Staatliche Leistungen wurden privatisiert - bis hin zu den Sozialversicherungen, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten. Der Staat sollte fortan nur noch die Rahmenbedingungen der Wirtschaft sichern. Das hieß in Chile konkret: Armee, Polizei und die sogenannten Sicherheitsdienste sollten möglichen Widerstand gegen die neue Wirtschaftspolitik verhindern. Darüberhinaus senkten die Chicago Boys radikal die Einfuhrzölle - zum Teil bis zu 500 Prozent. Mit diesen hohen Zöllen hatten alle chilenischen Regierungen seit den 40er Jahren versucht, den Aufbau einer nationalen Industrie zu fördern, indem sie durch den Zoll-Aufschlag die Preise für importierte Waren erhöhten. Nach dem Fall der Zölle konnten die im Inland hergestellten Produkte nicht mehr mit den nun nach Chile strömenden Produktionen aus den USA, aus Japan oder aus Westeuropa konkurrieren. Die einheimischen Firmen blieben auf ihren Waren sitzen und mußten Konkurs anmelden. Dadurch stiegen die Arbeitslosenquoten erneut an (1978: 20 Prozent), und viele arbeitslose Industriearbeiter mußten in die Elendsviertel ziehen. Dort schlugen sie sich fortan als Gelegenheitsarbeiter durch. Dieser Marginalisierung großer Teile der chilenischen Arbeiter stand eine Aufwertung der Mittelschichten gegenüber: Ihnen bot die neue Wirtschaftsplitik ungeahnte Konsummöglichkeiten. Denn die Chicago Boys hatten auch den Kapitalmarkt des Landes liberalisiert. Ausländer konnten nun ihr Geld ungehindert bei chilenischen Banken und Finanzierungsinstitutionen anlegen. Das taten sie auch gerne, denn die Diktatur, die linke Parteien und Gewerkschaften wirkungsvoll ausgeschaltet hatte, garantierte einen ungestörten Ablauf der Geschäfte. Mit diesem aus dem Ausland nach Chile strömenden Kapital, das über die einheimischen Banken per Kredit an die Chilenen weitergegeben wurde, konnten vor allem die Mittelschichten die aus dem Ausland importierten Waren kaufen und sich so einen nie gekannten Lebensstandard leisten. Kleinwagen aus Japan, Schuhe aus Italien, neue Wohnungen in „besseren" Vierteln - all das war für die Sekretärinnen und Bankangestellten plötzlich - auf Pump - erreichbar.

Den richtigen Zeitpunkt abgepaßt ...

Ende der 70er Jahre hatte der Diktator den neuen Aufsteigern damit die gewünschte „Ruhe und Ordnung" im Land beschert und ihnen darüberhinaus den Lebensstandard erhöht. Dies machte gerade in den Mittelschichten, die in der Zeit der Unidad Popular besonders laut über das „Chaos" geklagt und nach dem Eingreifen des Militärs gerufen hatten, großen Eindruck.
Aber der Konsumboom überzeugte nicht nur die Mittelschichten von den Vorzügen der Militärdiktatur. Der durch Radio und Fernsehen rund um die Uhr vermittelte Konsumzwang - nur das, was man sich leisten kann, gilt als Leistung - ereichte auch die Bewohner der sich ausbreitenden Elendsviertel (Poblaciones) rund um die Zentren der chilenischen Städte. Von den übervollen Auslagen der Geschäfte und Supermärkte ausgeschlossen zu sein, empfanden viele Pobladores als persönliches Versagen. Der Versuch, um jeden Preis an der bunten Welt der Werbung teilhaben zu können, führte in den Elendsvierteln - ebenso wie in der gesamten chilenischen Gesellschaft - zu einer spürbaren Entsolidarisierung der Bevölkerung. Traditionelle Werte in Chile, wie Nachbarschaftshilfe, Solidarität im Viertel und Gastfreundschaft, wurden durch neue der Ellbogengesellschaft ersetzt. „Die süße Art, Egoist zu sein" (Werbespot), wurde für viele Chilenen zum Gebot, und auch in den Elendsvierteln hatte Anfang der 80er Jahre ein Teil der Pobladores die neoliberale Ideologie des „Jeder für sich, ohne Rücksicht auf die anderen" akzeptiert.
In dieser stabilsten Phase der Militärdiktatur präsentierten die Generäle im Herbst 1980 ihre „Verfassung der Freiheit". Vertreter der Katholischen Kirche, die verbotenen linken Parteien und die offen auftretenden Christdemokraten lehnten den Verfassungsentwurf ab. Denn erste Analysen zeigten, daß die Militärs mit diesem Entwurf lediglich ein liberales Mäntelchen um ihre Diktatur hängen wollten. So sollte das Image Chiles im Ausland verbessert werden, wo die totale Freiheit der Geschäfte in dem Andenstaat seit langem beklatscht, die gleichzeitige Unfreiheit der Bevölkerung (Parteienverbot, Pressezensur, willkürliche Verhaftungen und Folterungen) aber gelegentlich auch noch beklagt wurde. Dabei war der Verfassungsentwurf wenig demokratisch. In Übergangsbestimmungen, die



Wahlkampfinformationen für die, die sich keine Zeitung leisten können. (Foto: Klaus Görgen)

sofort in Kraft treten sollten, legte die „Constitución" einen genauen Fahrplan für die Rückkehr des Landes zu demokratischen Verhältnissen fest, der die Herrschaft der Militärs im ungünstigsten Fall bis 1997, im günstigsten bis 1990 sicherte. Dieser Zeitplan war ganz im Sinne der Generäle, die bis zum Ende des Jahrhunderts den Marxismus-Leninismus in Chile endgültig ausgerottet haben wollten. Die eigentliche Verfassung, die dann 1990 oder 1997 in Kraft treten sollte, zeigte den oppositionellen Parteien, daß die Militärs ihr seit 1973 praktiziertes Wirtschafts- und Gesellschaftmodell für alle Zeiten verfassungsrechtlich verankern wollten. Durch die „Verfassung der Freiheit" wollten die Generäle und ihre Berater auch in künftigen demokratischen Regierungen präsent sein.
So schloß Artikel 8 der Verfassung die chilenische Linke, soweit sie sich zum Marxismus bekannte, für alle Zeiten vom politischen Leben aus.
Aber der ständigen Propaganda in den regimetreuen Medien für das „Ja zur Verfassung der Freiheit" hatten die Befürworter des „Nein" nur ein paar Werbespots in zwei oppositionellen Radiostationen entgegenzusetzen. Am 11. September 1980, dem siebten Jahrestag des Militärputsches, stimmten rund 6,5 Millionen Chilenen über die „Verfassung der Freiheit" ab. Das Militär kontrollierte den Urnengang, und es gab im Anschluß an das Plebiszit eine ganze Reihe von Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung, ohne daß man der Diktatur allerdings konkrete Manipulationen hätte nachweisen können.
Nach dem von den Militärs nach dem Plebiszit veröffentlichten Ergebnis hatten 67 Prozent der Stimmberechtigten „Ja" zur „Verfassung der Freiheit" gesagt, die dann ein halbes Jahr später am 11.März 1981 in Kraft trat.

Pinochets Machtsockel gerät ins Wanken

Für die Gegner der Verfassung schien sich das Problem wider Erwarten zunächst von selbst zu lösen. 1981 war es mit dem chilenischen „Wirtschaftboom" auf Pump vorbei: Auf den internationalen Finanzmärkten wurden die Mittel knapper. Als es in Chile im Mai 1981 zu einem großen Firmenzusammenbruch kam, begannen die ausländischen Anleger um ihre Anlagen zu fürchten, und die Finanzmittel aus dem Ausland, die bis dahin das „Chilenische Wirtschaftswunder" am Leben gehalten hatten, blieben aus. Der von den Wirtschaftsplanern künstlich niedrig gehaltene Dollarkurs mußte erhöht werden, wodurch sich für die auf Dollarbasis verschuldeten Chilenen - allein aufgrund der Änderungen des Wechselkurses - die Schulden vervielfachten. 1982 bereits war Chile das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung der Welt.

Innenpolitische Folge waren ab 1983 die „protestas", die regelmäßigen Protesttage. An diesen Tagen zogen die Hausfrauen töpfeschlagend durch die Straßen: Die besonders enttäuschten Frauen der Mittelschichten in den besseren Stadtteilen ebenso wie die Köchinnen der Gemeinschaftsküchen in den Elendsvierteln.
Pinochets Sturz schien nur noch eine Frage von Monaten zu sein, und die Parteien, die sich den Protesttagen erst nachträglich anschlossen, dann allerdings flink die Initiative übernommen hatten, planten bereits die Machtübernahme.
Aber der Diktator überstand sogar den Generalstreik vom 2. und 3. Juli 1986, der in Chile „als die wichtigste Demonstration sozialer Mobilisierung seit 1973" gewertet wurde. Politisch gelang Pinochet dies in erster Linie durch eine Spaltung der Opposition, deren Mitte-Rechts-Gruppierungen er durch gezielte Dialog-Angebote köderte.
Nachdem zwei Monate später das Attentat des Frente Patriótico Manuel Rodriguez gegen ihn gescheitert war, konnte der Diktator seine Macht sogar wieder stabilisieren.

Das „No" mit begrenzter Wirkung und das Gerangel um die Präsidentschaft

Von diesem Zeitpunkt an mußten sich die Parteien der Opposition, die seit 1983 alle wieder öffentlich und halböffentlich im Land auftraten, entscheiden, ob sie die „Verfassung der Freiheit" akzeptieren wollten oder nicht. Konkret: Ob sie sich an einem von den Übergangsbestimmungen der Verfassung vorgesehenen erneuten Plebiszit beteiligen wollten oder nicht. In dieser für 1988 angesetzten Volksabstimmung sollten die Chilenen „Ja" oder „Nein" sagen zu weiteren acht Jahren Amtszeit des Diktators Augusto Pinochet.
Nach zum Teil harten und langen internen Auseinandersetzungen nahmen am Ende nahezu alle Parteien der Opposition an der Volksabstimmung teil. Damit hatte sich die gesamte chilenische Opposition (Ausnahme: Frente Patriótico Manuel Rodriguez, MAPU-Lautaro und Teile des MIR) auf die Verfassung der Freiheit eingelassen. Einige oppositionelle Politiker rechtfertigten dies mit der Hoffnung, nach einem glanzvollen Sieg in der Volksabstimmung über Pinochet ließe sich die Mobilisierung der Bevölkerung nutzen, um Militärdiktatur samt Verfassung abzuschaffen. Diese Hoffnung trog. Zwar verweigerte am 5. Oktober 1988 die Mehrheit der Chilenen Diktator Pinochet weitere acht Amtsjahre (43 Prozent stimmten aber auch nach 15 Jahren Diktatur noch für den General), aber dieser Sieg ließ sich nicht zu schnellen weitreichenden Veränderungen nutzen. Im Gegenteil: Nach den ausgedehnten Siegesfeiern kehrte wieder Ruhe ein in dem Andenstaat. Schon deshalb, weil die Mitglieder der Militärjunta ganz klar stellten, daß Veränderungen in Chile nur im Rahmen der „Verfassung der Freiheit" möglich seien.
Durch die - zumindest von Pinochet offenbar nicht erwartete - Niederlage in der Volksabstimmung war das Regime aber dennoch so geschwächt, daß es sich auf einige Änderungen der Verfassung einließ, die in einem erneuten Plebiszit im Juli 1989 von den Chilenen bestätigt wurden. Obwohl die Änderungen keine zentralen Punkte der Verfassung betrafen (mit Ausnahme der Abschaffung des Artikels 8, s.o.) stellten sie für die Opposition doch einen Sieg dar. Denn noch Ende 1988 hatte Pinochet getönt, an seiner Verfassung werde „kein Komma" geändert.
Für weitere Zugeständnisse konnte die Opposition die Schwäche der Diktatur allerdings nicht nutzen. Das lag auch daran, daß schon im Jahr 1989 das Gerangel um die Aufstellung der oppositionellen Kandidaten für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 14. Dezember 1989 begann. Sieben oppositionelle Politiker meldeten ihre Bewerbung für die Kandidatur um die Präsidentschaft an, und um die Kandidaturen für die 158 Parlamentssitze in beiden Häusern des Kongresses konkurrierten in ganz Chile 600 Bewerber.
Nach langem Ringen einigte sich die gesamte Opposition in Chile (Ausnahmen: Frente Patriótico Manuel Rodriguez, MAPU-Lautaro und eine Fraktion des MIR) in nahezu allen Wahlkreisen auf eine einzige Liste mit Kandidaten für den Senat und die Abgeordnetenkammer und auf einen einzigen Präsidentschaftskandidaten: Den 71-jährigen Christdemokraten Patricio Aylwin Azocar. Derselbe Aylwin war 1973 als führender christdemokratischer Senator einer von den Politikern, die den Militärs grünes Licht für ihren Putsch gegen die Regierung der Unidad Popular gaben.

Das Ziel der vereinigten Opposition für die Wahlen am 14. Dezember hieß: in den Präsidentschaftswahlen muß Patricio Aylwin im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten, und bei den Parlamentswahlen müssen die Kandidaten der Opposition für beide Kammern des Kongresses eine deutliche Mehrheit erhalten.
Das erste Ziel wurde erreicht, das zweite nicht. Im Abgeordnetenhaus errangen die Kandidaten der Opposition 71 von 120 Sitzen. Im Senat stellt die Opposition künftig 22 von 38 (wählbaren) Senatoren. Da für Änderungen der „Verfassung der Freiheit" in beiden Kammern zwei-Drittel Mehrheiten erforderlich sind, müssen die Chilenen bis auf weiteres mit der von den Militärs ausgearbeiteten Verfassung leben. Mit anderen Worten: Der Diktator geht - sein Einfluß bleibt.


Gut bewacht ...

Für Kontinuität ist gesorgt

Direkten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte haben die Militärs künftig über den Nationalen Sicherheitsrat und den Senat. Denn zehn der insgesamt 48 Sitze im künftigen Senat waren schon vor der Wahl reserviert für die vier Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Polizei, für zwei ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof, für den ehemaligen Präsidenten des Rechnungshofes, einen ehemaligen Universi-

tätsdirektor und einen ehemaligen Minister. Sie alle gehörten entweder direkt der Militärjunta an, oder sie standen ihr nahe. Der zehnte dieser reservierten Sitze ist für Diktator Pinochet selbst bestimmt: Er wird als „ehemaliger Präsident" in den Senat einziehen. Da Pinochet wohl auch Oberbefehlshaber des Heeres bleiben wird und in dieser Funktion ebenfalls Anspruch auf einen Sitz im Senat hat, wird es im künftigen Senat nur neun statt zehn ernannte Mitglieder geben.

Aber nicht nur in dieser Kammer des Kongresses haben sich die Militärs - per Verfassung - ihren Einfluß gesichert. Auch dem Nationalen Sicherheitsrat, den die Verfassung der Freiheit vorsieht, werden die vier Oberbefehlshaber angehören.

Ihnen sitzen vier Zivilisten gegenüber, von denen wiederum zwei dem Militärregime nahestehen. Dieser Nationale Sicherheitsrat soll immer dann in Funktion treten, wenn „die Grundlagen der Verfassung oder der nationalen Sicherheit gefährdet sind". Der Rat steht damit in Krisenzeiten noch über dem gewählten Parlament und der Regierung. Zwar sieht die Verfassung vor, daß der Nationale Sicherheitsrat nur „Stellung nehmen" kann. Aber es ist zu befürchten, daß die alten Oberbefehlshaber von Heer, Luftwaffe, Marine und Polizei im Bedarfsfall nicht nur Stellungnahmen, sondern - wie gewohnt - Befehle herausgeben werden. Der in Berlin lebende chilenische Verfassungsrechtler Isidoro Bustos sieht deshalb „die Diktatur weiterhin existieren in Chile". Das Land erhält ein politisches System, das diktatorisch sein wird: „Wo der Präsident und das Parlament zwar vom Volk gewählt werden, aber nicht in der Lage sind, ein echtes demokratisches Funktionieren des politischen Systems zu sichern."

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik haben die Militärs die Kontinuität ihres in den 70er Jahren eingeführten neoliberalen Modells weitgehend gesichert: Die „Verfassung der Freiheit" wird der künftigen Regierung Aylwin - und vor allem deren Minister Alejandro Foxley (Finanzen) und Carlos Ominami (Wirtschaft) - keinen Spielraum für eine eigenständige Politik lassen. In ihrem 38 engbedruckte Seiten umfassenden Regierungsprogramm haben die 17 Parteien der Concertación por la Democracia, dem Wahl- und Regierungsbündnis der Opposition, sozialpolitische Reformen angekündigt. Es handelt sich dabei nicht einmal um eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik von Militärs und Chicago Boys, sondern lediglich um soziale Nachbesserungen, die die hohe Arbeitslosigkeit verringern, die Gesundheitsversorgung verbessern und das Lohnniveau anheben sollen. Aber schon diese Minimalkorrekturen am Wirtschaftssystem könnten im Senat mit Berufung auf die Verfassung auf Widerstand stoßen. Denn die sozialpolitischen Reformen will Finanzminister Foxley mit höheren Steuern finanzieren. Aber in der Verfassung sind Erhöhungen der Steuern ausgeschlossen, die „unverhältnismäßig oder ungerecht festgesetzt werden". Die Gesundheitsversorgung ließe sich verbessern, wenn Chile zu dem Anfang der 80er Jahre abgeschafften Sozialversicherungssystem zurückkehren würde. Auch dem könnte die Verfasung entgegenstehen. Sie garantiert ausdrücklich das Recht, Gesundheits- und soziale Versicherungsunternehmen als Privatgeschäfte zu gründen. Und da der Aufbau einer staatlichen (Konkurrenz-)Kasse von den Eigentümern der Privatversicherungen als Beeinträchtigung ihres - ebenfalls von der Verfassung hochgeschützten - Eigentums angesehen werden könnte, läßt sich auch auf diesem Wege eine Sozialpolitik der Regierung Aylwin blockieren. „Die Wirtschaftspolitik und das ganze ökonomische System des Landes wird auch weiterhin durch die Normen der Verfassung der Diktatur regiert", faßt Isidoro Bustos zusammen. „Und wenn die Regierung Aylwin den Versuch unternimmt, hier etwas zu ändern, wird es sofort zum Konflikt mit dem Verfassungsgericht oder dem Obersten Gerichtshof kommen. Diese juristischen Organe werden dann jede demokratische und progressive Initiative blockieren."

Schon jetzt ist absehbar, daß viele politische Projekte der künftigen demokratischen Regierung in das Räderwerk der chilenischen Justiz geraten werden. Dort werden sich Sympathisanten des Militärregimes der Fälle annehmen. Denn das Verfassungsgericht besteht - nach der „Verfassung der Freiheit" - aus sieben Mitgliedern. Ein Richter wird vom Senat, ein zweiter vom Präsidenten der Republik ernannt. Die restlichen fünf werden vom Nationalen Sicherheitsrat (zwei) und vom Obersten Gerichtshof (drei) bestimmt.

Der Oberste Gerichtshof (Corte Suprema) wacht über die Rechtssprechung aller Gerichte der Nation. Seine 16 Richter werden auf Lebenszeit ernannt. Als sich der Machtwechsel in Chile ankündigte, bot das Militärregime den - in aller Regel schon betagten - Richtern der Corte Suprema eine sehr hohe Abfindung, falls sie noch vor den Wahlen freiwillig ihr Amt zur Verfügung stellten. Eine Reihe von Richtern erlag dieser finanziellen Verlockung, so daß Pinochet, noch kurz vor seinem Abgang, junge regimetreue Juristen zu Richtern auf Lebenszeit am Obersten Gerichtshof ernennen konnte. Da auch die beiden Mitglieder des Verfassungsgerichtes, die vom Präsidenten der Republik und vom Senat ernannt werden, mindestens drei Jahre am Obersten Gerichtshof gearbeitet haben müssen, werden in den nächsten Jahren Pinochet-treue Richter an den beiden höchsten Gerichten in Chile die Pinochet-Verfassung auszulegen haben. Dabei werden sie Recht im Sinne der Militärdiktatur und der sie tragenden Gruppen sprechen. Militär und Justiz in Chile werden - wie schon seit 1973 - auch weiterhin für die Aufrechterhaltung der autoritären Ordnung in dem Andenstaat sorgen. Mit der von der Opposition akzeptierten „Verfassung der Freiheit" haben sie ihr Herrschaftinstrumentarium lediglich der neuen Zeit angepaßt.

Ab März wird Chile als demokratisches Land gelten. Vor allzu großen Erwartungen an grundlegende demokratische Änderungen in dem Andenstaat muß gewarnt werden.

Werner Balsen
Rheinisches Journalistenbüro



... die Moneda in Santiago

Alter Wein in neuen Schläuchen

Der Sieg von Collor de Mello

Am 17.12.1989 haben die brasilianischen WählerInnen entschieden: Erstmalig seit 1960 wurde in Brasilien ein Präsident frei und demokratisch gewählt - Fernando Collor de Mello. Er gewann in der Stichwahl gegen den Metallarbeiter und Gewerkschaftsführer Luiz Inacio Lula da Silva mit 41% zu 37% bei 22% Enthaltungen und ungültigen Stimmen. Die demokratische linke Opposition gegen die Militärs muß eine bittere Pille schlucken. Der frei gewählte Kandidat Fernando Collor de Mello steht für die Kontinuität eines Wirtschaftsmodells, das das Land in eine der schwersten Krise seiner Geschichte gebracht hat. Alter Wein in neuen Schläuchen?

Die freie Direktwahl des Präsidenten war der fehlende politische Akt zur vollständigen Demokratisierung des Landes, nachdem schon 1988 eine neue Verfassung verabschiedet worden war. Sie fand statt, nachdem die zivile Übergangsregierung José Sarneys alle Glaubwürdigkeit verloren hatte. Sarney, selbst Anhänger der Militärs, übernahm nach dem Tod des indirekt gewählten Oppositionspolitikers Tancredo Neves den Präsidentenposten. Ohne Legimität, unsicher und überfordert, hat das Sarney-Regime den Demokratisierungsprozeß diskreditiert. Nepotismus und Koruption machten sich breit, die Staatsbeschäftigten vermehrten sich unter Patronage von Politikern im Umfeld Sarneys auf wundersame Weise. Der wirtschaftspolitische Zick-Zack-Kurs zwischen einer keynesianistischen Währungsreform (Cruzado-Plan) und IWF-konformen Wirtschaftsmaßnahmen, zwischen Zahlungsverweigerung bei der Außenverschuldung und Einlenken gegenüber den Forderungen der Gläubiger war nicht dazu geeignet, das Land aus der von den Militärs hinterlassenen Dauerkrise zu führen. Im Gegenteil: Mit einer Inflation von ca. 1.800 Prozent im Jahr 1989 (im Dezember ca. 55 Prozent) ist Brasilien kurz vor der Hyperinflation; zur Bezahlung der Außenverschuldung müssen ständig Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaftet werden - das Land verkommt zur Zinszahlungswirtschaft. Um die Staatsverschuldung zu finanzieren, werden horrende Zinsen für Staatsanleihen angeboten (1989 ca. 100 Prozent Realverzinsung!). Brasilien ist erzwungenermaßen zu einem Land von Spekulanten geworden. Das hastige Hinterherrennen der Löhne hinter den Preisen ist mittlerweile eine traurige Selbstverständlichkeit.

In dieser Situation erschien die Wahl eines neuen Präsidenten wie ein erlösender Akt. Die Erwartungen sind hoch: Aufräumen mit Korruption, Wirtschaftswachstum, wirksame Bekämpfung der Inflation, vor allem aber reelle Einkommensverbesserungen und gerechtere Einkommensverteilung.

Am 15. November (der erste Wahlgang) wurde klar, daß die Wählerschaft eine radikale Kehrtwendung wünschte. Alle vier Erstplazierten führten einen deutlichen Oppositionswahlkampf: Collor de Mello, Lula, Leonel Brizola und Mario Covas[1]. Die Kandidaten der Regierungsparteien PMDB, Ulisses Guimaraes, und PFL, Aureliano Chaves, kamen zusammen auf ca. 5 Prozent der Stimmen[2]. Nun spitzte sich die Frage bei der Stichwahl zu: Eine Erneuerung des Landes von Links durch einen Arbeiter, den PT-Abgeordneten Lula? - Oder war eine 'renovacao' dem kometenhaft aufgestiegenen jungen Collor de Mello, bis vor kurzem noch ein eher unbekannter Provinzpolitiker, zuzutrauen?

Wer ist Collor de Mello?

Das Phänomen Collor de Mello ist vielschichtiger, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Collor entstammt einer reichen, traditionellen Politikerfamilie aus dem armen Nordosten Brasiliens. Sein Großvater war Minister, sein Vater Senator. Die Familie schaffte es, alle Konjunkturen der brasilianischen Politik ohne Kratzer zu überstehen. Im Gegenteil, sie gehörten immer zu den Gewinnern: sei es unter Getulio Vargas zu Beginn der fünfziger Jahre oder während des Militärregimes ab 1964. Auch Skandale überlebte die Familie ohne Schaden, z.B. als Collors Vater bei einer hitzigen Diskussion im Senat zu Beginn der sechziger Jahre einen anderen Senator erschoß. Traditionelle Bastion der Familie Collor de Mello ist der kleine Bundesstaat Alagoas. Dort begann die Karriere von Collor de Mello,der sich zuvor eher für schnelle Autos und hübsche Frauen interessierte. Durch einen Kuhhandel in der damaligen Regierungspartei der Militärs bekam Collor de Mello, 29-jährig, als Geschenk anläßlich seiner Eheschließung das Bürgermeisteramt der Hauptstadt von Alagoas, Maceió. Konsequent stimmte er noch 1984 gegen die Demokratisierung und für den Kandidaten der Militärs, Paulo Maluf, um sogleich in die ehemalige Oppositionspartei PMDB überzuwechseln und im Zuge der Euphorie des Cruzado-Planes 1986 Gouverneur des Bundesstaates Alagoas zu werden. Bis hierhin also die mustergültige Karriere eines traditionellen Politikers. Während seiner Gouverneurszeit wuchsen auch die Ambitionen von Collor de Mello. Zunächst verschaffte er sich den Ruf eines Saubermannes, indem er gegen die Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst, die sog. Maharadschas, vorging - übrigens, nur heiße Luft, denn kaum einer der Angegriffenen ist je entlassen worden. Dann schaffte er umso schneller den Umstieg in die Opposition gegen die Regierung Sarney und bewahrte sich so vor dem Versinken im Sumpf von Korruption und Nepotismus, von wirtschaftspolitischer Inkompetenz und politischer Ziellosigkeit dieser ersten zivilen Regierung.

Als zu Beginn des Wahljahres 1989 die Wahlprognosen auf ein Kopf an Kopf Rennen zwischen zwei linken Kandidaten hindeuteten, nämlich zwischen Leonel Brizola und Lula, witterte Collor seine Chance. Er bot sich als Newcomer und Hoffnungsträger der Rechten an, ohne die Hypothek einer allzudeutlichen Verbindung mit dem „alten Regime" tragen zu müssen. Collor gründete eine kleine Partei, verband sich mit dem Medienriesen und Fernsehgiganten Globo und begann einen Antikorrup-

tionswahlkampf mit scharfzüngig geführten Attacken gegen die amtierende Regierung. Seine Vorbilder: Marget Thatcher und Felipe Gonzales. Sein Programm: radikale Marktwirtschaft und Umverteilung. Aber zuerst müsse der Kuchen wachsen, bevor er umverteilt werden könne... Doch so genau hat er sich nicht festlegen lassen, welche Programme er nun verfolgt. Im Gegenteil: Collor rühmte sich mehrfach, daß er „ganz alleine“ seine programmatische Vorstellung entwickelt und sich mit keiner gesellschaftspolitischen Gruppierung abgesprochen habe.
Collor de Mello verkörpert die Arroganz der Oligarchie des Nordostens: inkompetent, eitel, herrschsüchtig. Ganz anders aber sein Wahlkampf: radikal gegen das politische Establishment, gegen die traditionellen Politiker; besonders energisch hat er sich dagegen verwehrt, als rechter oder reaktionärer Politiker hingestellt zu werden. Und die Maskerade hat gewirkt.

Unfairer Wahlkampf

Zeitweilig schien es einen Zusammenhang zwischen dem Präsidentschaftswahlkampf in Brasilien von Oktober bis Dezember 1989 und den Veränderungen in Osteuropa und der DDR zu geben. „Überholt“, „veraltet“ nannte die Rechte die Sozialismusvorstellung von Luiz Inacio Lula da Silva, der sich anschickte, Präsident Brasiliens zu werden. Man könne ja nicht ein staatsfixiertes Wirtschaftsmodell einführen, das gerade in Osteuropa mit Schimpf und Schande auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sei. Auch in Brasilien sei Privatisierung und mehr Marktorientierung angesagt. Der sozialdemokratische Präsidentschaftsanwärter Mario Covas hielt sogar eine kapitalistische Schockbehandlung in Brasilien für angebracht. Allerdings kein Kandidat, auch nicht der letztlich siegreiche rechte Millionär Collor ließ sich auf einen ideologischen Wahlkampf ein. Die Collor unterstützende Zeitschrift „Veja“ faßte seine Programmpunkte folgendermaßen zusammen:
Bekämpfung der Privilegien des Staatsapparates, Öffnung der Wirtschaft nach Außen, Privatisierung der Staatsbetriebe und Wirtschaftswachstum, um eine Einkommensverteilungspolitik zu finanzieren. Lulas Programm dagegen: Agrarreform, Reform der Staatsbetriebe, Verfünffachung des Minimallohnes, qualifiziertes Schuldenmoratorium.

Gewonnen aber hat Collor de Mello, weil er sich - trotz seiner offensichtlichen Einbindung in die traditionelle Oligarchie - als unabhängiger, junger Einzelkämpfer gegen einen ausufernden Staatsapparat verkaufen konnte, vor allem aber als oppositioneller Politiker. Man kann es auch anders formulieren: den Linken um Lula gelang es nicht, Collors Maskerade abzukratzen.
Kurz nach dem ersten Wahlgang hatte Collor zunächst wesentlich besser im Rennen gelegen als Lula. (Meinungsumfragen zufolge verteilten sich die Sympathien wie folgt: Lula 39%, Collor 50%). Sodann hatte es aber Lula geschafft, durch einen kraftvollen und spannenden Wahlkampf diesen Vorsprung von Woche zu Woche kleiner werden zu lassen. Es war und blieb aber ein Kampf mit ungleichen Mitteln. So setzte Collor für seinen Wahlkampf circa 150 Millionen Dollar ein gegenüber 12 Millionen Dollar, die Lula zur Verfügung standen, also mehr als das 10-fache, die ständige Unterstützung durch das private Fernsehen Globo nicht mitgerechnet. Der Wettkampf wurde letztendlich in den Tagen kurz vor dem zweiten Wahlgang entschieden. Angesichts der drohenden Niederlage ging Collor auf massenpsychologisch wirksame, moralische Angriffe gegen Lula über. Er engagierte für 20000 Dollar eine ehemalige Geliebte Lulas, die im Fernsehen aussagte, Lula sei für Abtreibung, sei gegen Schwarze und gegen Menschen aus dem Nordosten (Lula selbst stammt aus dem Nordosten). In einzelnen Städten plakatierten Collor-Anhänger am nächsten Tag „Lula Mörder“ und „Lula Rassist“. In der entscheidenden Fernsehdebatte setzte er sich mit infamen Unterstellungen gegen Lula durch. Kostproben: Lula könne nicht richtig lesen und schreiben, Lula wolle an die Sparkonten der Armen ran, Lula wolle die rote Farbe in der brasilianischen Flagge einführen etc.. Wahlkampftrupps von Collor gingen von Tür zu Tür und kündigten an, bei einem Wahlsieg von Lula würden arme Familien in Wohnungen von Familien, die mehr als drei Zimmer haben, einquartiert usw.. Entnervt und abgespannt konnte Lula auf diese Angriffe nicht energisch genug reagieren.
Lula schien gegenüber der Schmutzkampagne, mit der er hätte rechnen müssen, wie gelähmt zu sein. So hat Collor de Mello völlig unerwartet auf einem Feld die Oberhand gewonnen, auf dem Lula ihm weit überlegen ist: der moralischen Integrität. Er, der reiche Playboy, der sich durch Geburt und Reichtum zum Herrschen bestimmt wähnt, brachte Lula in die Defensive. Und als bedürfe es eines Beweises von Collors wirklichem Wesen, lieferte er einen solchen nach den Wahlen: Über Weihnachten und Neujahr verreiste er mit seiner Familie nach Europa und gab für diesen zweiwöchigen Ausflug sage und schreibe 600000 DM aus. Der Saubermann vertritt die Poltik „des-Gürtels-enger-Schnallen“ - für die anderen, nicht für sich selbst.

Düstere Aussichten

Sicherlich ist es ein großer Erfolg wenn fast die Hälfte der Bevölkerung einen Politiker wie Lula als Präsidenten sehen will, der selbst Arbeiter und Gewerkschaftsführer war und mit einem deutlichen Veränderungsprogramm antritt. Der beeindrukkende Wahlkampf von Lula markiert eine neue Etappe für die fortschrittlichen Kräfte des Landes. Und daß Lula es als Präsident nicht einfach gehabt hätte, dies belegt die kleine Kostprobe von Schmutz und Infamie aus der letzten Woche des Wahlkampfes.
Die kommenden fünf Jahre Präsidentschaft Collor de Mellos sind allerdings eine sehr düstere Perspektive für Brasilien. Denn

- er wird sich genau der „traditionellen“ Politiker, die ihn unterstützt haben, die er angeblich sogar in den Knast bringen wollte, bedienen müssen;
- er ist daher auch für die Unternehmer unberechenbar, da er keine sozialen Kräfte in seine Regierung einbinden kann; ein „sozialer Pakt“ ist mit Collor ausgeschlossen;
- er hat seinen Wahlkampf gegen die organisierte Gesellschaft (Gewerkschaft, Verbände, Kirchen) geführt und hat kaum Verbindungen und Verhandlungsmöglichkeiten mit der zivilen Gesellschaft;
- kann kaum intellektuelles und fachliches Potential für sich mobilisieren - auch die von ihm hofierten Sozialdemokraten werden einen Teufel tun, sich mit ihm im Wahlkampf 1990 (Parlaments- und Gouverneurswahlen) zu verbinden;
- es wird ihm wirtschaftspolitisch nichts anderes einfallen, als das übliche: Deregulierung, „sanfte“ Rezession, Privatisierung, Öffnung der Wirtschaft nach Außen.

Die Aussichten sind mehr als schlecht. In den kommenden fünf Jahren des Weiterwurschtelns, der Bevorzugung der Privilegierten und der kosmetischen Veränderungen kann die wirtschaftliche, politische und moralische Grundlage für eine Reform des Landes so untergraben werden, daß sich ganz andere Retter des Vaterlandes berufen fühlen könnten, die „Ordnung“ wiederherzustellen.

Luiz Ramalho

Anmerkungen

1) **Brizola** war neben Lula der aussichtsreichste Kandidat des Linksspektrums. Geringere Chancen als ihm und Lula wurden vor dem ersten Wahlgang dem Kandidaten der Partido Social-Democratico Brasileiro **(PSDB), Mário Covas** eingeräumt.
Brizola ist ein Mann mit Geschichte: Zunächst Gouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul, avancierte er zum Minister in der letzten Zivilregierung vor dem Militärputsch von 1964. Nach dem Putsch folgten Jahre des Exils. Von 1982 bis 1986 bekleidete er wieder ein hohes Amt, diesmal das des Gouverneurs des Bundesstaates Rio de Janeiro. Seine Partido Democratico Trabalhista **(PDT)** ist der Versuch einer Fortsetzung des brasilianischen „Trabalhismo“ aus der Zeit vor dem Militärputsch, einer fortschrittlichen Variante des Populismus.

2) Die **PMDB** (der auch der 1984 indirekt gewählte Präsident Tancredo Neves angehörte) ging aus der **MDB** hervor, die 1979, zeitgleich mit der **ARENA**-Partei der Militärs, ins Leben gerufen wurde. Nach einem 15 Jahre währenden totalen Parteienverbot hatten die Militärs 1979 ein neues Parteiengesetz erlassen und mit MDB und ARENA ein Zweiparteiensystem geschaffen. Der kleineren MDB wurde darin die Rolle der Opposition zugeteilt, die sie in der Folgezeit allerdings immer ernsthafter ausfüllte.
Die ARENA wurde später in die **PDS** überführt, die 1989 mit Paulo Maluf zu den Wahlen antrat. (Nicht zu verwechseln mit der rechtssozialdemokratischen Partei PSD (Kandiat Ronaldo Caiado) und der linken PSDB (Kandidat Mário Covas). Die **PFL** ist die Partei von José Sarney, der, obwohl zunächst erbitterter Gegner der demokratischen Opposition, nach dem unerwarteten Tod von Tancredo Neves auf den Stuhl des Präsidenten gelangte.

Fortsetzung der „Low-Intensity-Warfare"

Im Schatten des auf die nicaraguanischen Wahlen gerichteten Interesses fand am 26. November im nördlichen Nachbarland Nicaraguas ein Urnengang statt, aus dem der Kandidat der rechtskonservativen Partei von Honduras, Rafael L. Callejas, als Sieger hervorging. Er erhielt knapp über 50% der Stimmen. Sein Gegenkandidat Flores von der bürgerlich-liberalen Partei (PL) kam etwas über 44%.
Callejas wird dem Land, das seit 1981 von der PL regiert wurde, zwar keine grundlegenden Veränderungen bescheren. Er wird aber immerhin einige neue Akzente setzen.

Die beiden Volksparteien, die das politische Leben in Honduras bestimmen, gibt es schon seit über 100 Jahren. Sie haben ihre Wurzeln in den Fraktionen der zahlreichen zentralamerikanischen Bürgerkriege des letzten Jahrhunderts.
Die rechts-konservative Nationale Partei (PN) ist die Partei der traditionellen Agraroligarchie und der Militärs und war somit immer der verlängerte politische Arm der vielen Militärdiktaturen, die Honduras in diesem Jahrhundert beherrschten; so auch der letzten von 1963 bis 1981.

Die bürgerliche Liberale Partei (PL) ist die Partei der kleineren Industrie- und Handelsoligarchie, der städtischen Mittel- und Oberschicht, des liberalen Großbürgertums. Ihr sogenannter revolutionärer liberal-demokratischer Flügel und dessen Führer Reina, die früher noch einen mögliche politische Alternative darstellten, haben sich vor ein paar Jahren „verkauft" und unterstüzten jetzt vorbehaltlos den jeweiligen Präsidenten bzw. Kandidaten.

Ohne Einfluß sind die beiden Kleinstparteien PDCH (links-orientierte Christdemokraten) und PINO-SD (Sozialdemokraten), die sich erst in den letzten zehn Jahren formiert haben und bei den letzten Wahlen zusammen weniger als 3% erreichten.

Die politische Entwicklung in den letzten 10 Jahren

Im Frühjahr 1984 trat General Alvarez Martinez als Chef der honduranischen Streitkräfte zurück, der die Hauptverantwortung trägt für die massiven Menschenrechtsverletzungen und die Repression anfang der achtziger Jahre. In der Präsidentschaft Raul Suazo Cordobas von der PL (1981 bis 1986) begann dann die von den USA vorangetriebene „Demokratisierung". Die Bereitstellung von honduranischem Territorium gegen Nicaragua und die gleichzeitig damit verbundene Lüge, es gäbe keine Contra in Honduras, erkaufte sich die Reagan-Administration mit Millionen von Dollars an den Präsidenten Suazo direkt und an den honduranischen Staat. Diese Gelder fließen auch heute noch reichlich, um das System zu stabilisieren.
Auch unter Suazos Nachfolger José Azcona Hoyo (auch PL), der vor vier Jahren die Wahlen nur knapp - oder durch Betrug, wie die PN behauptet, - gewann, hat sich wenig geändert. Die Menschenrechtsverletzungen sind kaum zurückgegangen und nehmen seit den letzten 20 Monaten wieder deutlich zu; Agrarreform und Demokratisierungsreformen, wie etwas der Aufbau einer unabhängigeren Justiz oder ein Zurückdrängen der Militärs aus der Politik wurden nie ernsthaft in Angriff genommen.

Wahlkampf auf Honduranisch

Der Präsidentschaftswahlkampf in Honduras ist sehr personenorientiert. Wie in den USA versuchen die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Parteien (besonders bei der PL) ihre Kandidaten durchzubringen. Auf dem entscheidenen Parteitag gewinnt meist derjenige, der die Lobby und Unterstützung des herschenden Präsidenten oder eines einflußreichen Expräsidenten besitzt.
So ist der Kandidat der PL, Carlos Flores Facusse, in seinem Wahlkampf von Suazo Cordoba und dessen Millionen, die dieser von den USA erhalten hat, unterstützt worden.
Ein Charakterristikum des honduranischen Wahlkampfs ist, daß er vielleicht mehr als üblich von irrationalen Beweggründen geprägt ist: Flores ist „turco", d.h. arabischer Abstammung und außerdem mit einer Gringa verheiratet; also gilt er nicht als „richtiger" Honduraner und ist daher von vielen Seiten als ungeeignet für die Präsidentschaft eingeschätzt worden. Auch Parteigenossen von ihm haben dazu bemerkt, er besitze weder Charakter noch politisches Programm.

Rafael Leonardo Callejas, sein Kontrahent von der PN und langjähriger Oppositionsführer, gibt sich seit langem sehr populistisch und hat sich als einzige Lösung für die honduranische Krise präsentiert. Während des Wahlkampfes ist dabei jedoch vergessen worden, daß er während der Militärdiktatur in den siebziger Jahren häufiger ein Ministeramt bekleidete und im APROH (Assoziation für den Fortschritt in Honduras) saß. APROH ist ein faschistisches Beratungsgremium des Präsidenten unter Vorsitz von General Alvarez und besteht aus rechten Militärs, Unternehmern und Politikern. Aufgrund seiner Handlangerdienste für die repressive Regierung anfangs der achtziger Jahre ist Callejas für deren Menschenrechtsverletzungen mit verantwortlich.

Wichtigstes Propagandamedium der beiden großen Parteien ist das Radio. Pausenlos hat man bis zum Wahltag ihre Slogans und Lieder gehört. Flores hat dabei den Fehler begangen, in seinem Wahlkampflied den Refrain „no pasarán" einzubauen, so daß es Callejas leicht gehabt hat, ihn als vermeintlichen „Kommunisten" zu diffamieren. Callejas hat das gleiche Lied wie die rechtsextreme ARENA-Partei aus El Salvador verwendet.
Wahlkampf ist immer in Honduras (nicht nur die letzten Monate vor der Wahl wie in der BRD). Vier Jahre lang prangen auf Häusern, an Felsen, Bäumen und Brücken, an allen Ecken und Enden entweder der weiße Stern auf blauem Hintergrund der PN oder die rot-weiß-rote Fahne der PL. Die kleinen Parteien PDCH und PINO-SD

haben kaum Zugang zu den Medien und deren Mitglieder müssen bei nächtlichen Plakatieraktionen um ihr Leben fürchten. Schon vor den Wahlen ist durch Kungelei zwischen den beiden großen Parteien offener Wahlbetrug begangen worden: Zum einen stellten die Behörden tausenden von Contras die honduranische Staatsbürgerschaft aus. Diese haben am 26.November fleißig mitgewählt und bestimmt nicht „links". Zum anderen hatten die beiden großen Parteien anstatt der Namen die Fotos der Kandidaten auf den Wahlscheinen abzubilden. Hier wurde in der Erwartung, die vielen Analphabeten würden die bekannten und hübschen Gesichter wählen (natürlich Callejas und Flores), das ganze Volk für dumm verkauft. Dann einigten sich die großen Parteien doch darauf, statt der Fotos die Parteifahnen und -farben zu nehmen.

„Wahlen" als Bestandteil des US-Counter-Insurgency-Programms

Die Novemberwahlen in Honduras sind kaum anders als die salvadorianischen Wahlen vom Frühjahr als Instrument der US-Strategie in Zentralamerika zu betrachten und haben wenig mit Demokratie zu tun. Dabei überwiegt in Honduras, wo es keine starke Guerilla gibt, nicht die militärische, sondern die ideologisch-propagandistische und psychologische Komponente des Counter-Insurgency-Programms. Honduras hat die am besten ausgebauten Geheimdienste in Zentralamerika, die die Kontrolle von jedem in Entstehung begriffenen revolutionären Projekt gewährleisten.

Mit der Durchführung von freien Wahlen soll der Weltöffentlicheit bewiesen werden, daß Honduras ein demokratisches Land ist. Wirklich frei sind die Wahlen aber nur dem Namen nach: Die kommunistische Partei ist seit Jahren verboten und die oppositionellen Parteien sind ständigen Repressionen ausgesetzt.

Eine weiterer politischer Aspekt der US-Strategie ist, daß mit den Wahlen jene Form von Freiheit verankert werden soll, die den USA genehm ist: die Freiheit der wirtschaftlich Starken. Der Mittel- und Oberschicht wird ein volles Konsumangebot garantiert. Der Einfluß des Staates etwa über Handelszölle, Ex- und Importsteuern, Firmengesetze, die eine einheimische Leitung in der betreffenden Firma vorschreiben, soll soweit wie möglich eingeschränkt werden.

Ein Alphabetisierung der Bevölkerung und eine gerechtere Land- und Besitzverteilung, die erst einmal eine Basis für demokratische Strukturen schaffen würden, werden dabei mit allen Mitteln verhindert.

Neue Akzente durch Callejas?

Der Wahlsieger Rafael L. Callejas von der rechts-konservativen PN ist am 23.Januar in den rosaroten Präsidentenpalast im Zentrum von Tegucigalpa eingezogen. Der rechte Populist ist ein Mann mit großen Versprechen: Er möchte die Friedenslösung in Zentralamerika voranbringen. Gleichzeitig diffamiert er aber die nicaraguanische Regierung als hauptverantwortlich für die politische und militärische Krise in der Region. Außerdem sähe er es am liebsten, wenn die Contra nach Nicaragua ginge, um dort zu kämpfen; dann wäre auch für Honduras das peinliche Problem der Contra-Demobilisierung gelöst, zu deren Durchführung bis Anfang Dezember sich die honduranische Regierung im August 1989 im Abkommen von Tela eigentlich verpflichtet hatte.

Weiterhin hat Callejas vor, die freundschaftlichen Beziehungen zum rechtsextremen ARENA-Regime in El Salvador auszubauen und endlich die Lösung des beide Seiten belastenden Grenzproblems anzugehen. Die guten Beziehungen zu den USA wird er auf keinen Fall gefährden wollen, etwa indem er einen US-Truppenabzug aus Honduras vorschlüge, der seit langem von den honduranischen Volksorganisationen gefordert wird.

Callejas redet von „notwendigen Reformen, um das Antlitz des Landes zu verändern". Er will ein neues Bild von den Streitkräften präsentieren, er umgibt sich mit Technokraten und will die „Strukturen modernisieren". Doch angesichts der hohen Auslandsverschuldung von drei Milliarden US-Dollar sind dies alles leere Phrasen und Träume. Als erstes stehen für ihn Verhandlungen mit dem IWF an. Um aber in den Genuß wichtiger Kredite zu gelangen, müßte der honduranische Lampira abgewertet werden, dessen Wechselkurs schon seit Jahren künstlich konstant gehalten wird. Eine Abwertung würde untragbare Teuerungen für die Bevölkerung bedeuten. Es ist anzunehmen, daß er eine neo-liberale Wirtschaftspolitik des staatlichen Ausverkaufs à la Menem/Christiani ansteuern wird, die an der Landfrage, der Armut des größten Teils der Bevölkerung, der Repression und der totalen Abhängigkeit von den USA und der militärischen Besetzung nichts ändern wird.

Es ist offensichtlich, daß sich trotz des Wechsels der Regierungspartei und mit dem neuen rechts-populistischen Callejas keine großen Veränderungen in der Haltung und Politik der honduranischen Regierung gegenüber den Problemen des Landes und der regionalen Krise ergeben werden.

Fred Freytag

Bush-Noriega: Eine Männerfreundschaft am Ende



George Bush behauptete, Manuel Noriega nie gesehen zu haben - bis dieses Foto 1983 auftauchte

Den US-Invasionstruppen, die im Dezember in Panama ein Blutbad mit tausenden von Toten angerichtet hatten, gelang es im Januar endlich, den zum Erzfeind erklärten Ex-Diktator Noriega zu greifen und in die USA zu schaffen.
Dort soll ihm nun aufgrund seiner Drogengeschäfte der Prozeß gemacht werden. Doch das Vorgehen der USA könnte ein Bumerang werden für ihren Präsidenten George Bush: Unbequeme Details aus der Zeit größter Eintracht zwischen dem damaligen CIA-Chef (1976/77) und dem geschäftstüchtigen General werden in dem Prozeß nicht ganz außen vor bleiben können.

Noriegas Karriere beginnt 1968. In diesem Jahr putschte Omar Torrijos gegen den damaligen Machthaber Arnulfo Arias Madrid, und General Manuel Noriega leistete ihm zuverlässige Schützenhilfe. Dieser Dienst wurde ihm später mit dem Posten des Geheimdienstchefes in Panama gedankt. Noriega, der hinter den Kulissen und gefördert durch den US-Geheimdienst agierte, baute seine Machtposition in den 70er Jahren aus. Gerade in der Amtszeit Bushs als CIA-Chef (1976/77) erhielt „cara piña" (das Ananasgesicht), wie die Panamaer Noriega nennen, vom CIA monatlich 200.000 US-Dollar. Dies entspricht ziemlich genau dem Gehalt des US-Präsidenten (1). Als Gegenleistung versorgte dieser den befreundeten Geheimdienst mit Informationen über die Beziehungen Torrijos zu Kuba. Später, Ende der 70er, berichtete er über Torrijos tatkräftige Unterstützung der sandinistischen Revolution in Nicaragua und über die Waffenlieferungen Panamas an die salvadorianische Guerilla FMLN, an deren Organisation Noriega selbst maßgeblich beteiligt war. Dieser Zusammenarbeit der beiden Geheimdienste stand schon damals nicht im Wege, daß die USA seit 1970 über Noriegas Engagement im Drogenhandel bescheid wußte. (2)
Torrijos, der 1977 US-Präsident Carter die Verträge zur Übergabe des Kanals an Panama und zum Abzug der US-Truppen des „Southern Command" im Jahr 2000 abringen konnte, trat energisch für die Souveränität Panamas ein. Solange Panama existiert (1903 wurde es unter dem Schutz von US-Kriegsschiffen von Großkolumbien losgelöst und unabhängig, weil nur so die USA ihre Kanalpläne verwirklichen konnten) war seine Souveränität eine Souveränität von US-Gnaden.
Torrijos stürzte im Juli '81 mit dem Flugzeug ab, besser gesagt, er wurde (ab)gestürzt. Die Mehrzahl der Panamaer sind überzeugt, daß der „Unfall" ein weiteres Kapitel der über 20 Interventionen der USA in dem jungen Land war. Torrijos, der „Putschist der Armen", wie er sich selbst gern nannte, war den USA zu dieser Zeit wegen seiner konsequenten Haltung zu Gunsten des Befreiungskampfes in Mittelamerika ein Dorn im Auge. (3) Viele beschuldigen Noriega selbst, Urheber des Anschlags zu sein. (4) Das eine schließt das andere allerdings nicht aus, betrachten wir die langjährigen Kooperation des General mit dem CIA.
Das besagte Versorgungsnetz, mit dem Waffen in kleinen Flugzeugen zu den Sandinisten und der FMLN geflogen worden waren, nutzte der geschäftstüchtige Noriega nun für rentablere Unternehmungen: 1983 hatte Oliver Norths' (5) „Project Democracy" die bis dahin weitgehend vom CIA und dem US-Sicherheitsrat NSC organisierte Contra-Versorgung übernom-

men. Zum einen, weil der US-Kongreß '82 - '84 sämtliche Unterstützung der Contra verboten hatte, zum anderen, weil der CIA die Verantwortung für seine Terrorakte an ein „privates" Unternehmen abgeben wollte.

Im selben Jahr wurde also das „Harari-Netzwerk" geschaffen, das der wirtschaftlichen Überlegung entsprang, daß jene Flugzeuge, die Waffen aus den USA zu den Contras brachten, lohnender eingesetzt werden könnten, wenn sie auf dem Rückweg nicht etwa leer, sondern mit dem lukrativsten Exportgut Kolumbiens beladen gen Norden fliegen würden: Kokain.

Die „Enterprise", die diese Waffen-gegen-Drogen-Geschäfte besorgte, bestand aus Contras, Regierungsbeamten des Weißen Hauses, Drogenzaren des Medellin-Kartells, CIA-Mitarbeitern und eben Noriega, der durch seine Zusammenarbeit mit den Koksern Kolumbiens Millionen in seine Taschen wirtschaftete.

Die Anwaltskanzelei „Christic Institute" in Washington, die diese „Enterprise" in den USA bislang vergeblich vor Gericht zu bringen versucht, spricht von einer „Bush-Noriega-Drogen-Contra-Connection":

Die selben Flugzeuge, die zur Versorgung der Contra eingesetzt wurden, nutzten persönliche Piloten Noriegas, um das weiße Gold in die USA zu schaffen. (6)

Noch weitgehend ungeklärt dagegen ist Bushs Unterstützung der Contra in Zeiten, als dies ausdrücklich durch das 2. „Boland Amendment" untersagt war. Immer wieder lassen sich allerdings Drogenpiloten der „Enterprise" nicht nur über ihre Verbindungen zu Noriega, sondern auch zum damaligen US-Vize aus. (7) Sicher ist nur, daß George Busch 1983 in das Land am Isthmus reiste, um Noriega zu erklären, daß er über dessen Drogengeschäfte voll im Bilde sei. Der von Norriega gefeuerte zweite Befehlshaber der panamaischen Streitkräfte Diaz Herrera, ein Enkel Torrijos, bezeugt, daß Bush Noriega gefragt haben soll, ob er nicht „gewillt" wäre sich an der Contra-Versorgung zu beteiligen. Noriega habe, so Diaz weiter, Bilder und Aufnahmen, die Bush bei den Trainingslagern der Contra in Panama zeige. (8)

Zum Bruch zwischen den USA und dem General, der Anfang der 80er zum Chef der Streitkräfte avanciert und langsam der heimliche erste Mann des Landes geworden war, kam es 1985, wohl weil Noriega sich weigerte, dem Plan zuzustimmen, von den Stützpunkten des Southern Command in der Kanalzone eine Invasion in Nicaragua zu initiieren. Noriegas Spagat als Mitstreiter Torrijos' und gleichzeitiger Informant des CIA, als Kompagnon des Medellin-Kartells, der USA und gleichzeitiger Organisator der technischen Kooperation mit Kuba fand sein Ende. Ebenso brach er seine Drogengeschäfte ab. Es befürchtete, in seinem Land könnte es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen wie in Kolumbien kommen. Im Mai 86 schickte der Chef der US-Drogenabwehrbehörde DEA bereits ein Schreiben, in dem er sich für die „wertvolle Hilfe der Panamaer gegen die Rauschgiftmafia" bedankte. Ein Jahr später nannte Steve Trott vom US-Justizministerium Noriegas Mitarbeit „superb", u.a. weil dieser sich für eine Untersuchung über die von panamaischen Banken gewaschenen Guthaben aus dem Drogenhandel einsetzte. (9)

Warum haben die Zeiten, in denen Untersuchungen gegen den General systematisch unterblieben, gerade jetzt ein Ende gefunden? (10)

Mit Noriegas klarer Absage an die Versuche der USA, sich in der Kanalrepublik einzumischen, die viel Sympathie und Bewunderung auch bei fortschrittlichen Kräften Lateinamerikas einbrachte, schwanden sämtliche Hoffnungen der Großmacht im Norden dahin, ihre Kontrolle des Kanals über das Jahr 2000 hin verlängern zu können. Auch der damit verbundene drohende Abzug der Truppen des Southern Command bereitete ihnen schweres Kopfzerbrechen: Von dort aus koordinieren sie militärische wie paramilitärische Aktionen im gesamten südamerikanischen Subkontinent, bilden in ihrer Ausbildungsstätte („Schule der Diktatoren") (11) Führungspersonen aus und trainierten ebenso Contras wie Angehörige des salvadorianischen Militärs.

Ihre Invasion hinterläßt nicht nur viele tausend Tote und ein nach salvadorianischer Art zerbombtes Armenviertel, sondern sichert ihnen auch einen genehmen Präsidenten Endara. Auch er, wenngleich vom Volk mit aufwendiger Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und die USA gewählt, hat eine nicht gerade demokratische Vergangenheit: Er war Minister unter Arias Madrid, der 1968 jene nach nationalsozialistischem Vorbild konzipierten Rassengesetze einführen wollte, die u.a. für Omar Torrijos den Anlaß für den reformorientierten Putsch lieferten.

Gerd Bausch

Anmerkungen

(1) vergl. Georg Hodel „General Koks" in Konkret 4/88

(2) Nach Angaben J.E. Ingersolls, Chef des State-Department-Bureau of Narcotics und Dangerous Drugs wußte diese bereits seit 1970, daß Noriega im Drogenhandel zu tun hatte. (NACLA XXII/4 July/August '88)

(3) Im Sommer '81 „starben" zwei weitere Opponenten der USA in Südamerika bei ähnlichen „Unfällen", die dem CIA zugeschrieben werden: Ecuadors Präsident Roldós und der peruanische General Hoyos.

(4) Gen. Roberto Diaz Herrera beschuldigt Noriega des Mordes an Torrijos und H. Spadafora, der umkam, als er drohte, seine Recherchen über Noriegas Verwicklungen in das Contra-Netzwerk zu veröffentlichen.

(5) North unterhielt alleine 3 Nummernkonten in Panama

(6) Weihnachtsrundbrief Sarah Nelsons, Direktorin des „Christic Institute". Das Chr. Inst. hat eine umfassende Broschüre („Geheim Extra") zu der Contra-Drogen-Waffen-Bush-Problematik herausgegeben. Gegen einen 7.50 DM-Verrechnungsscheck an C.I., A.Messel-Weg 8a/51, 61 Darmstadt

(7) vergl. auch iz3w Nr. 155, Febr. '88: George Busch - mit schmutzigen Fingern ins weiße Haus. Der Waffendealer R. Brenneke gibt an, unter telefonischer Anweisung Bushs Sicherheitsberaters, Don Gregg, an einem Waffentransport für die Contra teilgenommen zu haben. Vergl. Allain Nairn, in The Progressive, März '88. Floyd Carlton, der zuvor für Torrijos' Waffenlieferungen tätig war, avancierte '82 zum persönlichen Piloten Noriegas und traf den Drogenzar Pablo Escoar, um die Kooperation mit dem Kartell abzuklären (NACLA, a.a.O.). Der Drogendealer G. Morales versichert, daß sein Kontaktmann mit Bush seine Arbeit für North' „Project Democracy" besprochen habe (internes Info des „Christie Institut).

(8) Diaz Herrera in: More on Bush/Noriega, Newsweek, 31.1.88

(9) NACLA, a.a.O.

(10) vergl. Georg Hodel in Konkret 4/88. Mehr als zwei Jahre bevor in den USA Anklage gegen den General erhoben wurde, wies CIA-Chef Casey (verstorben 1987) Justizminister Ed Meese an, sämtliche Untersuchungen gegen den General einzustellen, da diese das geheime Versorgungsnetz der Contra aufgedeckt hätten.

(11) Auch Noriega wurde in dieser Militärakademie ausgebildet.

Contras weiterhin aktiv

Der 27-jährige Contra-Kommandeur nennt sich „Chulo" („der Schöne"). Er steht von seinen schwerbewaffneten Truppen umgeben auf einer Anhöhe in Nueva Guinea, tief im Süden von Zentralnicaragua. Gleichzeitig ist eine kleine Gruppe Geistlicher und Bauern gekommen (Mitglieder der lokalen Friedenskommission), um einen Vorschlag für den Dialog zwischen Contras und Regierungsvertretern dieser Region zu überbringen.
Obwohl er bereit war, sie zu empfangen, spricht „Chulo" nicht von Frieden. „Die Sandinisten wollen uns zur Versöhnung zwingen, das lassen wir aber niemals mit uns machen. Wir werden unsere Waffen erst niederlegen, wenn es eine echte Demokratie gibt." Er beschuldigt die Armee, daß sie den einseitigen Waffenstillstand (D. Ortega hat im Dez.89 den einseitigen Waffenstillstand für beendet erklärt, d.Red.) dazu ausnütze, um Soldaten ins Bergland zu bringen. „Wenn das so weitergeht", so droht er „werden wir diese Truppentransporte zum Stillstand bringen und zwar endgültig."
Von außen betrachtet geben die Ereignisse der letzten Zeit den Anschein, als befinde sich Nicaragua an der Schwelle zum Frieden. Eine Vereinbarung, die Contralager in Honduras aufzulösen, wurde von den fünf zentralamerikanischen Präsidenten unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten stellten ihre Militärhilfe ein und Nicaragua begann, gefangene Contras freizulassen, Zugeständnisse an die Opposition zu machen und freie Wahlen vorzubereiten. Aber, und das wird durch „Chulos" aggressive Haltung besonders deutlich, es wird ein langer und mühsamer Prozeß sein, bis wirklich Frieden hergestellt ist.

Rückhalt bei den Bauern

Mehr als in irgendeinem anderen Teil Nicaraguas können die Contras in Nueva Guinea auf Rückhalt bei den Bauern zählen. Das einst bewaldete Gebiet wurde in den 50er Jahren mit Hilfe eines von der „Alliance for Progress" (Fortschrittsbündnis) Washingtons finanzierten Landreformprogramms unter Somoza erschlossen. Zweck des Projekts war die Vertreibung der Bauern aus dem wertvollen Baumwollanbaugebiet an der Pazifikküste und ihre Umsiedlung ins Hinterland.
Zwar hatten die Bauern nur unsichere Rechtsansprüche auf das unerschlossene Land, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, es war aber fruchtbar und die eigens für die Bauern eingerichteten Fonds versüßten diesen Handel noch dadurch, daß mit den Geldern Gesundheitseinrichtungen und andere Dienstleistungen finanziert wurden. Mit diesem Programm gewann Somoza bei den Begünstigten Rückhalt und viele Bauernsöhne schlossen sich der Nationalgarde an. Den skeptischen Bauern aus Nueva Guinea brachte die Revolution wenig sichtbare Vorteile, dafür aber eine Menge Probleme.
Die Landreform der Sandinisten garantierte zwar erstmals sichere Landrechte, aber sie hätten mehr bieten müssen in einer Region, wo Kleinbauern ihr Land schon besaßen. So verbesserte die neue Regierung manche Dienstleistung, beispielsweise indem sie die Zahl der Lehrer von 30 auf 200 anhob, andere Dienstleistungen wurden jedoch eingestellt, da den Sandinisten die finanziellen Ressourcen fehlten. Auch das anfängliche Bemühen der Sandinisten den ausbeuterischen Zwischenhandel auszuschalten, was die Bauern zwang ihre Bohnen und ihren Mais an staatliche Stellen zu verkaufen, mißviel vielen.
Ziemlich schnell sah sich die Regierung durch Angriffe der Contra in die Städte zurückgedrängt, auf dem Land war sie nur noch militärisch präsent. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht schaffte Feinde und ließ viele junge Männer überlaufen - direkt zur Contra.
Jorge Hurtado, 16, war nach Costa Rica unterwegs, um dem Wehrdienst zu entgehen, als die Contras anboten, ihm zu helfen. Er wurde schnell zu „Relampago - der Blitz" und kämpfte sechs Jahre lang gegen die Regierung.
Andere, wie Francesco Espinoza (13) waren beeindruckt von der angeblichen Macht der Contras. „Ich traf sie in Cano Blanco. Sie sagten es sei so „cool" mit ihnen herumzuziehen und so ging ich mit. Ich dachte, wir sind die größten. Wir sagten allen, was sie tun sollten."
Nicht alle gingen freiwillig. Donald Garcia wurde zusammen mit sieben anderen Familienmitgliedern gekidnappt. Er sagt, viele von denen, die mit ihm gekämpft hätten, seien auch Opfer von Entführungen gewesen. Sie hätten sowohl die Repressalien der Contras als auch die der Sandinisten zu sehr gefürchtet, um zu fliehen und nach Hause zurückzukehren.
Aus welchen Gründen auch immer, die Contras sind hier eine bodenständige Kraft, die mit einem Wechselspiel aus Solidarität und offenem Terror herrscht. Diejenigen, die nicht kollaborieren werden oft gezwungen, der Contra Lebensmittel und Informationen zur Verfügung zu stellen. Leute, die verdächtig sind, Informanten der Sandinisten zu sein, werden brutal zusammengeschlagen.
Im nahegelegenen El Chilamate, Chontales, tötete die Contra, einem Bericht der „Friedenskommission" zufolge, am 30. August 1989 einen Wahlkampforganisator des Oppositionsbündnisses UNO, anscheinend, weil sie ihn verdächtigten, für die Polizei zu arbeiten.

Unglückliche Regierungsaktionen

Der Krieg hat hier viele Opfer gefordert. Die Produktion ging drastisch zurück, Schulen und Gesundheitszentren wurden zerstört, 4000 Menschen auf beiden Seiten getötet.
Die Regierung hatte nicht immer eine glückliche Hand, wenn sie ihren Weg im Irrgarten der Beziehungen zwischen der Contra und ihrer sozialen Basis suchte, wenn sie unterscheiden wollte zwischen freiwilliger und erzwungener Kollaboration mit der Contra oder wenn sie mitten im Krieg gute Beziehungen mit den Gemeinden aufrechterhalten wollte.
Campesinos beklagten sich über grobe Behandlung und ungerechtfertigte Beschimpfungen durch Soldaten, wenn Leute verdächtigt wurden, mit der Contra zu kollaborieren. Octavio Diaz, Bauer und Mitglied der Friedenskommission in El Serrano, hat einen Bruder bei den Contras. Örtliche Parteiführer der Sandinisten be-

haupten, die Friedenskommission El Serranos mißbrauche ihren angeblich neutralen Status, um ein Netzwerk für die Contra zu schaffen. Diaz wurde für eine Woche in Polizeigewahrsam genommen, weil der den örtlichen Behörden nicht gemeldet hatte, daß er bei einer Party war, bei der Contras auftauchten, um Leute zu rekrutieren. Er sagt, ein anderer Bruder von ihm sei, als er bei einer bewaffneten Auseinandersetzung fliehen wollte, getötet worden, weil sie ihn der Kollaboration verdächtigten. Wie auch immer diese Geschichte wirklich gewesen sein mag, solche Ereignisse brachten der Regierung wenig Freunde.

Berichte über Willkürakte der Militärs stammen jedoch hauptsächlich aus der Periode, als sich der Krieg auf seinem Höhepunkt befand.

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß in den letzten zwei Jahren die Beziehungen zwischen Kommunen und Regierung viel besser geworden sind. 1986 mußten die Contras bei einer sandinistischen Offensive eine schwere militärische Niederlage einstecken, was ihre Hoffnung auf eine bedeutende militärische Position zerstörte. Die unwahrscheinlich werdende Gefahr eines Contrasieges ließ den ernsthaften Friedensprozeß erst in Gang kommen.

Versöhnungskommissionen seit 1987

Der erste zentralamerikanische Friedensplan, der im August 1987 in Esquipulas, Guatemala, unterzeichnet wurde, verlangte von jedem Unterzeichnerstaat eine nationale Versöhnungskommission. Nicaragua ging sogar so weit, die ländlichen Gemeinden aufzufordern, ihre eigenen Friedenskommissionen zu bilden, die sich aus kirchlichen Würdenträgern, Vertretern oppositioneller Parteien und anderen öffentlichen Personen zusammensetzen sollten. Über 150 dieser Kommissionen haben sich in den Kriegsgebieten im Norden, in Zentralnicaragua und an der Atlantikregion etabliert.

In Nueva Guinea spiegelt die Friedenskommission für die Gesamtregion die lokale Stärke der evangelischen Kirche wieder. Drei der sieben Teilnehmer sind evangelische Pfarrer. Ansonsten sind es privat wirtschaftende Bauern, ein Repräsentant des Roten Kreuzes und ein katholischer Geistlicher. Jede Gemeinde in der Region hat zusätzlich ihre eigene Kommission.

Hochgestecktes Ziel der Versöhnungskommissionen ist es, den Dialog zwischen den sandinistischen Behörden und den aktiven Contras in Gang zu bringen. Im September 1988 besuchten 23 Mitglieder einer örtlichen Friedenskommission mehrere der von Regierungsvertretern nur selten betretenen Gemeinden, um Kontakt mit den Contras aufzunehmen. In El Jicaro organisierten sie ein Treffen mit drei Kommandanten der Südfront. Die Contras mißtrauten ihnen, durchsuchten sie gründlich. Sie verdächtigten die Delegation, sandinistische Spione zu sein, willigten jedoch ein, die Pfarrer einen ökumenischen Gottesdienst abhalten zu lassen. Schließlich sprachen beide Gruppen zwölf Stunden miteinander. Seitdem wurden Briefe ausgetauscht und weitere Treffen, wie zum Beispiel jenes mit „Chulo“ organisiert. Allerdings waren die Ergebnisse enttäuschend: das einzige Treffen, an dem auch sandinistische Führer teilnehmen sollten, platzte, weil man sich über die Bedingungen, unter denen das Treffen stattfinden sollte, nicht einig werden konnte. Die Mitglieder der Friedenskommission resignierten jedoch nicht. Sie werteten schon die Bereitschaft der Contras, sie zu empfangen, als positiven Schritt der eines Tages als Kommunikationsgrundlage für direkte Verhandlungen mit den örtlichen Behörden dienen könnte.

Beschwerden über politische Morde und Entführungen, die sie gegenüber der Contra vorbrachten, bewirkten jedoch fast nichts.

Weit erfolgreicher gestalteten sich die Verhandlungen bezüglich Menschenrechtsverletzungen mit der Regierung. Da gibt es zum Beispiel den Fall des Bauern Pedro Mendoza, der zusammen mit seiner Familie verhaftete und beschuldigt wurde, mit der Contra zu kollaborieren. Nach Angaben der Armee soll er andere Bauern dazu gezwungen haben, Nahrungsmittel für die Contra anzubauen. Als Mendoza festgenommen wurde, stahlen ihm die Soldaten sein Vieh und brannten sein Haus nieder. Die Soldaten wurden nach Bekanntwerden der Vorgänge ebenfalls ins Gefängnis gebracht.

Die Friedenskommission schlug als Lösung vor, Mendoza, seine Familie und die Soldaten freizulassen und den Bauern für seine Verluste zu entschädigen. Die Regierung willigte ein. Dazu Antonio Vivas, Koordinator der Friedenskommission: „Möglicherweise war diese Lösung im rein rechtlichen Sinne Unrecht, im Hinblick auf die nationale Versöhnung jedoch scheint sie mir rechtens.“

Initiativen der Lokalregierung

Außer den regelmäßigen Treffen mit der Friedenskommission, auf denen Konflikte diskutiert und Lösungen gesucht werden, hat die Bezirksregierung weitere bedeutende Friedensinitiativen lanciert. Im Juli 1989 stimmte die Regierung zu, die Einberufung zum Wehrdienst in der Region bis nach den Wahlen im Februar 1990 auszusetzen, womit einer der wichtigsten Streitpunkte vom Tisch war. Im August 1989 wurden 189 Bauern aus Nueva Guinea, die wegen Beteiligung an Contraaktionen oder Unterstützung im Gefängnis saßen, aus der Haft entlassen. Dies war eine versöhnliche Geste der Regierung, die landesweit 1200 Freilassungen zur Folge hatte.

Seit 1983 bietet die sandinistische Regierung den Contras, die bereit sind,ins zivile Leben zurückzukehren und die Waffen niederzulegen, Straffreiheit an, was 1985 auch auf Führungsmitglieder der Contra ausgeweitet wurde.

Als sich die Friedenskommissionen bildeten, wurden sie zur Anlaufstelle für amnestiewillige Contras. Meistens nehmen die Contras über Verwandte oder über Bauern aus der Gegend Kontakt mit der Kommission auf. Sie werden dann von einem Mitglied der Friedenskommission zum Hauptquartier des Staatschutzes begleitet, wo sie ein paar Fragen beantworten müssen und einen Passierschein erhalten. Wenn sie wehrpflichtig sind, wird ihr Einzugsbefehl automatisch um sechs Monate verzögert. Nach Ansicht von Mitgliedern der Friedenskommission macht ihre moralische Autorität Mißbrauch unwahrscheinlich und nimmt potentiellen „Aussteigern“ die von ihren Kommandeuren geschürten Ängste, die Amnestie sei nur ein Trick.

Die Basis der Contra schwindet

Die Gründe, den Kampf aufzugeben, sind ganz einfacher Art! „Wenn sie mich in Ruhe lassen - die Armee genauso wie die Contra - dann such' ich mir lieber Arbeit, anstatt mein Leben auf's Spiel zu setzen“, meint Andrès Ivàn Rodriguez, der elf Jahre alt war, als er vor sieben Jahren auf die Contra stieß. Im übrigen untergruben die militärischen Erfolge der Sandinisten die Kampfmoral der Contras erheblich. „Unsere Kommandeure wußten genau wie es stand. Sie sagten, wir würden gewinnen, aber wir sahen, wie es wirklich war. Wir haben uns gegenseitig informiert.„ So Donald Garcia, 16, der das Amnestieangebot im Juli 1989 annahm.

Bis Mitte November 1989 legten über 5000 Contras im ganzen Land ihre Waffen nieder. In Nueva Guinea haben seit der Unterzeichnung der Esquipulas-Verträge etwa 2000 den Kampf aufgegeben. Auch wenn diese keine umwerfenden Zahlen sind, die Auswirkungen sind spürbar! „Wir haben durch die propagandistische Amnestiekampagne der Sandinisten mehr Truppenangehörige verloren, als im Kampf,“ schimpft „Chulo“.

Obwohl sich die Führungspersönlichkeiten der Contras beharrlich weigern, ihre Waffen zu strecken, bröckelt langsam ihre Unterstützerbasis durch die Versöhnungsanstrengungen und Zugeständnisse der sandinistischen Regierung.

Eine endgültige Lösung, wie auch immer, hängt von den kommenden Wahlen im Februar 1990 ab und davon, ob die USA den Contras Militärhilfe zahlen wird. Wenn die Sandinisten die Wahl gewinnen - und davon sind sie überzeugt - und wenn ihnen internationale Beobachter einen sauberen Verlauf der Wahlen bestätigen, dann werden die USA endlich aufhören müssen, den Sturz der nicaraguanischen Regierung zu betreiben. In diesem Fall bleibt zu hoffen, daß „Chulo“ und seine Männer zu ihren Familien zurückkehren.

Übersetzung aus: Guardian (New York) vom 25.10.89, übersetzt von Biggi Glowitz/Uwe Göde

Wahlen in Indien

Ein Denkzettel für Rajiv Gandhi und die 'Congress'-Partei



Gandhi - schwer angeschlagen

Die WählerInnen in Indien haben der Nehru-Gandhi-Dynastie ein Ende bereitet. Der neue Premierminister Vishwananath Pratap Singh erreichte mit seiner „National Front“ als stärkste Partei 27% der Stimmen. Um das Land regieren zu können, ist er auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und der hindu-nationalistischen „Bharata Janata Party“ angewiesen. Dies wird nicht einfach, denn die sozialen und religiösen Konflikte des Landes drohen zu eskalieren, wenn ihre Politik wie die Gandhis die ärmere Bevölkerungsmehrheit ausgrenzt.

Die folgenden Beiträge von Walter Keller, Rainer Hörig und Ralf Hofer setzen sich mit der politischen und sozialen Situation in Indien und der Außen- und Aufrüstungspolitik auseinander. Wird die neue Regierung den Weg Gandhis weitergehen, innenpolitische Probleme mit aggressiver Militärpolitik nach außen überdecken zu wollen?

Für März wurde immerhin ein Truppenabzug aus Sri Lanka angekündigt. Doch es scheint eher fraglich, ob sich die neuen Regierungsparteien langfristig auf gemeinsame politische Ziele einigen können.

Mit der Congress-Partei und Rajiv Gandhi bleibt Indien stark und vereint", war auf riesigen Plakatwänden überall im Land zu lesen. Aber solche Wahlslogans konnten genauso wenig die Niederlage der „Congress-I-Partei verhindern wie ganzseitige Anzeigen, die schon Wochen vor den Wahlen Ende November letzten Jahres erschienen. „Mein Herz schlägt für Indien" - so waren die Anzeigen in den indischen Tageszeitungen und und Nachrichtenmagazinen - von denen die meisten in ihrem redaktionellen Teil nicht gerade zimperlich mit der Partei von Rajiv Gandhi umgingen - überschrieben. In geschickter, teils demagogischer Manier warnte die Parteienwerbung vor dem Untergang des Subkontinents für den Fall, daß eine aus „Opportunisten und Kommunalisten bestehende Opposition die Regierungsgeschäfte übernimmt". Umgerechnet fast 50 Millionen Mark ließ sich der „Congress" Großflächenwerbung, Zeitungsanzeigen, Video- und Audiokassetten kosten, um den 500 Millionen Wahlberechtigten die Vorzüge der Partei der Nehru-Dynastie vor Augen zu führen. Sie hat von den 42 Jahren, die seit der Unabhängigkeit vergangen sind, 40 Jahre lang das Riesenland regiert. Nach dem Wählervotum vom November ist ihre Zeit jetzt erst einmal vorbei. Der „Congress" hat mehr als die Hälfte seiner bisherigen Mandate (jetzt: 193) eingebüßt und bleibt nur noch in den südlichen Bundesstaaten Tamil Nadu, Andhra Pradesh, Karnataka und Kerala sowie im Bundesstaat Maharashtra stärkste Partei.

Insgesamt bewarben sich bei den Parlamentswahlen 7000 KandidatInnen um die 525 der insgesamt 545 Sitze in der indischen „Lok Sabha" - mehr als jemals zuvor (im Bundesstaat Assam werden erst in diesem Jahr die 17 Abgeordneten gewählt; für zwei Sitze werden Abgeordnete vom Präsidenten nominiert; ein Wahlbezirk in Kashmir hatte bereits vor den landesweiten Wahlen einen „Congress" - Abgeordneten gewählt). Und das von vielen Beobachtern erwartete Kopf-an-Kopf Rennen zwischen der regierenden „Congress-Partei" und einer aus mehreren Parteien bestehenden „National Front" fand statt. Die „National Front" mit ihrem Spitzenkandidaten und neuem Premier Vishwananath Pratap Singh (der adelige Rajput stammt aus einem Maharaja-Haus im bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh) war in über 400 Wahlbezirken mit den Kommunisten und der hindu-nationalistischen „Bharata Janata Party" (BJP) übereingekommen, lediglich nur jeweils einen Kandidaten der breiten Opposition gegen einen des „Congres" antreten zu lassen. So kam es in den meisten Wahlbezirken zu einem direkten Vergleich.

„Bofors" -Wahlkampfthema der Opposition

Natürlich war die „Bofors"-Affäre das dominierende Thema im Wahlkampf, mit dem die Opposition versuchte, Rajiv Gandhi zu Fall zu bringen. Die Affäre war durch einen Vertrag entstanden, der im März 1986 zwischen der indischen Regierung und dem schwedischen Rüstungskonzern „Bofors" über die Lieferung von 155-Millimeter Feldhaubitzen im Wert von umgerechnet etwa 2,5 Milliarden Mark unterzeichnet wurde. Für das Zustandekommen des Riesengeschäfts soll der Konzern sogenannte „kickbacks" an hochrangige indische Offizielle gezahlt haben. Dies wurde auch in einem Bericht des indischen Rechnungshofes vom Juli letzten Jahres bestätigt (siehe auch:Chronologie eines Skandals). Die Bombe platzte, als kurz vor den Wahlen die südindische Tageszeitung „Hindu" bisher geheimgehaltene Papiere des schwedischen Unternehmens veröffentlichte, in denen von Bestechungsgeldern an indische Agenten von Bofors die Rede ist. Den Berichten zufolge sollen umgerechnet 100 Millionen Mark in Form von „Commissions" den Besitzer gewechselt haben. In wessen Taschen das Geld aber letztendlich geflossen ist, blieb bislang ungeklärt. Eine Spur führte in Richtung des Gandhi-Imperiums - aber Rajiv Gandhi hat hartnäckig jede Beteiligung und jedes Wissen zurückgewiesen. Die neue Regierung hat bereits verlauten lassen, sie werde alles zur Aufdeckung der Affäre tun.

Der Bofors-Skandal, der vor den Wahlen auch die Berichterstattung in allen Zeitungen beherrschte, hat offensichtlich das Stimmverhalten einer breiten Wählerschaft beeinflußt. Noch vor den Wahlen hatten einige politische Beobachter die Auffassung geäußert, der Streit um die schwedischen Zuwendungen ginge an der ländlichen Bevölkerung, die wahlentscheidend ist, vorbei. Die meisten Menschen auf dem Land wüßten gar nicht, was „Bofors" bedeutet, hieß es. Weil es in Indien keine Wahlkampfkostenerstattung durch den Staat gebe, blieben für Parteien oft nur dubios anmutende Geschäfte, womit sie sich finanzieren könnten. Deshalb sei es auch kaum verwunderlich, wenn in Indien nur wenige etwas an „Provisionszahlungen" bei der Vergabe von Regierungsaufträgen auszusetzen hätten. „Wenn das Geld der Partei zufließt, ist es in Ordnung. Die Leute schreien nur dann auf, wenn solche Gelder in private Taschen gehen". Und dies haben viele Wähler wohl geglaubt und ihre Stimme der Opposition gegeben.

Während das Rüstungsgeschäft mit Bofors den Wahlkampf der Opposition beherrschte, betonte Gandhis „Congress" immer wieder die Unfähigkeit der Opposition, das Riesenland ins 21. Jahrhundert zu führen. Die Opposition sei auch „gegen den kleinen Mann", weil sie gegen den „Panchayati Raj" - Gesetzesentwurf gestimmt habe, der den Hunderttausenden von Kommunen mehr Mitbestimmung hätte bringen sollen. Um all dies den Wählern klar zu machen, unternahm Rajiv Gandhi eine Mammuttour durch den gesamten Subkontinent. Innerhalb von 6 Wochen besuchte er mit einem nur ihm als Regierungschef zustehenden Flugzeug über 200 Wahlbezirke und machte Wahlversprechen, um so die drohende Niederlage abzuwenden.

Zunehmender Kommunalismus

Entscheidend für das Abschneiden aller Parteien war das Wahlverhalten der sogenannten vote-banks. Dazu zählen sowohl die etwa 150 Millionen Angehörigen der „Unberührbaren", jene unterdrückten Bevölkerungsteile, die außerhalb des rigiden Kastensystems stehen, in das die indische Gesellschaft auch heute noch eingeteilt ist (siehe Kasten: Nur bei Wahlen zählen ihre Stimmen) als auch die etwa 100 Millionen indischen Moslems. Im eigentlich säkularen Indien sind Religion und Politik heute stärker als jemals zuvor miteinander verwoben. Kommunalistische Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems oder Hindus und Sikhs sind nicht selten von politischen Parteien in der Erwartung politischer Vorteile angezettelt und gefördert worden. Die indische Gesellschaft hat so während der letzten Jahre eine zunehmende religiöse Polarisierung erfahren, die sich gerade in den letzten Wochen vor den Parlamentswahlen in brutalen Ausschreitungen entladen hat. So fanden die Wahlen - sie waren die blutigsten in der Geschichte Indiens - in einer von kommunalistischer Hetze vergifteten Atmosphäre statt. „Die Gewalttaten erinnern in erschreckender Weise an die Greueltaten, die sich während der indischen Teilung 1947 abspielten", schrieb eine indische Zeitschrift.

Noch wenige Tage vor den Wahlen erhitzte der sogenannte Ram Janmabhoomi-Babri Masjid Streit in Ayodhya im Bundesstaat Uttar Pradesh die Gemüter der Inder. Die Auseinandersetzungen um Ayodhya, dem Ort, der nach der Mythologie der Geburtsort von Gott Rama sein soll, gärte schon seit langem: In der Kleinstadt hatte Moghul Kaiser Babar 1528 einen Hindu-Tempel zerstören und auf den Trümmern eine Moschee bauen lassen. Nach vielen Streitigkeiten, Gerichtsurteilen und der Inaktivität der Regierung machten sich kurz vor den Wahlen Hunderttausende von Hindus aus vielen Landesteilen auf, um neben der alten Moschee den Grundstein für einen neuen Ramatempel zu legen, und ihn mit geweihten Ziegelsteinen, die aus allen Teilen des Landes herangekarrt wurden, dort aufzubauen, wo die Moschee steht. Nur einem mehrere zehntausend Mann starken Polizeiaufgebot war es zu verdanken, daß sich

die allerschlimmsten Befürchtungen nicht bewahrheiteten. Aber zu schweren Auseinandersetzungen um die Tempel-Moschee-Frage kam es in vielen Landesteilen trotzdem.
Solche und andere Streitigkeiten haben sich mittlerweile wie ein Krebsgeschwür in die indische Gesellschaft hineingefressen. Vor allen im sogenannten Hindi-Belt, zu dem die nördlichen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar, Madhya Pradesh, Rajastan und Gujarat gezählt werden und wo sich jede indische Wahl entscheidet, weil hier über 40 Prozent der gesamten Wählerschaft des Landes leben, kommt es zunehmend zu Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems. Allein 1989 haben dabei über Tausend Menschen ihr Leben verloren.
Der „Congress" hat gerade im Hindi-Belt te, ein Großteil davon Moslems) erhielt der „Congress" ganze 15 der 85 Sitze. Insgesamt waren es nicht einmal 6% der insgesamt 229 möglichen Sitze, die Ghandis Partei in den fünf Bundesstaaten erhielt. Die großen Gewinner im „Hindi-Belt" waren die hindu-nationalistische „Bharata Janata Partei" mit insgesamt 69 Sitzen - ihr werden Kontakte zu hindumilitanten und faschistischen Organisationen wie der „Vishwa Hindu Parishad" und der „Shiv Sena" nachgesagt - sowie die „Nationale Front" des neuen Premier V.P. Singh, die hier allein 110 ihrer insgesamt 141 Sitze erringen konnte.

Im Zuge der weiter angespannten Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen Indiens hat der neue Regierungschef einen mutigen Schritt gewagt: Mit Mufti tige Kritik daran gegeben.
Mit anderen Gesten wollte der neue Premier ein Versprechen aus dem Wahlkampf einlösen: Um ein erstes Zeichen für seine Pläne zu setzen, den seit Jahren eskalierenden Konflikt im Bundesstaat Punjab zu lösen, besuchte er unmittelbar nach seiner Wahl das höchsten Heiligtum der Sikh-Gemeinschaft des Landes, den Goldenen Tempel in Amritsar, und auch die für den Bundesstaat geltenden Notstandsgesetze wurden aufgehoben. „Der Besuch war ein Triumph über Mißverständnisse, Haß und Gewalt", schrieb eine indische Zeitung. Tatsächlich muß Singh der Lösung dieses Konfliktes oberste Priorität einräumen, nachdem Rajiv Gandhi während der vergangenen Jahre keine Lösung erzielen konnte, und deshalb eine immer stärkere Eskalation zu beobachten war. Auch im



'Kommunalismus' verbreitet sich in Indien wie ein Krebsgeschwür, aber es gibt noch Gruppen, die dagegen arbeiten und für die Gleichberechtigung aller Inder auftreten (Foto: W. Keller)

durch seine widersprüchliche und opportunistische Politik ein Desaster erlebt und weder die sicher geglaubten Stimmen der Moslems noch die der Hindus erhalten. Im Bundesstaat Rajastan errang Gandhis Partei nicht einen einzigen Sitz, in Gujarat waren es gerade 3 von 26, in Bihar erreichte sie 4 von 54, in Madhya Pradesh 8 von 39 und im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh (80 Millionen Wahlberechtig- Mohammed Sayeed ist erstmals in der indischen Geschichte ein Moslem mit dem wichtigen Amt des Innenministers bedacht worden. Offensichtlich zielen die Überlegungen Singhs dahin, dadurch das Vertrauen der 100 Millionen indischen Moslems zu gewinnen - ob die Mehrheit der Hindus mit dieser Entscheidung übereinstimmt, bleibt fraglich. Von hindu-fundamentalistischen Gruppen hat es bereits hef- Punjab hat der „Congress" für seine Politik die Quittung erhalten. Nur noch zwei Sitze hat die Partei erhalten. Mit sechs Sitzen wurde die „Akali Dal" (Mann-Fraktion) zur stärksten Partei. Sie ist benannt nach Simranjit Singh Mann, einem Sikh-Aktivisten, der fünf Jahre in Haft verbrachte - wohl zu unrecht, wie jetzt viele Medien glauben. Für V.P. Singh geht es jetzt darum, Gespräche mit Mann's Partei zu führen, die

zahlreichen politischen Gefangenen zu entlassen und die Schuldfrage am Massaker von 1984 zu klären, bei dem 3500 Sikhs durch einen Hindu-Mob ermordet wurden. Vorausgegangen war damals das Attentat von Sikh-Extremisten auf Indhira Gandhi. Bis heute sind die meisten der Schuldigen nicht bestraft - viele haben offenbar den Schutz des „Congress" genossen.

Wirtschaftspolitik interessierte nur am Rande

Wegen der Dominanz der „Bofors"-Bestechungsaffäre und anderer innenpolitischer Themen haben wirtschaftspolitische Fragen im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Für die Wähler haben solche Fragen auch in der Vergangenheit immer nur marginale Bedeutung gehabt, obwohl gerade in die Regierungszeit Gandhis dramatische wirtschaftspolitische Veränderungen fielen, die nicht zuletzt auf V.P. Singh zurückgehen. Er gehörte selbst noch bis vor drei Jahren der Regierung Rajiv Gandhis an und war einer seiner engsten Vertrauten. Als sich Singh dann mit Schmiergeldaffären zu beschäftigen begann, waren seine Tage als Kabinettsmitglied und Mitglied der „Congress-I"-Partei gezählt. Im Januar 1987 wurde er unerwartet ins Verteidigungsministerium abkommandiert. Dort war er gerade 79 Tage als Verteidigungsminister im Amt, als er am 20. April aus Protest gegen die Zahlung sogenannter kick-backs aus Rüstungsgeschäften sein Amt niederlegte. Wenig später wurde Indiens neuer „Mr. Clean" aus der „Congress-I"-Partei ausgeschlossen.

Als Finanzminister legte Singh das Fundament für zahlreiche Liberalisierungsmaßnahmen, die die Wirtschaft Indiens stark veränderten. Er orientierte sich dabei wie Gandhi - der nach Singhs Ausscheiden selber das Finanzministerium übernahm - vorwiegend an der wohlhabenden Bevölkerung und an der Mittelschicht. An den etwa 400 Millionen Armen Indiens ging der wirtschaftliche Aufschwung vorbei. Die Regierungszeit Gandhis war die Zeit der Waschmaschinen und Mikrowellenherde, die Ära von Staubsaugern, Fast-Food Restaurants in den Großstädten, Saunen, Schönheits- und Fitness-Salons sowie Health-Parcours, wo die nicht selten übergewichtige Mittelschicht Gelegenheit zum Abtrainieren ihrer überzähligen Pfunde hatte. In Kollaboration hergestellte japanische Autos und Motorräder, private Krankenhäuser mit modernster Ausrüstung, Dutzende neuer 5-Sterne-Hotels in den Städten oder Kreditkarten indischer und ausländischer Banken machten ein luxuriöses Leben inmitten größter Armut für diejenigen möglich, die das entsprechende Kleingeld dafür berappen konnten.

Beobachter glauben, daß Singh als neuer Regierungschef an seiner bekannten Wirtschaftspolitik festhalten werde: Ausländi-

Bofors - Chronologie eines Skandals

1975: Eine Expertenkommission des Militärs empfiehlt die Anschaffung neuer 155 mm-Haubitzen.

1979: Ein von der Armeeführung ausgearbeitetes sogenanntes 'philosophy paper', in dem Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten 20 Jahre vorgeschlagen werden, spricht die gleiche Empfehlung aus.

August 1980: Die Regierung erkennt die Inhalte dieses Papiers als Grundlage für die künftige Planung und Produktion im militärischen Bereich an.

1982: Nach der Prüfung von insgesamt sechs verschiedenen Waffensystemen, zieht die Armeeführung vier in die engere Wahl: die britische FH 70, die von einem österreichischen Hersteller stammende N-45, die französische TR-155 ('Sofma') und die in Schweden produzierte Bofors FH 77B.

Dezember 1982: Auf Anweisung des Verteidigungsministeriums wird von der Armee ein Abschlußbericht über die endgültige Bewertung der verschiedenen Waffensysteme vorgelegt. Dieser Bericht empfiehlt die Anschaffung der französischen 'Sofma'. Die schwedische 'Bofors' rangiert nur an zweiter Stelle.

Mai 1984: Eine Verhandlungskommission unter dem Vorsitz des Sekretärs im Verteidigungsministerium wird eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, Preisangebote von den Herstellern der vier in die engere Wahl gezogenen Waffensysteme einzuholen und zu prüfen.

August 1984: Die Armeeführung schickt einen Bericht über die Bewertung der Haubitzen an das Verteidigungsministerium. Darin wird dem Ministerium die Anschaffung der französischen 'Sofma' nahegelegt, da sie über 18 der insgesamt 25 von der Kommission gewünschten Qualitätsmerkmale verfüge, die Bofors FH 77B dagegen nur über 11. Die Produkte der englischen und österreichischen Hersteller seien im Vergleich dazu unakzeptabel.

November 1984 - Oktober 1985: Weitere Untersuchungen und Tests der Armee sprechen ebenfalls für die 'Sofma'.

November 1985: Die Verhandlungskommission folgt dem Vorschlag der Armee und lädt nur noch die Vertreter der französischen und schwedischen Herstellerfirmen zu weiteren Gesprächen ein.

November 1985 - Februar 1986: Die Verhandlungskommission setzt die Gespräche mit beiden Anbietern fort. Im Verlauf der Verhandlungen bieten beide starke Preisnachlässe an, um von indischer Seite den Zuschlag für das Geschäft zu erhalten.

Januar 1986: In einer Note, die Rajiv Gandhi von seinem Büro vorgelegt wird, heißt es, daß beide Waffensysteme technisch akzeptabel seien. Nun komme es auf den Preis und die Kreditbedingungen an, um zu einer endgültigen Endscheidung zu gelangen.

17. Februar 1986: Die Armeeführung legt eine neue technische Bewertung vor, die sie als „endgültig" bezeichnet. Darin werden die Waffen nach neuen Bewertungsmaßstäben untersucht. Die Bofors FH 77B schneidet danach besser ab und wird dementsprechend zur Anschaffung empfohlen. K. Sundarji, der damalige Armeechef, argumentierte später, daß diese Änderung der Prioritäten mit der allgemeinen Veränderung der militärischen Lage zu tun gehabt habe.

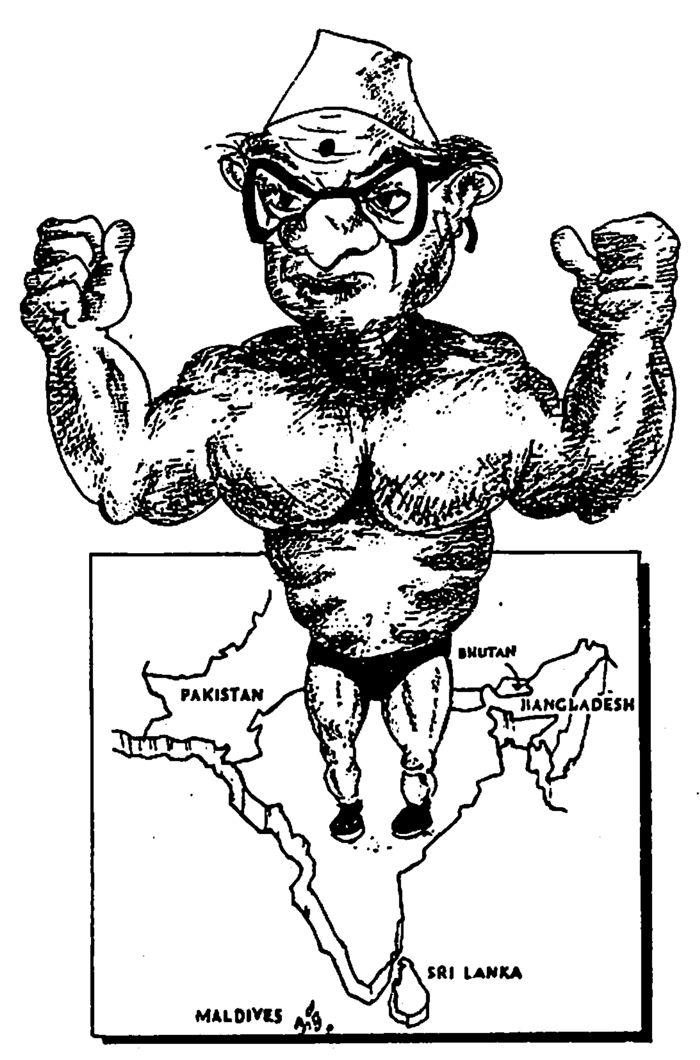
12. März 1986: Die Verhandlungskommission empfiehlt, nach der Prüfung aller technischen, vertraglichen und finanziellen Aspekte, der Firma Bofors mitzuteilen, daß man beabsichtigt, ihr Waffensystem zu erwerben.

24. März 1986: Der Vertrag über die Lieferung von Waffen und Munition wird mit Bofors unterzeichnet.

sche Investitionen, joint ventures und Vergünstigungen für den privaten Sektor, um so die Produktivität zu steigern. Das größte Problem, das dabei trotz der weiter zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten auf seine Regierung zukommt, wird das dramatische Ansteigen der indischen Auslandsverschuldung sowie die zunehmenden inflationären Tendenzen sein. Indiens Schulden werden derzeit auf umgerechnet etwa 120 Milliarden Mark geschätzt und wegen der angespannten Lage wird Singh nicht umhin kommen, vor allem von der Weltbank weitere Kredite zu erbitten.

Außenpolitik: „Wir sind die regionale Supermacht“

Während der Regierungszeit von Rajiv Gandhi haben sich die traditionell sehr engen indisch-sowjetischen Beziehungen stabilisiert. Indien kann jedoch wegen der Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik nicht mehr in allen Situationen auf die uneingeschränkte Unterstützung und Zustimmung der UdSSR bauen. Die indisch-amerikanischen Beziehungen haben sich während der vergangenen fünf Jahre stark verbessert, was vor allem auf die zunehmende Öffnung des indischen Marktes und die von Gandhi und seinem einstigen Finanzminister V.P. Singh begonnene Liberalisierungspolitik zurückzuführen ist.



„Big Brother“, aus: Sunday Times, 24.9.89

Während das Verhältnis zu den beiden Großmächten und zum Westen allgemein als sehr gut und entspannt zu bezeichnen ist, haben sich Indiens Beziehungen vor allem zu den kleineren Nachbarn Nepal und Sri Lanka verschlechtert. Unter diesen Spannungen leidet auch das junge Bündnis der „Organisation der südasiatischen Staaten“ (SAARC).

Im März letzten Jahres waren zwei indo-nepalische Verträge über Handels- und Transitrechte ausgelaufen. Bei den Verhandlungen über deren Verlängerung forderte Indien größere Mitsprache, um den Handel Nepals mit anderen Staaten wirksamer kontrollieren zu können. Obwohl Nepal als Binnenland den größten Teil seines Handels über Indien abwickeln muß und für Exporte und Importe auf indische Transitwege und den Hafen von Kalkutta angewiesen ist, widersetzte es sich dem Druck des großen Nachbarn. Und weil es zugleich auch noch ein kleines Waffenkontingent aus China bezogen hatte, schloß Indien die Grenzen und ließ keine Wirtschaftsgüter mehr passieren. Der stellvertretende Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „India Today“, Dilip Bopp dazu: „Nepal hat nur einige Luftabwehrwaffen aus China bezogen. Die stellen natürlich überhaupt keine Bedrohung für Indien dar. Aber weil sie nicht mit Indiens Einverständnis gekauft wurden, reagierten wir mit der Schließung der Grenzübergänge und der Transitwege um damit zum Ausdruck zu bringen: Seht, wir sind die regionale Supermacht und ihr habt uns gefälligst zu konsultieren, wenn es um Sicherheitsbelange oder militärische Fragen geht.“

Indiens kleinere Nachbarn haben sich in den vergangenen Jahren immer häufiger über die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten beklagt und indische „Strafaktionen“ à la Nepal kritisiert. Immer öfter kamen Vorwürfe, Indien habe vor allem während der Regierungszeit von Rajiv Gandhi die Allüren eines „großen Bruders“ angenommen, der seine Muskeln spielen lasse und den kleineren Nachbarn diktiere, was sie tun oder lassen sollen. Indien führe sich wie der Nachfolger der Briten in Südasien auf und versuche, die Region von New Delhi aus zu kontrollieren.

Für die Krise mit Sri Lanka, die sich um Indiens Intervention auf der Insel und den Abzug der dort seit Mitte 1987 stationierten „Friedenssoldaten“ dreht, machen politische Beobachter die Engstirnigkeit verantwortlich, mit der Gandhi seine Entscheidungen traf. Nikhil Chakravartty, Herausgeber des in Delhi erscheinenden linken Wochenmagazins „Mainstream“ und Präsident der Vereinigung indischer Verleger, macht die fehlende „intellektuelle Tiefe“ auf Seiten des Ex-Premiers für die Spannungen verantwortlich. „Gandhi hat viele Entscheidungen ad-hoc getroffen“, kritisiert er und fügt hinzu: „Trotz eines Außenministeriums, das gute Arbeit zu leisten imstande ist, wurden Entscheidungen oft im Büro des Premierministers getroffen. Dort gab es so etwas wie ein Super-Kabinett.“ (siehe: Interview mit ihm)

Die neue Regierung hat bereits betont alles zu unternehmen, um die gespannten Beziehungen zu den Nachbarn zu normalisieren. Dinesh Goswami von der „Nationalen Front“ glaubt, der Eindruck, Indien habe Großmachtallüren, sei nur deshalb entstanden, weil es die Regierung Gandhi nicht geschafft habe, bei den Nachbarn Vertrauen zu erzeugen. „Gerade wegen der Größe Indiens müssen wir nun alles tun, um Verständnis bei unseren Nachbarn zu schaffen. Wir werden ein Klima schaffen, in dem auch die Idee einer regionalen Kooperation verwirklicht werden kann.“

Tatsächlich wird es auch für die neue Regierung nicht einfach sein, die politische und wirtschaftliche Kooperation in Südasien zu forcieren. In der flächenmäßigen

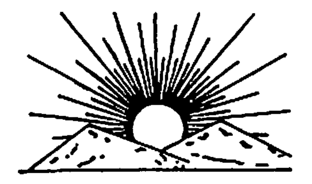
und demographischen Dominanz Indiens und seinem großen wirtschaftlichen und militärischen Übergewicht sehen viele Beobachter auch eines der Hauptprobleme für mehr Zusammenarbeit der Staaten Südasiens. Allein von der Landfläche ist Indien ein Koloß: 21 mal größer als Nepal und 48 mal so groß wie Sri Lanka; im Vergleich zum SAARC-Mitglied Bhutan ist Indien sogar 68 Mal größer. Indien hat mit 800 Millionen Menschen mit Abstand die größte Bevölkerung aller Länder Südasiens, die stärkste Wirtschaft und die größte militärische Schlagkraft (Verteidigungsausgaben 1988/89: ca. 20 Milliarden Mark).

Überlebenschancen?

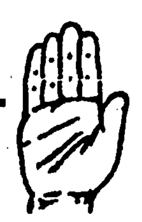
Nach Ansicht von V.P. Singh muß die politische Führung dialogbereit sein, um mit anderen Kräften einen Konsens zu erreichen. Seiner Ansicht nach resultierten die Fehler seiner beiden Gandhi-Vorgänger aus ihrer Isolation und mangelnden Dialogbereitschaft. Singh wird seine Fähigkeiten, alle Überzeugungskraft sowie seine Dialogbereitschaft benötigen, um das Auseinanderfallen seiner Regierung schon während der nächsten Monate zu verhindern. Weil die „Nationale Front" über weniger als 30% der Sitze im Parlament verfügt, ist sie bei all ihren Entscheidungen vor allem auf die „Bharata Janata Partei" und die Kommunisten angewiesen.

Vor den Wahlen meinten einige indische Kommentatoren, der indische Wähler sei zu bedauern. „Die Auswahl besteht zwischen einem korrupten „Congress" mit einer Person, die als Premier gänzlich ungeeignet und darüberhinaus politisch naiv ist, und einem aus mehreren regionalen und chauvinistischen Parteien zusammengewürfelten oppositionellen Bündnis, das wohl kaum in der Lage sein wird, eine stabile Regierung zu bilden".

Walter Keller



Die Stimmen der 'Unberührbaren' sind hart umworben



Wahlkampf in Indien, Parteien gehen auf Stimmenfang. Überall im Land finden öffentliche Kundgebungen statt. Umworbenes Wählerpotential sind die Angehörigen der schätzungsweise 150 Millionen „Unberührbaren", jenen ansonsten diskriminierten Bevölkerungsteilen Indiens, die außerhalb eines rigiden Kastensystems stehen, in das die indische Gesellschaft auch heute noch eingeteilt ist. Wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage lassen sie sich nicht selten ihre Stimme für ein paar Rupien abkaufen.

„Die meisten Völker dieser Welt hatten im Verlauf ihrer Geschichte Bevölkerungsteile, die als „Niedere" bezeichnet wurden. Die Römer hatten ihre Sklaven (...), die Russen ihre Diener, die Engländer ihre Leibeigenen. Die Nordamerikaner hatte ihre Schwarzen, die Nazis ihre Juden. Und die Hindus (in Indien) hatten und haben noch immer ihre „Unberührbaren"." Harte Worte im Bericht der „Nationalen Juristenkommission" von 1987 über die Lage der „Unberührbaren", der sogenannten „Harijans", zu deutsch etwa „Gotteskinder", wie sie von Mahatma Gandhi genannt wurden. Obwohl die Gesamtzahl der außerhalb des indischen Kastensystems stehenden „Harijans" auf etwa 150 Millionen Menschen geschätzt wird, bleiben sie die Ausgestoßenen des Hinduismus. Sie werden weiterhin an den Rand einer Gesellschaft gedrängt, die streng nach Kasten organisiert ist. Und dies, obwohl die Einteilung der Gesellschaft in Kasten mit der indischen Verfassung abgeschafft wurde.

Nach hinduistischer Auffassung setzt sich die menschliche Gesellschaft von Anbeginn aus vier Klassen oder Ständen zusammen. An oberster Stelle stehen die Brahmanen, denen fast göttliche Verehrung entgegenzubringen ist. Es folgen mit Abstand die Kshatriyas - Könige und Krieger - und die Vaishvas, zu denen Bauern und Kaufleute zählen. Am Ende der Pyramide der Kastenhindus stehen die Shudras, die allen anderen zu dienen haben. Die Rangfolge innerhalb dieses Vierersystems beruht auf der Vorstellung von Reinheit, die eng mit der Lebensführung, der beruflichen Tätigkeit und den Eßgewohnheiten verbunden ist. Ganz aus diesem System heraus fallen die „Unberührbaren".

Die meisten Parteien haben natürlich nur in Wahlzeiten ein gutes Wort für die „Harijans" übrig. Allenfalls dann ist man bereit, auf ihre Stimme zu hören - schließlich zählt sie ja. Aber der Alltag der „Harijans" sieht anders aus: Jahr für Jahr werden mehrere zehntausend Verbrechen an der diskriminierten Bevölkerung Indiens registriert. So wie vor wenigen Monaten im September, als über 100 „Harijans" im südlichen Indien bei Auseinandersetzungen mit Landbesitzern, natürlich Kastenhindus, ums Leben kamen. Oder wie vor einigen Monaten, als ein junger Mann einen verhängnisvollen Fehler mit dem Leben bezahlen mußte. Er betrat eine Teestube, die Kastenhindus vorbehalten ist und bestellte eine Tasse Tee. Doch diese „Anmaßung" des kastenlosen Eindringlings war für die anwesenden Kastenhindus zuviel. Er wurde erdrosselt. Der häufigste Grund für solche und andere Bluttaten: die Verachtung für den sozial tiefer Stehenden. Jacob Raj, indischer Mitarbeiter einer holländischen Hilfsorganisation dazu: „Die Zugehörigkeit zur Gruppe der Harijans ist bestimmt durch die Geburt. Weder Reichtum noch sonst irgendetwas ermöglicht „Unberührbaren" ein Entrinnen aus der Stigmatisierung. Der Ort, an dem ein Unberührbarer geboren ist, gilt als verunreinigt und schändlich. Es ist ein Ort, der in keinster Weise geachtet wird. Im ländlichen Indien muß ein „Harijan" barfuß durch ein Gebiet gehen, in dem Kastenhindus leben. Auch müssen sie ihren Doti, das Beinkleid, bis zum Knie hochziehen, um so Respekt gegenüber Kastenhindus zu zeigen."

Obwohl die Regierung eine Kommission nach der anderen einsetzt, um Gewalttaten zu untersuchen und um Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu erarbeiten, bleibt die soziale und wirtschaftliche Lage der „Harijans" bedrükkend. Bei der Verfolgung von Straftaten stecken Missetäter und Ordnungshüter oft unter einer Decke, verhindert Kastensolidarität die Verfolgung der Schuldigen.

In einigen Gebieten Indiens versuchen „Harijans", sich selbst zu organisieren. Sie nennen sich „Dalits", was übersetzt etwa Angehörige einer unterdrückten Gemeinschaft heißt. Sie wollen das umsetzen, wofür sich in den 30er Jahren der legendäre Führer der „Harijans", Dr. Ambedkar, eingesetzt hatte. Er war der Auffassung, daß nur über den Klassenkampf eine soziale Gleichstellung erzielt werden könne. Ambedkar scheiterte jedoch an der komplizierten hinduistischen Kastengesellschaft und trat die Flucht in den Buddhismus an. Jacob Raj, selbst „Dalit" und einer der Aktivisten der „Dalit"-Bewegung appelliert an die Weltöffentlichkeit: „In Indien lebten 30 bis 40% der Bevölkerung unter Apartheid-Bedingungen. Und während alle Augen auf Südafrika gerichtet sind, gibt es in der westlichen Welt keine Fürsprecher für die Dalits, obwohl wir zahlenmäßig soviele sind, wie ganz Europa Einwohner hat."

Ob die neue Regierung unter Premier V.P. Singh etwas zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der „Unberührbaren" unternehmen wird, bleibt abzuwarten.

Walter Keller

Indiens Städte vor dem Kollaps

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen indischen Regierung unter Premier V.P. Singh wird es sein, den Kollaps der indischen Städte zu verhindern. Wenn die Flucht in die Metropole weiter unvermindert anhält, werden der Untersuchung „India 2021“ zufolge bis zur Jahrtausendwende 350 Millionen Inder in Städten leben.

Es regnet in Strömen. In dieser Nacht werden Krishna und seine Frau sowie die beiden zwei- und dreijährigen Kinder kein Dach über dem Kopf haben. Sie werden auf einem Bürgersteig schlafen müssen, weil nachmittags ihre Hütte von Männern der Stadtverwaltung Bombays niedergerissen wurde. Die Hütte, die sie in unmittelbarer Nähe einer modernen Mittelklasse-Wohnsiedlung gebaut hatten, bestand aus mehreren zusammengeflickten Jutesäcken, die von einem Gerüst aus Bambusstangen getragen wurden. Für die Familie von Krishna war es nicht das erste Mal, daß sie eine solche Demütigung erleben mußte. Trotzdem wird sie in einigen Tagen zurückkommen, um ihr Armenquartier erneut aufzuschlagen - vielleicht an einer anderen Stelle in der Stadt.

Krishna ist einer von etwa 5 Millionen Einwohnern der 10 Millionen Stadt Bombay, die in armseligen Hütten leben, in „zopadpatties“, wie sie in der Metropole genannt werden. Insgesamt sind es in Indiens Großstädten 25 Millionen, die armselige Bretterbuden, nicht genutzte Wasserrohre, eine aufgespannte Plastikplane oder schlicht ein Stück der lauten und schmutzigen Straße ihr Zuhause nennen. Kinder werden dort gezeugt und geboren - Zehntausende sterben jährlich auf der Straße, ohne das Säuglingsalter überlebt zu haben.

Krishna ist einer von Millionen Vergessenen, einer der Verdammten des 800 Millionen Landes voller Gegensätze. Seine Familie zählt zu denjenigen, die von den meisten Reichen verachten werden. Ihre Hütten, die ausgebreiteten Plastikplanen, der ganze Schmutz und Gestank der Slums passen nicht in ihr westlich geprägtes Bild vom modernen Indien. Ihr Indien ist die politisch und wirtschaftlich aufstrebende regionale Supermacht, die Atomkraftwerke und Mittelstreckenraketen baut.

Wie Krishna, der vor 10 Jahren nach Bombay kam, verlassen auch weiter Jahr für Jahr Millionen von Menschen das verdorrte Land und ziehen in die Städte. Sie wollen der wachsenden ländlichen Armut, Schuldknechtschaft oder der Unberechenbarkeit von Großgrundbesitzern entfliehen. Viele hängen auch einfach einem Traum nach: Daß in der Stadt Milch und Honig fließen, glauben Menschen in ländlichen Indien immer noch. Einige neue Faktoren für das Anwachsen der Städte kommen hinzu: Menschen müssen ihre Heimat wegen neuer Staudämme verlassen. Andere werden vertrieben, weil ihre Dörfer für militärische Projekte Platz machen müssen. „Es ist so als wenn mehrere tausend Rettungsboote versuchten, einige wenige Inseln zu erreichen“, umschreibt der Soziologe Chandan Sengputa das Probleme der zunehmenden Verstädterung.

So ist während der letzten 25 Jahre die Zahl der in Städten lebenden Menschen um das vierfache angewachsen. 1951 waren es 56 Millionen, im letzten Jahr 230 Millionen: Mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Indiens lebt heute in Städten. Und glaubt man den Prognosen von Städteplanern wird es noch viel schlimmer kommen. Bis zur Jahrtausendwende soll es in Indien 16 oder vielleicht sogar 20 Millionenstädte geben. Bombay, Kalkutta, Delhi und Madras, wo heute schon weitgehend Chaos herrschen und jeder Dritte in Slums lebt, werden zusammen dann über 50 Millionen Menschen „beherbergen“ müssen. Den Prognosen zufolge werden zu den Stadtmonstern noch einmal 200 Städte mit Einwohnerzahlen von über 100.000 hinzukommen. Der kürzlich veröffentlichten Untersuchung „India 2021“ zufolge werden in etwas mehr als 10 Jahren eine Milliarde Menschen in Indien leben, 350 Millionen davon in Städten - die Mehrzahl von ihnen so wie Krishnas Familie: Ohne feste Bleibe, immer auf der Flucht vor der Willkür der Behörden und ohne Aussicht auf Besserung. Programme, um die Landflucht zu stoppen oder die städtische Wohnungsnot zu lindern, gibt es nur wenige. „Es existiert praktisch keine pragmatische Städte- oder Wohnungsbaupolitik“, meinen Kritiker.

Um das Leben in den Metropolen erträglicher zu gestalten, müßten riesige Beträge in den Bereichen Wasserversorgung, Kanalisation, Straßenbau, Stromversorgung und Wohnungsbau investiert werden. In ihrem Bericht an die Regierung nannte die „Nationale Städtekommission“ kürzlich konkrete Zahlen: Um dem permanenten Wachstum der Städte gerecht zu werden, müßten während der kommenden 25 Jahre jährlich umgerechnet zwischen vier und fünf Milliarden Mark investiert werden. Um die Wohnungsnot zu beseitigen bedürfte es mindestens 50 Millionen neuer Wohneinheiten innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre. Aber anstatt die notwendigen Gelder für die Beseitigung von Armut und Obdachlosigkeit bereitzustellen, werden riesige Summen für den Bau von Monumenten, Mausoleen und äußerst fragwürdigen Projekten bereitgestellt, schrieb das Nachrichtenmagazin „Illustrated Weekly“ unlängst. „Wenn es darum geht, Wohnraum für die Armen zu schaffen, zieht sich die Regierung mit der Bemerkung aus der Verantwortung, es seien keine Mittel vorhanden“.

Die letzten Regierungen waren offensichtlich mehr daran interessiert, Indien zu einer militärischen Großmacht aufzupolieren. 20 Milliarden Mark flossen alleine im letzten Jahr in den Verteidigungshaushalt - angesicht des Elends ein nicht zu überbietenden Zynismus.

Anstatt Schrittmacher für Fortschritt zu sein, werden die Städte wohl dem totalen Zusammenbruch nicht entgehen können. Der endlose Strom der Zuziehenden wird sich auch weiter in menschenunwürdige Wohnviertel ergießen und die Metropolen immer mehr in gigantische Slums verwandeln. Schon heute stehen viele städtische Dienstleistungsunternehmen vor einem Versorgungsnotstand. Überfüllte Busse, chaotische Straßenverhältnisse, immer längere Warteschlangen an öffentlichen Wasserstellen, offene Kanalsysteme, durch die menschliche Exkremente fließen und stinkende Abfallhaufen, in denen Ratten und Lumpensammler wühlen, sind unheilvolle Vorzeichen einer noch schrecklicheren Zukunft. Und der riesige Schmelztiegel der Kulturen, den die Städte bilden, kommt immer öfter zum Kochen. Die Zurschaustellung des Reichtums einiger weniger inmitten des schrecklichen Elends erhöht noch die Spannungen. Tumulte brechen bei der geringsten Provokation aus. Viele Jugendliche versuchen durch Drogenkonsum die Widersprüche in der Gesellschaft zu vergessen, Alkoholismus und Gewalt in der Familie sind die Resultate einer ausweglosen Situation. Die Slums produzieren immer mehr Kriminalität. Soziologen warnen vor südamerikanischen Verhältnissen in Indiens Städten. Angesicht von über 13 Millionen obdachlosen Kindern sind indische „Los Gamines“ für sie zukünftig durchaus vorstellbar. **Walter Keller**

„Auf außenpolitische Ereignisse nicht angemessen reagiert“

Interview mit N. Chakravarrty


Indischer Straßenhändler nach der Wahl (Foto: W. Keller)

Nikhil Chakravarrty, einer der bekanntesten indischen Journalisten, ist als Herausgeber der in Delhi erscheinenden Wochenzeitschrift 'Mainstream' bekannt für seine politischen Analysen. Seit einigen Jahren ist er auch Präsident der 'Vereinigung der indischen Verleger'. Nachfolgend Auszüge aus einem Interview, das Walter Keller mit ihm in New Dehli über außen-, sicherheits- und rüstungspolitische Fragen führte. Dabei wird die Regierungszeit des ehemaligen Premiers Rajiv Gandhi beleuchtet.

Welche außenpolitischen Akzente hat Rajiv Gandhi während seiner Amtszeit gesetzt?

Oberflächlich betrachtet könnte man sagen, daß sich die Außenpolitik der letzten fünf Jahre kaum von der unter Indira Gandhi betriebenen Politik unterscheidet. Dennoch möchte ich behaupten, daß es in einigen Bereichen zu deutlichen Fortschritten gekommen ist, zum einen in den Beziehungen zu den beiden Supermächten, aber auch das Verhältnis zu China hat sich sichtbar verbessert.

Unter Indira Gandhi basierten die Beziehungen zur Sowjetunion auf Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen („Indo-Soviet-Treaty“), der Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie und dem Kauf sowjetischer Waffen durch Indien. In den letzten Jahren haben sich zum einen die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungschefs sehr positiv entwickelt, zum anderen haben sich in den Wirtschaftsbeziehungen beider Länder deutliche Veränderungen ergeben. Da die Sowjetunion nicht in der Lage war, ausreichend Konsumgüter für den eigenen Inlandsmarkt zu produzieren, bot sich für Indien die Möglichkeit, seine Produkte in die Sowjetunion zu exportieren. Auf der anderen Seite kann sich Indien infolge der politischen Neuorientierung der Moskauer Führung nicht mehr uneingeschränkt auf deren Rückendeckung verlassen. Nehmen wir einmal an, es käme zu einer indisch-pakistanischen Krise. Noch zu Zeiten Indira Gandhis hätte Moskau ohne Umschweife die Position Delhis unterstützt.

Auch was das Angebot indischer Konsumgüter auf dem sowjtischen Markt angeht, hat sich hier eine Situation entwickelt, die vor Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Durch die verbesserten chinesisch-sowjetischen Beziehungen tritt China mittlerweile als direkter Konkurrent der Inder in der Sowjetunion auf.

Was die indo-amerikanischen Beziehungen anbelangt, so hat sich unter Rajiv Gandhi unzweifelhaft eine deutliche Klimaverbesserung ergeben. Ausschlaggebend war in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Liberalisierungspolitik der letzten fünf Jahre. Unter Rajiv Gandhi ist es zu einer stärkeren wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Westen, speziell gegenüber den USA gekommen. Zum einen wurde der wirtschaftliche Austausch und die Hilfe der USA dazu genutzt, die indische Wirtschaft, d.h. die Produktionsanlagen, zu modernisieren, zum anderen kam es aber auch zu einer verstärkten direkten Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und indischen Firmen ('joint ventures').

Der Liberalisierungsprozeß als solcher hat zwei Aspekte. Einerseits kam es zu einem Wegfall der internen Kontrollmechanismen, so daß beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen indischen und ausländischen Firmen viel reibungsloser abgewickelt werden konnte. Auf der anderen Seite

führte die Liberalisierung dazu, daß ausländisches Kapital ungehindert nach Indien fließen konnte. Ein Mitglied der wirtschaftlichen Planungskommission bemerkte dazu, daß ausländisches Geld nicht nur geduldet werde, sondern daß man ausländische Investoren ermutigen solle, ihr Geld in Indien anzulegen.
Daneben hat diese Politik den verstärkten Import ausländischer Produkte zur Folge gehabt. Man ist erst einmal geneigt davon auszugehen, daß es sich dabei in erster Linie um Produkte des Maschinenbaus oder um technische Ausrüstung handelt. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß die indischen Devisenreserven für teuere Konsumgüter verschwendet wurden. Diese Vorgehensweise steht in direktem Zusammenhang mit der Strategie der Befriedigung der indischen Mittel- und Oberschicht mit Luxusgütern. Aber es sind nur etwa 10%, die finanziell in der Lage sind, sich diesen Luxus zu leisten.
Das neue Gesicht indischer Außenpolitik zeigt sich auch in der zunehmenden Zusammenarbeit mit westlichen Rüstungsfirmen bzw. dem Kauf westlicher Rüstungsprodukte.
So kann man also sagen, daß sich vordergründig nichts grundsätzliches in der indischen Außenpolitik geändert hat, doch hat sich durch die entspanntere Atmosphäre im Umgang mit dem Westen und speziell mit den USA deren Einfluß in Indien stark vergrößert. Man denke nur daran, wie Pepsi-Cola auf den indischen Markt gelangen konnte. In Indien gibt es wahrlich genug Erfrischungsgetränke aus der einheimischen Produktion. Der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten, Präsident Bush, hat sich in einem Brief an Rajiv Gandhi persönlich für die Erteilung der Erlaubnis für Pepsi-Cola eingesetzt. Nun versucht auch Coca-Cola auf den indischen Markt zu gelangen.

Wie haben sich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten entwickelt?
Beginnen wir mit dem Verhältnis zu China. Ansätze zu einer Normalisierung der Beziehungen reichen bis in die Regierungszeit Indira Gandhis zurück, als beide Staaten mit der gegenseitigen Entsendung von Botschaftern den Grundstein für Entspannung legten. Der erste Besuch eines hochrangigen chinesischen Politikers fand mit der Visite des chinesischen Außenministers unter Rajiv Gandhi statt. Danach folgte eine Phase der diplomatischen Ruhe, die erst durch die Bestrebungen Pekings beendet wurden, zu einer Aussöhnung mit seinen Nachbarn zu kommen. Diese Wiederaufnahme des Dialogs gipfelte in dem China-Besuch Rajiv Gandhis im vergangenen Jahr. Vorläufig unterbrochen wurde dieser Prozeß durch die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im letzten Sommer, doch es ist eigentlich nicht davon auszugehen, daß diese innenpolitischen Ereignisse wieder zu einer drastischen Abkühlung der Beziehungen beider Staaten führen werden. Die Leute, die sich von einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und China eine Klimaverschlechterung in den chinesisch-pakistanischen Beziehungen erhoffen, muß ich jedoch enttäuschen. Ich glaube, daß eine nachhaltige Verbesserung der indischen Beziehungen zu seinen Nachbarn ohne eine vorherige Lösung der indisch-pakistanischen Probleme nicht möglich sein wird. Da die Probleme in den Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten historisch bedingt sind, ist eine Lösung nicht kurzfristig erreichbar. Auf der anderen Seite scheint die derzeitige Regierung in Islamabad nicht daran interessiert zu sein, sich einer Klimaverbesserung zu seinem großen Nachbarn in den Weg zu stellen. Dementsprechend sind die Hoffnungen auf eine zunehmende Normalisierung der Beziehungen durchaus begründet.
Der eigentliche Rückschritt besteht darin, daß man auf viele außenpolitische Ereignisse nicht angemessen reagierte. Nehmen wir einmal die indo-srilankischen Beziehungen. Vieles, was sich in den vergangenen Jahren zwischen diesen beiden Staaten auf diplomatischer Ebene abspielte, beruhte auf adhoc-Entscheidungen der indischen Seite. Die Frage der Entsendung von indischen Truppen nach Sri Lanka wurde beispielsweise im Vorfeld auf der indischen Seite kaum diskutiert. Die Truppenstärke, die Dauer der Stationierung in Sri Lanka und die Stationierungsstandorte, all das waren Fragen, über die spontan entschieden wurde. Darin besteht die eigentliche Schwäche der indischen Außenpolitik der letzten fünf Jahre.
Dabei es keinesfalls so, daß es kein funktionierendes Außenministerium gäbe. Die Beamten und Diplomaten haben in der Vergangenheit ihre 'Hausaufgaben' gut erledigt. Nur in diesen wichtigen Fragen wurden sie nicht konsultiert. Die Entscheidungen wurden über ihre Köpfe hinweg im Büro des Premierministers getroffen. Dort existiert eine Art „Superkabinett", zu dem die meisten Kabinettsmitglieder keinen Zugang haben.
Ein weiteres Beispiel für die Belastung der nachbarschaftlichen Beziehungen ist der Fall Nepal. Eigentlich gab es keinen triftigen Grund für eine Klimaverschlechterung zwischen Indien und dem kleinen Himalaya-Königreich, dennoch haben sich die Beziehungen drastisch verschlechtert. Zum Teil haben die Spannungen zwischen König Birendra und Rajiv Gandhi zu dieser Entwicklung beigetragen. Dieser Konflikt ist eigentlich nicht im Interesse Indiens. Zum Glück sind die Beziehungen zu China auf einem so guten Stand, daß Peking keinen Versuch unternimmt, diesen Konflikt weiter zu verschärfen, bzw. eine gegen Indien gerichtete Stimmung zu fördern. Aber das ist noch lange kein Grund, die Verschlechterung der Beziehungen zu Nepal einfach hinzunehmen. Viele Nepalis sind als Arbeiter in Indien tätig. Gleichzeitig haben sich umgekehrt zahlreiche indische Geschäftsleute eine Existenz in Nepal aufgebaut. Auch dieser Konflikt basiert im Grunde auf einer ad-hoc-Entscheidungen.

Die Nachbarn werfen Indien zum Teil vor, daß es die Rolle einer Ordnungsmacht in der Region anstrebe. Würden Sie dem zustimmen?
Wir müssen zuerst einmal die geographischen Realitäten so sehen, wie sie sind. Inden ist einfach von seiner Ausdehnung die Großmacht in der Region. Doch Indien ist nicht nur aufgrund seiner Größe und seiner riesigen Bevölkerung ein bedeutender Machtfaktor in der Region, auch in seiner Entwicklung während der letzten 40 Jahre nimmt das Land zumindest gegenüber seinen Nachbarn eine führende Stellung ein. Doch das ist noch lange kein Grund, den psychologischen Komplex unserer Nachbarn zu vernachlässigen. Wenn wir größer, einflußreicher als unsere kleineren Nachbarn sind, sollten wir versuchen, nicht auch noch ihr Mißvertrauen zu fördern. Das ist der Ansatz, der in unserer Politik weitgehend fehlt.
Politiker wie Nehru, die noch von den Ereignissen der Trennung Pakistans von Indien geprägt waren, und die von der Notwendigkeit gutnachbarlicher Beziehungen überzeugt waren, gibt es nicht mehr. Diese Generation ist ausgestorben. Heutzutage fehlt vielen diese Einsicht. Solange die indische Außenpolitik von ad-hoc-Entscheidungen geprägt ist, wird uns wahrscheinlich dieses Image eines „Großen Bruders' anhaften.

Sind Sie der Ansicht, daß dies durch die neue Regierung geändert werden könnte?
Einige aus ihren Reihen, Einzelpersonen oder auch kleine Gruppen wären dazu vielleicht in der Lage. Es ist meiner Ansicht nach jedoch nicht die Frage, welche politische Gruppierung gerade an der Macht bzw. in der Opposition ist. Nach Nehru hat man in Indien aufgehört, die internationalen Geschehnisse zu untersuchen, zu reflektieren. Wenn man einmal zurücksieht, so wird man feststellen, daß nach dem indischen Engagement in Bangladesh auf indischer Seite kaum mehr Interesse an internationalen Ereignissen bestand. Sicherlich hat man sich zu Aktionsplänen, Vorschlägen zur Abrüstung, zum Umweltschutz und anderem zu Wort gemeldet. Doch ernsthafte Versuche, Vorgänge auf internationalem Parkett zu untersuchen, hat es seit Nehru nicht mehr gegeben. Nehmen wir zum Beispiel die Probleme der Europäischen Gemeinschaft. In Indien wird über dieses Thema kaum diskutiert. Oder die Deutsche Frage oder die derzeitige Entwicklung in Osteuropa; bei all diesen weltpolitisch wichtigen Geschehnissen beschränkt man sich auf eine passive Zuschauerrolle. Zu Nehrus Zeiten hätten diese Vorgänge die indische Politik nicht so unberührt gelassen wie heutzutage. Botschafter und Diplomaten wären in Marsch gesetzt worden, um sich detailliert über alles zu informieren.



Der Run auf Elektronik (Foto: W. Keller)

gung und die zunehmende Aufrüstung vom Großteil der indischen Bevölkerung nicht mehr uneingeschränkt positiv gesehen wird; es ist kein populäres Thema mehr.

Ich habe Stimmen gehört, die beispielsweise den Amerikanern oder Deutschen vorwerfen, kein Recht zu haben, Indien wegen seiner Verteidigungsausgaben zu kritisieren. Wie stehen Sie zu solcher Äußerungen?

Das ist richtig, denn durch die zunehmende Präsens der Flottenverbände der Großmächte im Indischen Ozean oder die von der westlicher Seite forcierte Aufrüstung Pakistans wurde Indien in der Vergangenheit zu höheren Verteidigungsanstrengungen gezwungen. Wenn wir jedoch auf der anderen Seite der Welt zeigen können, daß kriegerische Auseinandersetzungen kein Mittel sind, Konflikte zu lösen, so wird das zu einem Umdenkungsprozeß führen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Bestrebungen, in den Besitz der Atombombe zu gelangen, zu sprechen kommen. Zwei wichtige Aspekte sind hier zu erwähnen. Zum einen würde sich die Entscheidung, gegenwärtig eine Atombombe zu bauen, vor dem Hintergrund des derzeitigen internationalen Klimas nicht rechtfertigen lassen. Abgesehen von den Protesten von internationaler Seite, ließe sich ein derartiger Schritt auch gegenüber der indischen Öffentlichkeit nicht mehr problemlos vertreten. Die Rüstungsausgaben sollen reduziert und nicht weiter erhöht werden. Beispielhaft für die Stimmung in der Bevölkerung ist der indo-pakistanische Konflikt um den Siachen-Gletscher. Der indischen Regierung ist es in diesem Zusammenhang nicht gelungen, eine breite Zustimmung in der Bevölkerung für eine dauerhafte militärische Präsens in dieser Region zu erhalten. Viele Inder sind der Meinung, die dauerhafte Stationierung in der umstrittenen Grenzregion zu Pakistan aufzugeben und stattdessen erst dann einzugreifen, wenn das pakistanische Verhalten direkt Anlaß dazu gebe. Man stellt sich zunehmend die Frage, wozu in einer Situation permanent Geld in die Stationierung von Truppen stecken, in der keine akute Bedrohung vorliegt? Das Gebiet zu bombardieren, wenn die Pakistanis wirklich angreifen sollten, das sei ausreichend.

Es ist nicht so, daß sich in der Bevölkerung eine Stimmung entwickelt hätte, die sich gegen die Soldaten richtet. Der Jawan, der indische Soldat, ist immer noch eine populäre Figur in der indischen Gesellschaft. Es hat sich jedoch auch ein kritisches Bewußtsein bei der Bevölkerung entwickelt. Konkret heißt das, daß die Menschen der Meinung sind, daß Soldaten nicht schlechter aber auch nicht besser gestellt sein sollten als andere Menschen in der indischen Gesellschaft. Früher, als die Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, wesentlich schlechter waren als heute, stand der Beruf des Soldaten hoch im Kurs. Heute hat sich die Situation jedoch geändert. ★

Diese beschränkte Sichtweise indischer Außenpolitik zeigt sich immer wieder in den Haushaltsdebatten über den Etat des indischen Außenministeriums. Da geht es wirklich konkret um die indo-pakistanischen oder indo-nepalischen Beziehungen, nicht aber um über die Region hinausgehende, internationale Arbeitsfelder indischer Außenpolitik.

Von westlichen Kommentatoren werden immer wieder die indischen Verteidigungsausgaben kritisiert. Sie sagen, Indien gibt jährlich etwa 20 Milliarden US-Dollar für die Rüstung aus, während gleichzeitig Millionen von Indern hungern. Glauben Sie, daß die derzeitigen Ausgaben für militärische Zwecke immer noch gerechtfertigt sind?

Auf der einen Seite wäre zu diesem Punkt zu sagen, daß die ersten kritischen Stimmen zum indischen Militärhaushalt bereits vor 20 Jahre laut wurden. Schon damals waren die indischen Verteidigungsausgaben höher als die des pakistanischen Nachbarn. Und so ging es weiter. Immer wenn Indien seine Waffensysteme weiterentwickelte, sich neue Waffen anschaffte, wurde gefragt: Warum vergeudet das Land Geld für die Rüstung, wo es doch so viele Bereiche gibt, in denen gerade diese Finanzmittel weitaus nötiger wären? In der Vergangenheit hörte man solche Vorwürfe nicht gern, denn gleichzeitig wurden von westlicher Seite die indischen Nachbarn, wie zum Beispiel Pakistan, mit modernster Waffentechnologie aufgerüstet. In den letzten sieben oder acht Jahren hat sich die Einstellung der indischen Öffentlichkeit jedoch gewandelt. Die Mehrheit ist mittlerweile der Ansicht, daß nicht mehr so viel Geld für die Rüstung ausgegeben werden sollte. In diesem Zusammenhang haben sich auch die globalen Abrüstungsinitiativen, die mögliche Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Mitteleuropa, auf Indien ausgewirkt. Daher gibt es in Indien derzeit keinen Grund, die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Dies hat sich auch auf den diesjährigen Verteidigungshaushalt ausgewirkt. Es ist gegenüber dem Vorjahr - berücksichtigt man die derzeitige Inflationsrate - sogar zu einer geringfügigen Kürzung des Etats gekommen. Diese Entscheidung hat - gerade im Vorfeld der Parlamentswahlen - die ungeteilte Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung gefunden. Jede weitere Kürzung des Rüstungsetats wird den dafür Verantwortlichen die Zustimmung der Bevölkerung einbringen. Das zeigt, daß die Landesverteidi-

Keine Gerechtigkeit für Bophal

Am 3. Dezember 1984 ereignete sich in der indischen Stadt Bhopal eine Katastrophe, als aus einem Zweigwerk des amerikanischen Konzerns „Union Carbide" giftige Gase ausströmten. Rajiv Gandhi ist es während seiner fünfjährigen Amtszeit nicht gelungen, den Opfern eine angemessene Entschädigung zukommenzulassen. Seine Regierung hat den amerikanischen Konzern mit Samthandschuhen behandelt: Man wollte andere potentielle ausländische Investoren nicht abschrecken. Mittlerweile haben auch die Weltöffentlichkeit und die Medien die Opfer weitgehend vergessen.

Insgesamt sind dem Desaster fast 3.500 Menschen zum Opfer gefallen. 400.000 wurden verletzt als aus einem Zweigwerk des amerikanischen „Union Carbide"-Konzerns Giftgas, Methylisocyanat, ausströmte. Fünf Jahre nach dem Unglück leiden die Überlebenden immer noch unter den Nachwirkungen der Katastrophe. Neben zahlreichen Augen- und Atemwegserkrankungen sind eine Vielzahl anderer Krankheiten auf das Unglück zurückzuführen. Dr. C.S. Krishnamurthi von der „Wissenschaftskommission" ist sogar der Auffassung, daß die giftigen Gase noch auf Generationen hinaus Nachwirkungen zeigen könnten. „Das volle Ausmaß der Katastrophe ist noch gar nicht überschaubar", glaubt der Arzt.

Die Überlebenden

Ayub Khan zählt mit seiner Familie zu denjenigen, die die Katastrophe überlebt haben. Vor dem Unglück war Ayub Khan Arbeiter. 40 Rupien, umgerechnet 5 Mark., verdiente er am Tag. Aber nachdem er in der Unglücksnacht durch das austretende Gas bleibende Schäden davontrug, kann er keiner schweren Arbeit mehr nachgehen. Jetzt klebt er aus Altpapier Tüten, die er auf dem Markt von J.P. Nagar verkauft. Fast alle Bewohner dieses Stadtteils von Bhopal haben Schäden davongetragen. J.P. Nagar liegt direkt vor den Toren des Carbide-Werkes. Auch Ayubs Frau Mumtaz und seine sechs Kinder leiden: „Anstatt Besserung haben wir manchmal den Eindruck, als ob sich unsere gesundheitliche Lage verschlechtere", sagt Mumtaz. Überwunden hat die Familie bis heute noch nicht den Tod eines ihrer Kinder, das unter tragischen Umständen dem Giftgas erlag. 10.000 Rupien, umgerechnet 1.200 Mark, haben sie von der Regierung als Wiedergutmachung für den Tod des Kindes erhalten. Weitere 2.500 Rupien wurden der Familie als Lohnausgleich gezahlt. Mehr gab es bisher nicht.

Viele andere Opfer sind bisher leer ausgegangen. So zum Beispiel die Familie von Abdul Gani, der jetzt eine Autorikschah fährt, obwohl seine Augen ständig brennen. Er beklagt sich auch über Kurzatmigkeit und andere Beschwerden. Fahren muß er jedoch, weil er seine 8-köpfige Familie zu ernähren hat. Vor dem Unglück arbeitete er bei den Wasserwerken, die ihn jedoch kündigten. Seine Frau erzählt, daß sie zuvor 5 Wasserbüffel besaßen. Zwei davon gingen verloren, als sie während der Katastrophe ins nahe Hoshangabad flüchteten, einer starb durch das Gas, die anderen beiden mußten sie mittlerweile verkaufen, um ihre Schulden bezahlen zu können. Eine Kompensation haben sie bis heute nicht erhalten.

Die Geschichte der Tragödie von Bhopal ist die Geschichte vieler Ablenkungs- und Vernebelungsmanöver seitens „Union Carbide", die Geschichte von Lug und Trug. Bereits kurz nach der Katastrophe versuchte der Konzern mit zahlreichen Taktiken, seine Haftung einzuschränken. Abgesehen davon, daß das Unternehmen die indische Regierung wegen Fahrlässigkeit zur Mitschuldigen erklärte, hat es behauptet, das Leck in einem Tank, durch das Gas austreten konnte, sei durch Sabotage entstanden. „Unsere bisherigen Nachforschungen zeigen, daß die Tragödie von Bhopal eine vorsätzliche Tat war. Die Nachforschungen richten sich jetzt auf einen bestimmten Angestellten des Werkes in Bhopal", hatte der Pressesprecher von „Union Carbide" gegenüber der „New York Times" am 11. August 1986 geäußert. Der Konzern hat für seine Verschwörungstheorie bis heute keine Beweise geliefert. „Union Carbide" hat bisher auch nur halbherzige Entschädigungsangebote unterbreitet. Aber auch die indische Zentralregierung hat während der vergangenen fünf Jahre ein undurchsichtiges Spiel getrieben: Obwohl sie 1985 eigens ein Gesetz erließ, das die Bearbeitung von Kompensationsanträgen regeln sollte und den Staat zum einzigen Vertretungsberechtigten der Kläger machte, ist das Gerichtsverfahren in die Lage gezogen worden. Eine außergerichtliche Einigung, die man zwischenzeitlich in Erwägung zog, wurde später wieder verworfen. Der Grund für dieses unentschlossene Auftreten seitens der Regierung liegt auf der Hand. „Ein zu forsches Auftreten könnte potentielle ausländische Investoren verärgern und sogar abschrekken", meint der Wirtschaftsjournalist Balraj Mehta. Gerade die jetzt aus dem Amt scheidende Regierung unter Rajiv Gandhi hat während der vergangenen fünf Jahre auf ausländische Investitionen gesetzt.

Lächerliche Entschädigung

Die Spitze der Ungerechtigkeit - so Kritiker - sei am 14. Februar dieses Jahres erreicht worden, als der Oberste Gerichtshof Indiens mit einem spektakulären Urteil aufwartete: Er verurteilte „Union Carbide" zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 470 Millionen US Dollar an den indischen Staat - zahlbar bis Ende März 1989. Mit dieser Zahlung seien die Verpflichtungen des amerikanischen Konzerns beendet, alle strafrechtlichen Verfahren gegen die Verantwortlichen eingestellt, hieß es in dem Urteil. „Dieser gerichtlich festgesetzte Betrag ist absolut lächerlich", meint ein Mitarbeiter einer der vielen Organisationen, die sich in Bhopal und Dehli für die gerechte Entschädigung der Opfer einsetzen. Er verweist auf die Klage der indischen Zentralregierung vom September 1986, in der noch Entschädigungen in Höhe von 3 Milliarden US Dollar für 500.000 Opfer gefordert wurden. Aber auch die Auszahlung der wesentlich niedrigeren Entschädigungssumme an die Opfer wird sich wahrscheinlich weiter verzögern - diesmal wegen des verständlichen Einspruchs von Aktionsgruppen und Rechtsanwälten. Der Großteil der Opfer von Bhopal wird weiter auf Gerechtigkeit warten müssen, auch wenn der neue Justizminister Goswani inzwischen angekündigt hat, daß die Regierung für eine Entschädigung eintreten will.

Walter Keller

„Wir brauchen Schulen und keine Raketen!“

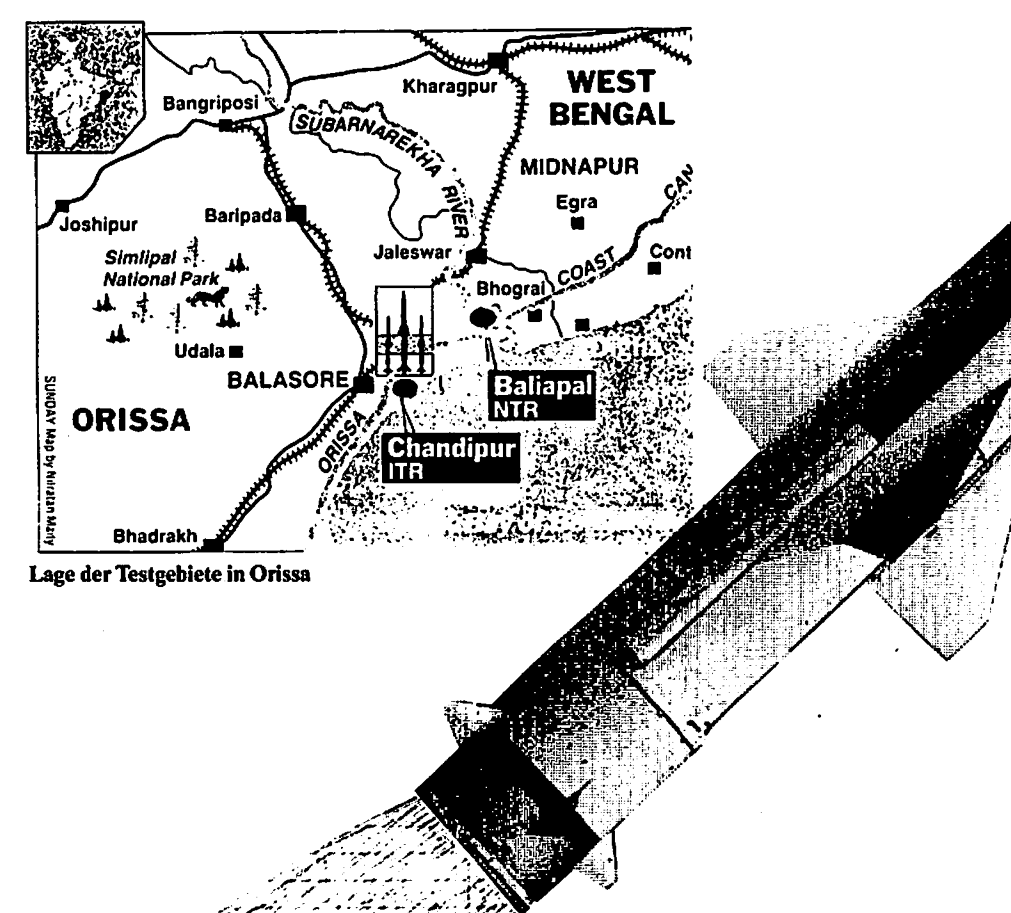
Rüstungswettlauf und Armut in Südasien

Balasore, der nördliche Bezirk des ostindischen Unionsstaates Orissa, ist von der Natur verwöhnt. Reisanbau mit drei Ernten im Jahr und Fischfang ermöglichen den Menschen dort ein reichliches Einkommen, daß sie sogar Ernteüberschüsse nach Kalkutta liefern können. Und dies, obwohl die Menschen von Balasore in einem der am dichtesten besiedelten Bezirks Indiens leben.
Im Mai letzten Jahres schaute ganz Indien gespannt nach Balasore. Nur 12 km von der gleichnamigen Distrikthauptstadt entfernt, im Armeestützpunkt Chandipur, zischte zwischen grünen Palmen Indiens erste Mittelstreckenrakete „Agni“ (Feuer) in den Himmel. Diese sogenannte „technologische Vorführung“ wurde in der natinalen Presse stürmisch gefeiert und demonstrierte aller Welt den indischen Großmachtanspruch. Sie verhalf sogar dem skandalgeschüttelten Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi zu neuer Popularität. „Wie der Erfolg von Agni zeigt, steht Indien an der Schwelle zur Regionalmacht. Diese Nation ist fähig, gleichberechtigt an der Seite derer zu stehen, die international Respekt und Gehör genießen,“ schrieb der Leitartikler des führenden Nachichtenmagazins „India Today“.
In der Euphorie über die raketentechniche Großtat wurde jedoch gerne verdrängt, daß zumindest die Bevölkerung von Balasore gar keine Raketen will. Seit mehr als vier Jahren kämpfen Bauern und Fischer gegen ihre Zwangsvertreibung durch eine geplante Nationale Raketenbasis im Balasore-Distrikt. Eine breite Koalition aus Basisgruppen und politischen Parteien hat den Baubeginn bisher verhindern können. Der Start der Agni-Rakete vom nahegelegenen Armeeschießplatz Chandipur war dann auch von heftigen Protesten begleitet. Viele Bauern weigerten sich, der Aufforderung der Behörden Folge zu leisten und ihre Häuser in der 3,5 km-Sicherheitszone um die Startrampe zu verlassen. Indiens Militärstrategen haben den Aufstieg zur regionalen Großmacht offenbar ohne die eigene Bevölkerung geplant.
„Meine Frau und ich, wir haben fünf Kinder. Mit Onkeln, Tanten und Großeltern zusammen leben wir in einem kleinen Bambushaus, insgesamt 12 Personen,“ schildert der Fischer Markondo Kanra seine Lage, der im Dorf Khantibhouri auf dem Gebiet der geplanten Raketenbasis wohnt. Jeden Tag fährt er aufs Meer hinaus und manchmal arbeitet er auch auf den Feldern der Reichen, um genug Geld für seine große Familie zu verdienen. Als die Regierung von Orissa im Jahr 1985 die Pläne für ein Nationales Raketentestgelände mit Produktionsanlagen und Werkstätten, Abschußrampen und Radarstationen in Balasore bekanntgab, wußte Markondo Kanra, daß das nichts Gutes bedeuten konnte. Mit einem Mal hatten er und tausende andere Küstenbewohner ihre Zukunft verloren. Wer mochte da noch Bewässerungsgräben anlegen oder eine Schule bauen? „Wir haben gehört, daß die Regierung uns oben in den Bergen neues Land geben will, aber wie sollen wir denn dort Fische fangen?“ fragt Markondo Kanra. „Wir haben unser ganzes Leben lang gefischt. Wovon sollen wir denn in den Bergen leben? Das ist der sichere Hungertod für uns! Sehen Sie, und darum leisten wir der Vertreibung Widerstand. Eher werden wir auf unserem Land sterben, als daß wir uns umsiedeln lassen. Und wir werden uns auch von denPolizisten nichts gefallen lassen.“
Mehr als zwanzig Dörfer haben sich verbarrikadiert und sich zum unabhängigen Gebiet erklärt. Mit Muschelhörnern wird die Bevölkerung alarmiert, sobald sich ein Regierungsfahrzeug nähert. Bisher ist es keinem Beamten gelungen, auch nur eines der Dörfer zu betreten. Einige junge Männer haben sogar geschworen, ihr Leben einzusetzen und den Polizisten und Soldaten entgegenzutreten, falls die Dörfer gestürmt werden.
Ganz bewußt knüpft die Protestbewegung an die gewaltfreien Aktionsformen aus dem indischen Unabhängigkeitskampf an und organisiert Blockaden, Sternmärsche, Steuerstreiks. Die zahlreichen Appelle von Bürgerkomitees an Minister und Gerichte sind jedoch ohne Wirkung geblieben. Das Verteidigungsministerium in New Dehli beharrt darauf, daß der Raketenschießplatz aus strategischen Überlegungen heraus und wegen der geographischen und klimatischen Bedingungen nur in Balasore gebaut werden kann. Man hat den Bewohnern Entschädigung für ihr Land und Hilfe bei der Umsiedlung angeboten. Doch die Leute schenken solchen Versprechungen längst keinen Glauben mehr. Erfahrungen mit anderen Großprojekten zeigen nämlich, daß die Vertriebenen weitgehend sich selbst überlassen bleiben und früher oder später betteln müssen. Der Fischer Markondo Kanra: „Die Regierung hat uns in vielen Fällen alles mögliche zugesagt, aber nichts ist geschehen. Nach einer Flutkatastrophe vor einigen Jahren versprachen sie, endlich eine Schule für unsere Kinder zu bauen, und wo ist sie? Jetzt verheißen sie uns viel Geld und ein besseres Leben in einem neuem Dorf. Sollen wir das etwa ernst nehmen?“
Im Mai 1988 setzte die Regierung 5000 Polizisten gegen die widerspenstigen Dörfer in Marsch. Dort sammelten sich Selbstmordkommandos, auch Frauen und Alte, zur Verteidigung. Ein Blutbad konnte in letzter Minute durch die Intervention des Oppositionsführers im Landesparlament, Biju Patnaik, verhindert werden.

Militärische Stärke als Entwicklungsziel

Indien hat wie kaum ein anderes Land in den letzten Jahren seine Streitkräfte ausgebaut und modernisiert. Das Verteidigungsbudget ist seit 1979 auf das Doppelte angestiegen. Indien ist zur Zeit der Welt größte Waffenimporteur. Allein 1987 wurden in Europa, in der Sowjetunion und den USA hochtechnisierte Kriegsmaschinen im Wert von 5,2 Milliarden US-Dollar eingekauft. Gleichzeitig wird mit Hochdruck die Entwicklung einer eigenen Rüstungsindustrie betrieben, die später auch die Kampfpanzer, Jagdflugzeuge, U-Boote und Raketen produzieren soll. Die Armee wird zur Zeit um 80.000 Soldaten auf 1,4 Millionen Kämpfer verstärkt. Weil die Militärausgaben kaum noch zu finanzieren sind, hat die indische Regierung ihre bisherige Zurückhaltung aufgegeben und angekündigt, in Zukunft auch Kriegsgerät zu exportieren.
„Warum eigentlich veranstaltet der US-Senat solch ein Gezeter wegen des Starts der Agni-Rakete? Indien ist ein großes Land und braucht eine stärkere Verteidigung. Außerdem hören die USA nicht auf, Pakistan mit Waffen auszurüsten.“ Gekränkter Nationalstolz spricht aus diesem Leserbrief, der vor kurzem im indischen Nachrichtenmagazin „Frontline“ abgedruckt war. Der Ausbau der Streitkräfte findet breite Zustimmung in der Bevölkerung. Sie wird weniger mit weltstrategischem Kalkül, sondern mit Nationalstolz und Fortschrittsglauben begründet. Wer Traktoren fährt und Atomkraftwerke bauen kann, muß auch eine starke, technisch versierte

Armee kommandieren können, so die landläufige Meinung. Wiederholt haben auch Politiker und hohe Militärs beklagt, daß Indien der gebührende Platz in der Weltpolitik, ein Sitz im UN-Weltsicherheitsrat beispielsweise, verweigert werde. Und schließlich müsse man sich gegen den aggressiven, von Ölscheichs und den USA unterstützten Erbfeind Pakistan zur Wehr setzen. „Militärische Stärke ist ein Entwicklungsziel," meint Dr. Giri Deshingkar, Direkor des „Centre for the Study of Developing Societies" in Dehli.



Lage der Testgebiete in Orissa

Aufrüstung mit Hilfe des Westens

Wer als Regierungschef die Sympathien der Bevölkerung verspielt, kann durch außenpolitische Erfolge wieder an Ansehen gewinnen. Diese goldene Politikerregel, scheint sich auch der durch zahlreiche Korruptionsskandale in Bedrängnis geratene Rajiv Gandhi zu Herzen genommen zu haben. Jedenfalls hat die indische Außenpolitik in den vergangenen zwei Jahren eine Wende zur aggressiven Kraftmeierei vollzogen, die unter den kleineren Nachbarn in Südasien zunehmend Besorgnis hervorruft. Indien verspielt das Image eines mutigen Fürsprechers internationaler Gleichberechtigung und Friedenspolitik, das es als führende Kraft der Blockfreien Staaten insbesonders in den ärmeren Ländern des Südens erworben hat.

Eine indische Schnelle Eingreiftruppe schlug im vergangenen Jahr einen Söldnerputsch auf den Malediven nieder, einer Inselgruppe etwa 1000 km vor der indischen Südwestküste gelegen. Indien hatte sich als Polizist der Region bewährt.

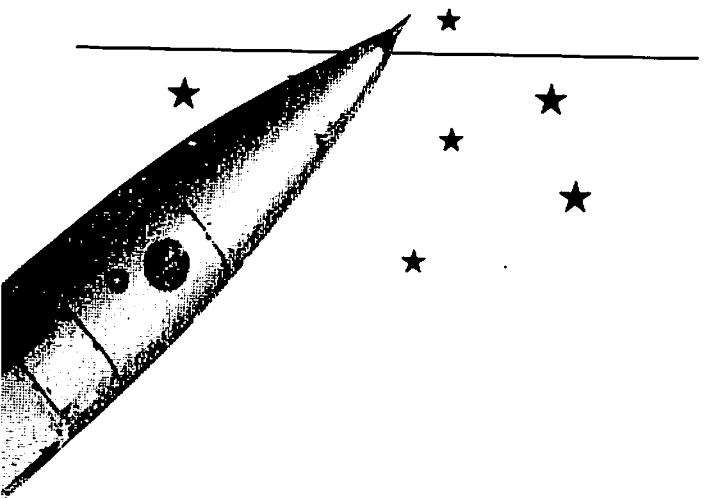
Mit zeitweise bis zu 80.000 Soldaten hat New Dehli vergeblich versucht, den Bürgerkrieg in Sri Lanka zu beenden. Die Arroganz, mit der die Inder auf ihre Truppenpräsenz beharrten, hat sowohl tamilische als auch singhalesische Bevölkerungsteile der Insel gegen den mächtigen Nachbarn im Norden aufgebracht. Weil das kleine Himalaya-Königreich Nepal bei der Neuverhandlung des Handelsabkommens Bedingungen stellte und sich nicht dem indischen Diktat fügen wollte, wurde es kurzerhand mit einem totalen Lieferstop belegt. Wichtige Verbrauchsgüter wie Kerosin, Speiseöl, Papier usw., die in Nepal nicht hergestellt werden können, wurden unerschwinglich teuer. Ein ganzes Volk war zur Geisel in einer unnötigen wirtschaftlichen Auseinandersetzung genommen worden.

Das Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan hat sich in den vergangenen Jahren gefährlich beschleunigt. Beide Länder arbeiten fieberhaft an der Entwicklung strategischer Raketen. Bereits vor 15 Jahren bewies Indien, daß es inder Lage ist, Atombomben herzustellen. Pakistan scheint mittlerweile auch soweit zu sein. Mit der Agni-Rakete verfügt Indien nun bald über ein geeignetes Trägersystem, das Bomben und Atombomben nicht nur auf jede pakistanische Stadt abwerfen, sondern sogar bis nach Peking und Teheran schießen kann. Westliche Geheimdienste berichteten, daß Pakistan die kürzlich in den USA erworbenen F-16 Jagdbomber (Geschäftsumfang: 1,5 Milliarden Dollar) auch zum Transport von Atomwaffen verwenden werde. Runde um Runde dreht sich das Karussell der Aufrüstung weiter. Die Kriegswaffenhersteller, ihre Agenten, Politiker und Spitzenbeamte verdienen gut daran, wie das Beispiel Bofors zeigt. Der Masse der indischen Bevölkerung aber bleibt ein menschenwürdiges Leben verwehrt. Diese ungehemmte Rüstungspolitik ist ohne die tatkräftige Unterstützung europäischer und amerikanischer Unternehmen nicht durchführbar. Im vergangenen Jahr erst sind deutsche Firmen überführt worden, Pakistan bei der Entwicklung der Atombombe behilflich gewesen zu sein. Die erste Antriebsstufe der indischen Agnirakete wurde im Rahmen der vertraglich vereinbarten Raumfahrtzusammenarbeit zwischen der BRD und Indien im Windkanal der DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) getestet. Ohne die auf Profit und außenpolitische Einflußnahme bedachte Hilfe des Westens wären weder Indien noch Pakistan in die Lage gekommen, ihre Nachbarn atomar zu bedrohen. Aufgeschreckt durch Entwicklungsarbeiten an Mittelstreckenraketen in Argentinien, Brasilien, Indien und anderen Ländern vereinbarten die sieben führenden Industrienationen 1987 ein Exportverbot für Raketentechnik. Es hat sich in der Durchführung jedoch als unwirksam erwiesen. Pakistan, Indien, Brasilien und Südafrika haben seither eigene Raketen getestet.

Exportbeschränkungen sind zu leicht zu umgehen, sie können den Rüstungswettlauf nicht aufhalten. Das Wettrüsten in Südasien aber ist eine Folge der Konfrontation der Großmächte in der sogenannten Dritten Welt, die mittlerweile ihre eigene Dynamik entwickelt hat und sich zu verselbständigen droht. Die USA haben Pakistan als Bollwerk gegen die sowjetische Expansion in Afghanistan hochgerüstet und damit auch Indien unter Druck gesetzt. Exportkontrollen werden von den weniger industrialisierten Ländern mit Recht als Diskriminierung empfunden. Die Lösung kann nur darin bestehen, den begonnenen Abrüstungsprozeß zwischen Ost und West radikal fortzuschreiben, um Ländern wie Indien und Pakistan die Rechtfertigung für weitere Rüstungsanstrengungen zu entziehen. Schon sind in Indien erste Anzeichen einer Friedensbewegung erkennbar. Jagabandhu Ghosh, ein Organisator der Protestbewegung gegen das Raketentestgelände in Balasore, meint: „das Raketenprojekt ist unsinnig, ganz gleich ob es hier oder anderswo gebaut wird. Man kann den Frieden nicht mit immer mehr Waffen erhalten, sondern es braucht den bewußten Willen aller Menschen dazu. Ich will gerne Steuern zahlen, wenn die Regierung das Geld sinnvoll verwendet. Ich will, daß die Landwirtschaft entwickelt wird, daß Bewässerungsanlagen gebaut werden. Wir brauchen Schulen und Krankenhäuser, keine Raketen!"

Rainer Hörig





Die Aufrüstung geht weiter

Das indische Rüstungsprogramm war und ist bei Forschung, Entwicklung und Produktion nie auf sich allein gestellt gewesen.[1] Westreuropäische Rüstungsfirmen und die Sowjetunion spielten häufig Entwicklungshelfer. Vielfältige Lizenzproduktionen in Indien zeugen von einer guten Zusammenarbeit, gleichwohl Produktionen sowjetischer Lizenzvergabe und westeuropäischer wohlgeordnet getrennt stattfinden. Auch als Exportland ist Indien mit einem hohen Militärhaushalt äußerst attraktiv. Wie gerade der Fall des schwedischen Rüstungskonzerns BOFORS zeigt, gehörten Schmiergeldzahlungen anscheinend zum üblichen Geschäftsverlauf dazu. (siehe Kasten zur BOFORS-Affäre).

Indien hält zur Zeit ca. 1.4 Millionen Soldaten unter Sold und verfügt über insgesamt 3150 Kampfpanzer, 99 Hubschrauber, 60 moderne Kampfflugzeuge der Typen MIG 29, 27, 25 sowie über die französische Mirage 2000. Die Marine besitzt neben 15 Unterseebooten, davon zwei geleast und atombetrieben, fünf Zerstörer, 24 Fregatten und 17 Minensucher. Die Option auf Kurz- und Mittelstreckenraketen wird neu hinzukommen.

Obwohl sich die Rüstungsausgaben von 132 Billion Rupien (1988/89) auf 130 Billion Rupien (für 1989/90) senken sollen, umfassen die Rüstungsausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt immer noch über 10 Prozent.

Das Geld ist u.a. für die Moderinisierung der vorhandenen T-55 und T-72 (MBT) Panzer und für die Artillerie, die jetzt mit den schwedischen Bofors 155mm Haubitzen ausgerüstet wird, vorgesehen. Außerdem sind für das indische Raketenprogramm, das gewaltige Summen in sich vereint, Fahrzeuge in der Erforschung, die später die Trägersysteme aufnehmen sollen.[2]

Vier Kriegsschiffe, drei U-Boote und acht TU 142M Patrouillenboote erhielt die Marine in den Jahren 1988/89. Eine Anzahl von Schiffen, die als Missile-Fregatten, Korvetten oder Beobachtungsschiffe genutzt werden können, sind in der Produktionsphase, während weitere zwei U-Boote von HDW im Magazon Docks (Bombay) gebaut werden. Mittlerweile übt die indische Marine auch mit zwei sowjetischen atombetriebenen U-Booten, die sich Indien von der Sowjetunion ausgeliehen hat.[3] Auch die Luftwaffe fliegt größtenteils mit sowjetischen Flugzeugen, so besitzt sie u.a. eine Schwadron mit MIG-29 „Fulcrums". In einer eigenen Fabrik wird die staatliche Flugzeugfirma HAL [4] zukünftig die MIG-27 „Floggers" produzieren. Das Programm zur Ersetzung alter Transportflugzeuge ist durch die Lizenzvergabe der bundesdeutschen Rüstungsfirma Dornier gesichert. Lizenzproduzent ist gleichfalls HAL, die die Produktion von D-228 schon aufgenommen hat.

Die Regierung beschloß im Jahr 1979, ein nationales Raketentestgelände zu errichten, das den Bedürfnissen der indischen Raumfahrtbehörde ISRO und denen des Militärs entspricht. Die Standortwahl fiel auf das Küstengebiet im Norden Orissas. Dort soll ein Weltraumbahnhof zum Start der indischen Satellitenrakete ASLV und zu deren Weiterentwicklung entstehen. Das mit Abschußrampen, Radarstationen und Rechenzentren ausgestattete Raketentestgelände soll auch der Luftwaffe zur Entwicklung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zur Verfügung stehen.

Nach zweimaliger Verschiebung startete Indien hier am 22. Mai 1989 ihre erste Mittelstreckenrakete mit dem Namen „AGNI" (Feuer) von der Interim Test Range Chandipur. Die Gesamtkosten werden auf 30 Milliarden Mark geschätzt.[5] Mit einer Reichweite von 2.480 km hatte die AGNI ihren Test erfolgreich bestanden.[6]

Unterstützt wurde die indische Entwicklung durch bundesdeutsche und amerikanische (friedliche) Weltraumtechnologie.[7] Der amerikanische Fachmann Gary Millholin, der die internationale Verbreitung von Raketen und atomaren Sprengköpfen verfolgt, stellte fest, daß das Steuersystem der indischen Rakete sowie der Antrieb ihrer ersten Stufe von der deutschen Raumfahrtindustrie im Rahmen der deutsch-indischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumfahrt entwickelt worden war.[8]

Anfang August 1989 berichtete die ZEIT, daß die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrttechnik (DLR) seit den 70ern die Techniken für die Entwicklung des Hitzeschutzschilds und des Navigationssystems lieferten, die für die AGNI unentbehrlich sind.[9]

Durch die Stationierung dieser Mittelstreckenraketen wäre Indien in der Lage, die benachbarte islamische Republik Pakistan mit weitreichenden Raketen zu bedrohen.

Außer der AGNI, die optionell atomar, chemisch oder konventionell bestückbar ist, arbeiten und forschen die Inder an weiteren Raketenprojekten:

* PRITHVI (Kurzstreckenrakete bis zu 250 km) im Feb. 1988 „erfolgreich" getestet. Die Prithvi-Rakete soll bis zu 1000 Kilogramm Sprengstoff über eine Distanz von 150 Kilometern und mit bemerkenswerter Zielgenauigkeit transportieren können. Ein zweiter erfolgreicher Test erfolgte im Oktober 1989.
* TRISHUL (Boden-Luft-Rakete, Reichweite bis zu 10 km), 1988 getestet
* AKAASH (Boden-Luft-Rakete, Reichweite bis zu 27 km. Sie besitzt Option für Mehrfachziele.
* NAG (Panzerabwehrrakete) soll die französische Milan ersetzen.

Die „Indian Space Research Organisation" (ISRO) arbeitet derzeit auch an Raketen, die Satelliten in geosynchronen und polaren Orbitern placieren sollen. Auffällig ist, daß dieselbe Person Dr. A.P.J. Abdul Kalam beim SLV-Programm der (zivilen) Raumfahrtbehörde ISRO und beim AGNI-Programm des Labors für Verteidigungsforschung und -entwicklung (Defence Research and Development Laboratory, DRDL), das dem Verteidigungsministerium unterstellt ist, die Federführung innehat und die Verantwortung trägt. So ist allein bei dieser Person eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung, wie sie von der bundesdeutschen Raumfahrtbehörde unterstellt wird, nicht möglich.

Ralf Hofer
BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte

Anmerkungen:

1) Zur Militarisierung Indiens ist in den Blättern des iz3w, Nr. 151, Aug.88, S.40 ff ein ausführlicher Artikel von B.Wolff erschienen.
2) „Integreted Guided Missile Development Program" (IGMDP)
3) vgl. FR v. 4.2.88
5) Hindustan Aeronautics Ltd. (HAL)
6) SZ 24./25. Mai 1989
7) vgl. Wall Street Journal v. 21.Mai 1989
8) vgl. taz v. 23.Mai 1989
9) vgl. die ZEIT, hier zitiert nach SOA 7/89. Der Testflug der „AGNI" galt in erster Linie dem Zweck, die Widerstandsfähigkeit des Hitzeschildes zu prüfen, der beim Wiedereintritt in die Atmosphäre den Sprengkopf vor dem Verglühen schützt.

„Wir sind dabei, unsere Identität zu verlieren"

Interview mit Nissim Calderon

Nach nunmehr zwei Jahren Intifada ist eine Lösung des Palästinakonflikts noch immer nicht in Sicht. Wirkungslos ist die Intifada jedoch nicht geblieben. Mit ihrem Rückenwind konnten die Palästinenser immerhin einige diplomatische Erfolge verbuchen. Dennoch scheint hierzulande das öffentliche Interesse an dem Konflikt allmählich zu erlahmen.
Umso zäher arbeitet die kleine israelische Friedensgruppe „das 21. Jahr" an einer Sensibilisierung der israelischen Bevölkerung für das Anliegen der Palästinenser.
Wir berichteten in Heft 160 über die Ziele und Aktionsformen dieser Gruppe. Das folgende Interview mit Nissim Calderon verstehen wir als Ergänzung zu dem Bericht.



Nissim Calderon (Foto: Jani Rolshoven)

Nissim Calderon, Jahrgang 1947, Sepharde, ist Literaturkritiker. Als Dozent für Literatur und Film unterrichtet er an der Universität Tel Aviv. Beide Eltern flüchteten als verfolgte Kommunisten aus Bulgarien und Griechenland in das damalige Palästina. Nissim Calderon gehört zu den Mitbegründern der oppositionellen Friedensbewegung „das 21. Jahr". Im 21. Jahr nach der israelischen Besetzung von Westbank und Gaza gegründet, also 1988, ist ihr Ziel das Ende eben dieser Besetzung.

Von welchen Leuten wird die Bewegung getragen?
Wir sind ein ganz kleiner Ausschnitt der israelischen Intellektuellen. Ein paar hundert Menschen. Die arbeitende Bevölkerung, Leute aus der Arbeiterklasse anzusprechen, haben wir nicht geschafft. Aber auch innerhalb der israelischen Intellektuellenszene sind wir nur ein winziges Segment. Alle von uns waren schon Teil der israelischen Friedensbewegung, verkörpert durch Peace Now. Das war uns aber zu wenig. Die israelische Gesellschaft basiert sehr stark auf dem Gefühl eines gemeinsamen Konsenses - und Peace Now arbeitet innerhalb dieses Konsenses, geht mit ihm. Wir dagegen meinen, daß die Besetzung nie aufhören wird, wenn wir nicht diesen Konsens brechen.
Das „21. Jahr" steht allen offen, die unsere Ziele unterstützen wollen. Aber, um es offen zu sagen: wir sind mehrheitlich Juden, es gibt nur ganz wenige arabische Israelis bei uns. Dies hat seinen Grund in der Komplexität der israelischen Gesellschaft. Arabische Israelis haben ihre eigene Sichtweise der politischen Situation, getrennt von derjenigen der jüdischen Israelis. Ich kenne zum Beispiel keinen einzigen arabischen Intellektuellen, der nicht für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung ist. Aber: als die Intifada begann, entschieden diejenigen Araber, die israelische Staatsbürger sind, daß es innerhalb der Grünen Grenze (d.h. im israelischen Kernland, d. Red.) keine Intifada geben wird. Ich denke, sie haben sehr klug entschieden. Warum? Intifada innerhalb der Grünen Linie würde für Israelis bedeuten, es gibt keine Grenze in den Forderungen der Palästinenser. Sie wollen nicht nur einen palästinensischen Staat. Sie wollen einen Staat nicht nur in Hebron, nein, sie wollen einen Staat auch in Haifa, in Akko. Das wäre ein sehr ernstes Signal für die jüdischen Israelis. Im Ergebnis hieße das, wir brauchen gar nicht erst anfangen zu teilen, wir müssen uns gar nicht darauf einlassen, denn die Palästinenser wollen alles. Also heißt es Stärke zeigen, damit sie gar nichts bekommen. Das ist der Grund, weshalb die arabischen Israelis sehr sehr vorsichtig sind. Sie unterstützen die Intifada politisch, aber sie haben zum Beispiel niemals gestreikt. Symbolische Streiks, ja, 2-3 Tage, aber niemals vergleichbar den Streiks innerhalb der Intifada. Und sie sagen es offen: Auch wenn wir die Intifada politisch unterstützen, hier haben wir keine Intifada. Wenn ich das sage, meine ich die Mehrheit der arabischen Israelis. Wir - die jüdischen Israelis - können uns viel aggressiver, deutlicher zugunsten der Intifada äußern. Wir können ganz offen sagen, daß wir die Intifada unterstützen, daß wir sie für einen gerechten Kampf halten. Ein arabischer Israeli hat in einer Organisation, die sich so äußern kann, Schwierigkeiten. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir in der Bewegung „21. Jahr" fast nur Juden sind.

Wie reagiert „der normale Israeli" auf Euch?
Für die Mehrheit der israelischen Bürger ist der Konflikt mit den Palästinensern etwas, das sich (lediglich) in den Zeitungen abspielt. Es berührt nicht ihren Lebensnerv. Wahlen beispielsweise wurden in Israel niemals unter dem Blickwinkel dieses Konfliktes geführt, es ging immer um andere israelische Probleme, nie um den Konflikt Israelis-Palästinenser.
Die Mehrheit der Israelis - damit meine ich etwa 50-60% - hält uns für Extremisten, meint, daß wir maßlos übertreiben; es gibt

jedoch keinen ausgesprochenen Haß uns gegenüber. So weit geht es nicht. Vielleicht reagiere ich in meiner Antwort ein wenig auf einen Trend in der Linken, den ich für paranoid halte; es gibt Leute in der Linken, die glauben, man hasse uns, man verfolge uns und so weiter.
20% der Israelis wollen wirklich Frieden. Offen für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und für die Zweistaatenlösung treten in der Knesset (das israelische Parlament) ganze 20 Abgeordnete ein - 20 von insgesamt 120 Abgeordneten. Die 20 gehören folgenden Gruppen an: Ratz (5), Mapam (3), Demokratische Liste (1), Kommunistische Partei (4) und schließlich der demokratischen arabischen Liste (1). Unter den Abgeordneten der Arbeiterpartei sind höchstens 4 bis 5 Leute unserer Meinung, aber sie haben sich entschieden, den Konflikt nicht nach außen zu tragen. Das macht ungefähr 20% Israelis, die mit unseren Positionen übereinstimmen.
Auf der anderen Seite sind es ungefähr 20-25% Israelis, die von Grund auf aggressiv gegenüber Arabern sind. Sie denken nationalistisch, sind politisch gefährlich, unterstützen die Siedler, favorisieren Lösungen wie „Transfer" oder Ausweisungen. Ich denke, das ist mein Israelbild, so wie ich die Landschaft hier sehe: 50% in der Mitte und die anderen 50% aufgeteilt in zwei Extreme.

Ich habe in verschiedenen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß einige von euch in einem ziemlichen seelischen Tief sind. Was ist die Ursache?
Das ist das Hauptproblem, dieses depressive Gefühl! Ich versuche es mal so auszudrücken: vielleicht ist dies der wesentliche Charakterzug des israelischen Intellektuellen: depressiv zu sein. Warum? Das Wesentliche an der Besetzung ist für uns Israelis, daß sie schon 23 Jahre dauert. Das heißt, wir haben seit der Gründung des Staates Israel mehr Jahre mit Besetzung als ohne. Das ist verdammt lang. Wir - und so geht es den meisten israelischen Intellektuellen - spüren sehr deutlich, wie die Besetzung unsere Basis zerstört, die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Die Besetzung tötet unser Gefühl, gerecht und menschlich zu sein, unser Bewußtsein und unseren Stolz, uns als Mitglieder einer menschlichen Gesellschaft zu fühlen. Wir alle, d.h. die meisten von uns in der Bewegung, sind Zionisten. Ich spreche hier wohlgemerkt vom sozialistischen Zionismus. Noch heute gehen wir alle davon aus, daß der Zionismus eine revolutionäre Bewegung gewesen ist. Der Zionismus hat so viele Aspekte des gesamten Lebens einbezogen und berührt: auf sozialer, auf nationaler Ebene, auf Staatsebene, im Gemeinschaftsleben - all diese unterschiedlichen Ebenen hat er sehr klug zusammengeführt und neuartige Lösungen gefunden, dynamisch und kreativ


Gruppe "21. Jahr" vor dem Haus des Premierministers (Foto: Jani Rolshoven)

zugleich. Zionismus hat unserer Gesellschaft eine gute Balance zwischen Ideologie und Praxis gegeben.
So, was passierte nun durch die Besetzung bei uns, in uns? Wir verloren das Gefühl, zu einer sozialistischen Revolution zu gehören. Dies ist ein gesamtisraelisches Gefühl; wenn du dir unsere Literatur ansiehst, wirst du immer wieder auf das Thema stoßen, in Kurzgeschichten, in Romanen - immer wieder geht es um den Verlust aller Werte des Lebens für das Individuum. Der Verlust dieser Werte macht alles Leben hohl. Angefangen hat es mit dem 67er Krieg, mit dem Beginn der Besetzung von Westbank und Gaza. Seitdem geht alle Energie des revolutionären Zionismus in die Unterdrückung von eineinhalb Millionen Menschen.
Und wenn Juden, mit der Geschichte, wie wir sie haben, der langen Geschichte von Verfolgung, einen Großteil ihrer Energie auf die Niederhaltung, die Unterdrückung einer anderen Nation verwenden, dann tötet dies die Grundwerte, auf denen unser Leben basiert...

Wie steht ihr zu der Aktionsform des Boykott?
Als wir begannen, gegen die Besetzung anzugehen, sagten wir uns: es ist nicht allein die Besetzung, es geht um die Mentalität, die hinter der Besetzung steht. Leute sind daran gewöhnt, daß es die Araber sind, die die Drecksarbeit verrichten. Leute sind daran gewöhnt, Produkte zu kaufen, die von Siedlern in der Westbank und in Gaza hergestellt werden. So wird die Besetzung zu etwas Normalem im Altag. So wird die Besetzung legitimiert durch das, was du täglich tust. Wir wollten die Besetzung im Alltag angreifen, im Alltag illegitim machen, z.B. durch einen Boykott von Produkten aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten. Wir dachten, es wäre gut - auch wenn es wirtschaftlich ohne Erfolgsaussicht wäre - in die Supermärkte zu gehen und mit den Kunden zu reden, sie darauf zu stoßen, daß Besetzung etwas ist, das auch in ihrem Alltag stattfindet. Sonst bleibt Besetzung abstrakt, bleibt nur Politik, fern von dir. Auch wenn jemand nicht meiner Meinung ist, er sieht dann, daß Besetzung etwas ist, das auch im Supermarkt stattfindet. Und er muß sich entscheiden, indem er kauft. Er kann nicht einfach an die Regale gehen und sagen, ich habe damit nichts zu tun.

Wie ist deine Meinung zu einem Boykott von außen. Sollten Touristen Israel boykottieren?
Für uns in der Friedensbewegung wäre es eine große Hilfe, wenn Leute einen Unterschied machen zwischen der israelischen Gesellschaft und der israelischen Regierung bzw. der israelischen Regierungspolitik.
Für mich ist die israelische Gesellschaft eine legitime Gesellschaft. Ebenso wie jede andere in der Welt. Auch andere Gesellschaften durchliefen in ihrer Geschichte so furchtbare Perioden, in denen sie andere Nationen unterdrückten. Zum Beispiel die französische Gesellschaft während des Algerienkrieges oder die amerikanische zu Zeiten des Vietnamkrieges. Niemand sagte damals „fahr nicht nach Paris" oder „geh nicht nach New York". Nein, ich würde es sogar umgekehrt formulieren: wenn Leute nach Tel Aviv kommen, dann bringen sie damit zum Ausdruck, daß sie keine Verallgemeinerungen über „die Israelis" akzeptieren. Sie können sagen, wir akzeptieren die Israelis als Gesellschaft, aber wir sind gegen die Politik der israelischen Regierung. Das würde uns sehr helfen. Warum? Die Furcht vor Antisemitismus steht hier immer im Raum. Und wenn jemand die israelische Politik kritisiert, dann tut er das vielleicht nicht, weil er z.B. gegen die Besetzung von Westbank und Gaza ist, sondern weil er als Antisemit etwas gegen Juden hat. Wir in der Linken haben sehr viel mit diesem Phänomen zu tun, kämpfen dagegen an. Wir können dann sagen „nein". Hört ihm doch zu. Er ist nicht gegen Juden, er sagt, die Juden sind eine legitime Nation. Er hat etwas gegen die Besetzung einzuwenden. Wenn ihr aber sagt, „fahrt nicht nach Israel", dann behandelt ihr uns, als ob alle Israelis schlecht wären. Bekämpft die israelische Politik in der Westbank und in Gaza. Kämpft aber nicht gegen Israel als Gesellschaft. Nicht nur, daß es nicht hilft. Es schadet uns. Kritik von außen wird dann nicht mehr als Kritik ernst genommen, sondern als Gefahr gesehen - als eine Form von Antisemitismus. Die Folge ist, daß die Leute sagen, wir müssen uns noch fester zusammenschließen, weil alle gegen uns sind. Der Konsens wird dann noch stärker, noch undurchdringlicher.
Das Interview führte Jani Rolshoven (in englischer Sprache)

Der Weg aus der Isolation
Ablenkung von der ökonomischen Krise

Handelt es sich bei der jüngsten Nahost-Friedensinitiative der ägyptischen Regierung, dem Zehn-Punkte-Plan Hosni Mubaraks, um „masrahiyya", Theaterspielerei, wie manche Ägypter glauben, um mit Weltpolitik von den schweren ökonomischen Problemen im eigenen Land abzulenken? Oder sollte mit dem Vorstoß Mubaraks erneut die zentrale Bedeutung Ägyptens für eine Friedenslösung in der Region hervorgehoben werden, um die Chancen des hochverschuldeten und auf westliche Wirtschaftshilfe angewiesenen Landes für einen erfolgreichen Abschluß der schwierigen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds zu erhöhen?
Wie dem auch sei, dem Wechselspiel von Außen- und Innenpolitik kommt in Ägypten nicht nur in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle für den Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen zu.

Auf dem Gipfeltreffen der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba Ende Juli 1989 wurde der ägyptische Präsident Hosni Mubarak in das Amt des jährlich wechselnden Vorsitzenden gewählt.[1] Diese Wahl ist der bislang letzte Erfolg einer aktiven und zielstrebigen Außenpolitik unter Mubarak, der es nicht nur gelang, die Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Staaten zu intensivieren und Ägyptens Rolle in der Blockfreienbewegung aufzuwerten, sondern auch das Verhältnis zur Sowjetunion zu normalisieren und die Isolierung in der arabischen Welt zu überwinden.

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu fast allen arabischen Staaten und der Rückkehr in die Arabische Liga auf der Gipfelkonferenz in Casablanca Ende Mai 1989[2], konnte Ägypten sein Ziel, den Prozeß der Wiedereingliederung in die arabische Welt zu fördern, ohne den Friedensvertrag mit Israel infragezustellen, erfolgreich verwirklichen.

Zehn Jahre zuvor war im Anschluß an die Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages auf einer Konferenz der arabischen Außen- und Wirtschaftsminister in Bagdad der politische und ökonomische Boykott Ägyptens beschlossen worden. Nahezu alle arabischen Staaten — mit Ausnahme von Oman, Somalia und Sudan — hatten hieraufhin ihre diplomatischen Beziehungen zu Kairo abgebrochen, die Mitgliedschaft Ägyptens in der Liga der Arabischen Staaten wurde suspendiert und der Sitz der Liga von Kairo nach Tunis verlegt.

Auch wenn Ägypten mit dem Rückzug Israels vom Sinai im April 1982 einen wichtigen nationalen Erfolg erzielen konnte, so wurden die Beziehungen zu Israel durch die kompromißlose Politik des Likud Blokkes immer wieder schweren Belastungen ausgesetzt.

Regionale Veränderungen und Machtverschiebungen (Revolution im Iran im Februar 1979, Intervention der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 und Ausbruch des Krieges zwischen Irak und Iran im September 1980) blockierten den Friedensprozeß zusätzlich. Die USA verloren das Interesse an der Fortsetzung des Camp David-Friedensprozesses mit dem Ziel einer umfassenden Konflikt-Lösung im Nahen Osten und entwickelten das „Konzept des strategischen Konsenses", in dem Israel, Ägypten und Saudi-Arabien als Hauptsäulen ein strategisches Bollwerk gegen den sowjetischen Einfluß in der Region bilden sollten. Doch in dem Maße, in dem deutlich wurde, daß sich die Politik Reagans unter Vernachlässigung arabischer Interessen auf den Versuch beschränkte, die Staaten der Region in ein strategisches Bündnis gegen die Sowjetunion einzubinden, das den Status quo im Nahost-Konflikt zu zementieren suchte[3], ließen sich die arabischen Staaten nicht durch die US-Politik vereinnahmen.

Schwierige Rückkehr nach Arabien

Das Selbstverständnis Ägyptens als arabisch-islamisches Land und seine nationalen Interessen erforderten nach der Ermordung Sadats im Oktober 1981 die Aufhebung der Isolation in der arabischen Welt und die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Allerdings verfolgte sein Nachfolger Hosni Mubarak diese Ziele, ohne die enge Kooperation mit den USA und den Friedensvertrag mit Israel zu gefährden. Nur auf diesem Wege konnte der Handlungsspielraum der ägyptischen Außenpolitik wieder erweitert und der Kritik der internen Opposition erfolgreich begegnet werden.[4]

Mit dem iranisch-irakischen Krieg und den von ihm ausgehenden Gefahren für die Sicherheitslage in der ganzen Region veränderten sich die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme Ägyptens in die arabische Welt, indem den arabischen Staaten das militärische und politische Gewicht Ägyptens verdeutlicht wurde.

Als mit Abstand bevölkerungsreichster Staat der arabischen Welt (ein Viertel der gesamten arabischen Bevölkerung) verfügt Ägypten nicht nur über eine strategisch besonders günstige Verkehrslage zwischen drei Kontinenten (Suez-Kanal), sondern infolge einer längeren Industrialisierungsgeschichte auch über eine differenziertere Wirtschaftsstruktur und mehr gut ausgebildete Fachkräfte und erfahrene Arbeiter als die übrigen arabischen Staaten. Darüber hinaus wurden besonders im vergangenen Jahrzehnt verstärkt Anstrengungen unternommen, um — nicht zuletzt mit amerikanischer Militärhilfe — die Rüstungsindustrie des Landes auszubauen. Mit einer Produktion, die auch schwere Waffen wie

Flugzeuge und Lenkwaffen einschließt, ist Ägypten zum bedeutendsten Rüstungsexporteur in der arabischen Welt geworden.

Ironischerweise war es der im Krieg gegen den Iran in die Defensive geratene Irak — 1978/79 noch einer der entschiedensten Gegner der ägyptischen Politik und kompromißlosesten Befürworter des Boykotts — der mit dem Besuch des irakischen Außenministers Tariq Aziz in Kairo im Juli 1983 die außenpolitische Isolierung Ägyptens als Erster durchbrach. Der im Krieg gegen den Iran in die Defensive geratene Irak war in zunehmendem Maße von ägyptischen Waffenlieferungen, Militärberatern und Hunderttausenden von ägyptischen Gastarbeitern abhängig geworden.

Es waren allerdings nicht nur Auswirkungen des Golf-Krieges, sondern auch Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt, die die Chancen Ägyptens verbesserten, sich als eine der zentralen Regionalmächte wieder in die arabische Welt zu integrieren. Der durch die israelische Invasion im Libanon erzwungene Abzug der PLO aus Beirut hat die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes erheblich verschlechtert und die Palästinensische Befreiungsorganisation gezwungen, eine Lösung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege zu suchen.

Mit der veränderten Strategie der PLO wurde eine Wiederannäherung an Ägypten nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Im Januar 1984 wurde Ägypten dann wieder in die Organisation der Islamischen Konferenz aufgenommen und im Oktober 1984 erneuerten Ägypten und Jordanien ihre diplomatischen Beziehungen. Doch erst mit der auf der Arabischen Gipfelkonferenz in Amman im November 1987 getroffenen Entscheidung, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten den einzelnen Mitgliedern freizustellen, erfolgte ein weiterer Durchbruch auf dem Wege der Normalisierung. Nur Djibouti war dem Beschluß des Gipfels schon Anfang 1987 zuvorgekommen.

Im Anschluß an die Gipfelkonferenz erneuerten dann noch im November 1987 neun Staaten (Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Kuwait, Marokko, Nordjemen, Saudi-Arabien, Bahrain, Qatar und Mauretanien) ihre diplomatischen Beziehungen zu Ägypten, 1988 folgten Tunesien, Südjemen und Algerien und 1989 konnten sich sogar die rivalisierenden Fraktionen im Libanon auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten verständigen.

Mit der Ausnahme von Libyen und Syrien unterhalten damit wieder alle arabischen Staaten diplomatische Vertretungen in der ägyptischen Hauptstadt.

Mit der Aussöhnung zwischen Mubarak und Qaddafi auf dem Gipfel in Casablanca haben sich allerdings auch die ägyptisch-libyschen Beziehungen entscheidend verbessert. Die Öffnung der Grenze, die Aufhebung des Paß- und Visumzwanges im Reiseverkehr zwischen beiden Ländern und die Mitte Oktober getroffene Entscheidung, in Kairo und Tripolis „Verbindungsbüros" einzurichten, sind Ausdruck dieser bemerkenswerten Entwicklung. Und auch der syrische Staatspräsident Hafiz al-Asad, in den vergangenen Jahren einer der entschiedensten Gegner der ägyptischen Politik, wird sich höchstwahrscheinlich einer Normalisierung der Beziehungen nicht auf Dauer entziehen können, wenn er nicht noch weiter ins politische Abseits geraten will. Immerhin konnten sich Mubarak und Asad im Dezember 1989 schon auf eine Wiederaufnahme des Flugverkehrs zwischen Kairo und Damaskus verständigen.

Vor einem Jahrzehnt noch vollständig isoliert in der arabischen Welt, ist mit der Rückkehr Ägyptens in die Liga der arabischen Staaten deutlich geworden, daß dem Land am Nil bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine wichtige Rolle zukommt, da es nicht nur als einziges arabisches Land über diplomatische Beziehungen zu Israel verfügt, sondern inzwischen auch wieder enge Kontakte zur PLO unterhält.

Und mit der Intifada, der Aufgabe des jordanischen Anspruchs auf die Westbank und der Ausrufung eines Staates Palästina bei gleichzeitiger Anerkennung der Resolution 242 der Vereinten Nationen durch den Palästinensischen Nationalrat im November 1988 in Algier hat der Nahostkonflikt eine neue Dimension gewonnen, die die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung im Palästinakonflikt beflügelt hat.

Mit einem — in enger Koordination mit der PLO erstellten — Zehn-Punkte-Plan zum Wahlvorschlag der israelischen Regierung und dem Angebot israelisch-ägyptischer Gespräche in Ägypten hat Mubarak in jüngster Zeit versucht, die Suche nach einer Verhandlungslösung im Nahen Osten erneut zu beleben.[6]

Während die israelische Regierung, die diesen Plan inzwischen abgelehnt hat, aufgrund unüberbrückbarer Gegensätze zwischen den sie tragenden Parteien weitgehend entscheidungs- und handlungsunfähig ist, zeichnet sich die amerikanische Nahost-Politik nicht gerade durch besonderen Gedankenreichtum und bemerkenswerte Aktivitäten aus. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel des Mubarak-Plans, mit der Bezugnahme auf die Prinzipien der amerikanischen Nahost-Politik sowohl die israelische Regierung gegenüber ihrem wichtigsten Verbündeten in Verlegenheit zu bringen, als auch die USA an ihre Verantwortung für Fortschritte auf dem Weg zu einer Verhandlungslösung zu erinnern. Wirkliche Bewegung im israelisch-palästinensischen Konflikt wird es allerdings nur dann geben, wenn die amerikanische Regierung sich dazu entschließt, mehr Druck auf Israel zur Durchsetzung einer politischen Lösung auszuüben.

Außenpolitik als Innenpolitik

Neben dem Interesse an einer friedlichen Lösung im israelisch-arabischen Konflikt und an der hiervon abhängenden Stabilität in der Region ist die Wahrnehmung einer aktiven Vermittlerrolle auch deshalb von besonderer Bedeutung für Ägypten, weil es auf diesem Wege seinen zentralen politisch-strategischen Stellenwert im Nahen Osten und in der arabischen Welt, insbesondere gegenüber den reichen Golfstaaten und den beiden Großmächten deutlich zu unterstreichen vermag.

Nur mit einer erfolgreichen Außenpolitik konnte es dem ressourcenarmen und bevölkerungsreichen Land am Nil gelingen, einen kapitalintensiven Industrialisierungsprozeß mit hoher Importabhängigkeit und wohlfahrtsstaatliche Leistungen zur Wahrung von Stabilität und Legitimität des Systems zugleich zu finanzieren.[7]

Aufschlußreich ist zum Beispiel, daß in den zehn Jahren von 1978 bis 1987 nur Indien mit 17,5 Mrd. US$ mehr öffentliche Entwicklungshilfe erhalten hat als Ägypten. Mit 16,5 Mrd. US$ entfielen auf Ägypten (ungefähr 1% der Bevölkerung in Entwicklungsländern) 6,3% der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe in diesem Zeitraum, pro Kopf der Bevölkerung mehr als 15 mal soviel wie in Indien.[8] Und kein Entwicklungsland erhielt in den vergangenen Jahren mehr Nahrungsmittelhilfe (in Form von Getreide) als das Land am Nil: Der Anteil Ägyptens belief sich zum Beispiel 1986/87 auf 16,3 %!, erst an zweiter Stelle folgte Bangladesh mit 13,1% an der gesamten Nahrungsmittelhilfe. Und auch pro Kopf der Bevölkerung liegt hier der ägyptische Anteil mit 39,5 kg wesentlich höher als für die „Ärmsten der Armen" Bangladesh (15,0 kg) und Äthiopien (12,7 kg).[9]

Die Mobilisierung externer Ressourcen mittels einer aktiven Außenpolitik kann also als sehr erfolgreich bezeichnet werden; ob dieses Urteil allerdings auch in entwicklungspolitischer Hinsicht Bestand haben kann, ist eine zweite Frage. Nicht umstritten dürfte hingegen sein, daß eine Mobilisierung externer Unterstützung insbesondere in einer Zeit an Bedeutung gewinnt, in der die Stabilität und Legitimität des politischen Systems aufgrund einer sich krisenhaft zuspitzenden ökonomischen Entwicklung als besonders gefährdet erscheint.

Krisenhafte ökonomische Entwicklung

Während sich das politische System in Ägypten seit nunmehr über 35 Jahren durch eine bemerkenswerte Stabilität und Kontinuität auszeichnet, waren die in diesem Zeitraum unter Nasser, Sadat und Mubarak verfolgten Entwicklungsstrategien nicht in der Lage, ein sich selbst tragendes ökonomisches Wachstum, weitreichende soziale Verbesserungen zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung sowie eine tiefgreifende politische Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen.[10]

Das hohe Bevölkerungswachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit, die fortwährende Armut breiter Bevölkerungsschichten und die zunehmend ungleiche Verteilung von

Einkommen und Besitz sind ebenso Ausdruck und Ursache dieser krisenhaften ökonomischen Entwicklung wie das ungehemmte Wachstum einer handlungsunfähigen Bürokratie und mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit des die Ökonomie dominierenden öffentlichen Sektors.

Vor dem Hintergrund stetig wachsender Importe und Handelsdefizite sowie stagnierender oder fallender Deviseneinnahmen in den zentralen Bereichen — Erdöl, Gastarbeiterüberweisungen, Suezkanalgebühren und Tourismus — haben sich die Zahlungs- und Leistungsbilanzprobleme Ägyptens in den vergangenen Jahren erheblich zugespitzt. Der Umfang der staatlichen Aufwendungen für die Subventionierung von Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs, zur Deckung der gewaltig angestiegenen Kosten der Nahrungsmittelimporte sowie zur Erfüllung der sich aus der hohen Auslandsverschuldung ergebenden Verpflichtungen hat bedrohliche Ausmaße angenommen, die die Möglichkeiten des Staates, knappe Ressourcen zur Finanzierung produktiver Investitionen zu verwenden, zunehmend begrenzten.

Ein zentrales Problem der ägyptischen Ökonomie sind die Schulden, die im Juli 1989 auf 50 Mrd. US$ geschätzt wurden. Im Verhältnis von langfristiger Verschuldung und Bruttosozialprodukt weist Ägypten mit 108,7% (1987) sogar die höchste Verschuldungsquote unter den zehn größten Schuldnerländern (vor Mexiko mit 69,6%) auf. In der Zusammensetzung der Schulden liegt allerdings ein wichtiger Unterschied, denn ein außergewöhnlich hoher Schuldenanteil entfällt bei Ägypten auf offizielle Gläubiger-Schulden, die sehr oft zu Vorzugskonditionen gewährt wurden — und der Anteil variabel verzinslicher Darlehen ist fast vernachlässigbar. Dementsprechend ist die Schuldendienstbelastung, berechnet als Verhältnis zwischen Zins- und Schuldendienstzahlungen sowie dem Export von Waren und Dienstleistungen, in Ägypten auch nicht so hoch wie in den hochverschuldeten Ländern Lateinamerikas.

Im Verhältnis der langfristigen Schulden zu den Warenexporten nimmt Ägypten unter den zehn größten Schuldnerländern allerdings wieder eine Spitzenstellung ein. Die Schulden übertrafen 1987 die Exporte von Waren um das Zehnfache![11]. Die ägyptische Handelsbilanz weist seit Jahren nicht nur hohe Defizite auf, sondern die Exporte deckten in den achtziger Jahren mit 3-4 Mrd. US$ nur ein Drittel der Importe in Höhe von 9-12 Mrd. US$ ab.[12] Dieses gewaltige Außenhandelsdefizit mußte in hohem Maße über die Aufnahme mittel- und langfristiger Kredite (einschließlich Entwicklungshilfeleistungen) finanziert werden, da es nur teilweise von Überschüssen der Dienstleistungsbilanz ausgeglichen wurde. Allerdings entfallen auf Gastarbeiter-Überweisungen, Suezkanal-Gebühren und Tourismus bis zu 65% der ägyptischen Deviseneinnahmen(!),[13] was nicht nur die hohe Außenabhängigkeit des Landes unterstreicht, sondern auch die Strukturschwächen der Ökonomie verdeutlicht. Die weltmarktorientierte Öffnungspolitik unter Sadat und Mubarak hat den produktiven Sektoren der ägyptischen Ökonomie, der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft, nur in begrenztem Maße Entwicklungsimpulse vermitteln können.



Brotverkäufer — Foto: Albert Josef Schmidt

Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten

Die Vernachlässigung der Landwirtschaft bewirkte auch, daß Ägypten seine Bevölkerung immer weniger selbst ernähren kann und zunehmend abhängiger wird von Nahrungsmittelimporten. Die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion konnte mit dem anhaltend hohen Bevölkerungswachstum und der stark angestiegenen Inlandsnachfrage nach Nahrungsmitteln nicht mithalten.

Allerdings ist das Potential der Landwirtschaft im ägyptischen Niltal noch lange nicht erschöpft, wenn auch nur wenig Aussichten bestehen, das Ziel der Nahrungsmittelselbstversorgung in absehbarer Zeit zu erreichen. Erhebliche Produktivitätsfortschritte sind aber nur dann möglich, wenn der landwirtschaftlichen Entwicklung eine höhere Priorität zugestanden wird. Innerhalb des Agrarsektors müßte der Schwerpunkt mehr auf die vertikale Expansion wie Verbesserung des Be- und Entwässerungssystems sowie Intensivierung der Anbaumethoden gelegt werden, und



Ägyptischer Tanklastzug **(Foto: Albert Josef Schmidt)**

nicht auf die kapitalintensive und bislang wenig erfolgreiche horizontale Expansion in Form von Neulanderschließungsprogrammen.

Die Ungleichheiten in der Besitzverteilung bei zunehmender Zersplitterung des Kleinbesitzes erfordern darüberhinaus Reformmaßnahmen wie Umverteilungen, Aufwertung der Genossenschaften und Förderungsprogramme für Kleinbauern. Eine Liberalisierung des Agrarsektors ohne soziale Reformen, wie sie gegenwärtig auch auf Druck internationaler Organisationen wie Weltbank und USAID mit dem Abbau von Anbauvorschriften und selektiven Preiskontrollen vorangetrieben wird, ist nicht ausreichend, um die grundlegenden Strukturschwächen der Landwirtschaft zu beheben.

Das Nahrungsmitteldefizit vergrößert sich seit Jahren ständig, sodaß Ägypten gegenwärtig bereits 65% seines Bedarfs einführen muß. Insbesondere bei den Grundnahrungsmitteln ist die Selbstversorgungsrate dramatisch gesunken; bei Weizen beläuft sie sich nur noch auf 20%! Um den einheimischen Verbrauch zu decken müssen jährlich zwischen acht und neun Millionen Tonnen Getreide zu Kosten von 1-1,5 Mrd US$ importiert werden, womit Ägypten nach der VR China der größte Importeur unter den Entwicklungsländern ist.

Auf Nahrungsmittel entfielen im Verlauf der achtziger Jahre allein 20-30% der Einfuhren Ägyptens; das entspricht immerhin 65-90% des Warenexportwertes. Oder anders ausgedrückt: Die Kosten der Nahrungsmitteleinfuhren allein verschlingen die Einnahmen aus dem Export von Erdöl und Erdölprodukten sowie von Baumwolle und Baumwollgarnen, deren Anteil an den ägyptschen Ausfuhren bei 75-85% liegt.[14]

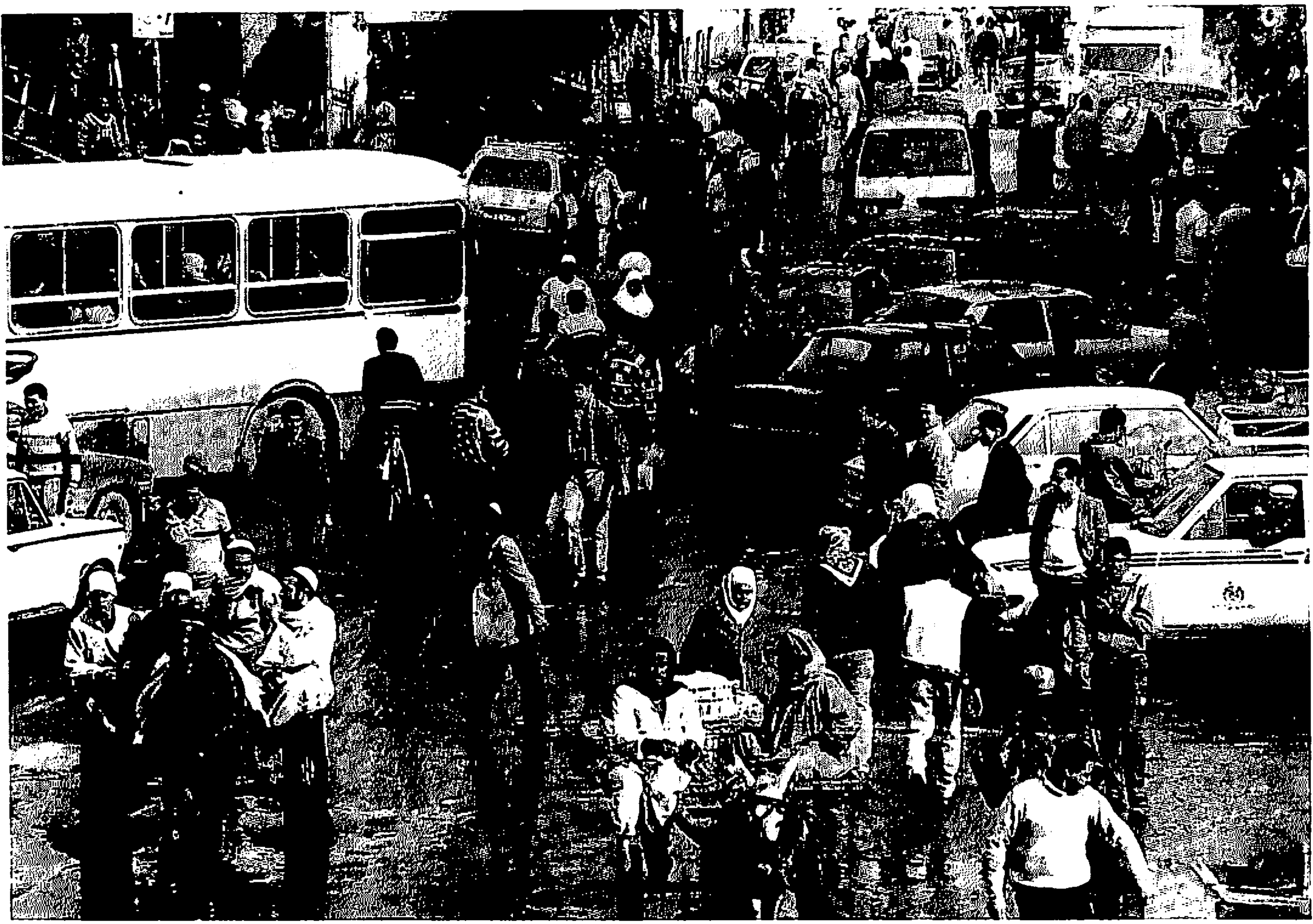
Jahrelang konnte Ägypten als Importeur von Nahrungsmitteln von den durch die Überschußproduktion der westlichen Industrieländer geförderten niedrigen Weltmarktpreisen für Getreideprodukte profitieren.

Langfristig gesehen haben sich allerdings diese scheinbar so günstigen Einfuhren nachteilig auf die Inlandsproduktion ausgewirkt und die Verwundbarkeit des Landes gegenüber den Entwicklungen des Weltmarktes erhöht. Dies wurde insbesondere in den vergangenen zwei Jahren deutlich, in denen die Weltmarktpreise für Weizen und Getreide aufgrund schlechter Ernten sehr stark angestiegen sind und die weltweiten Getreidereserven auf ihren niedrigsten Stand seit der Krise 1973/74 gefallen sind.

Umstrittene Subventionen und der IWF

Seit dem Beginn der Öffnungspolitik unter Sadat im Jahre 1974 ist die Preis- und Subventionspolitik immer mehr ins Zentrum des politischen Krisenmanagements gerückt, um eine die Stabilität des politischen Systems gefährdende Artikulation sozialer Unzufriedenheit zu verhindern. Um das Überleben auch der ärmeren Bevölkerungsschichten zu gewährleisten, subventioniert der Staat Grundnahrungsmittel wie Brot, Reis, Zucker und Speiseöl jährlich mit ungefähr zwei Mrd. Ägyptischen Pfund (= 1,5 Mrd. DM). Die Subventionen sind allerdings aufgrund der mit ihnen verbundenen ökonomischen Belastungen und ihres weitgehend einkommensunabhängigen Charakters wiederholt heftig kritisiert worden. Insbesondere internationale Organisationen wie die Weltbank und der IWF fordern seit Jahren eine weitreichende Reform des bestehenden Subventionssystems, doch die Unruhen vom Januar 1977 sind vielen politischen Entscheidungsträgern noch so gut in Erinnerung geblieben, daß sie bislang jedem externen Druck widerstanden.

Insbesondere der Brotpreis ist zum Symbol eines ungeschriebenen Sozialvertrages geworden, so daß das Fladenbort bislang in den Bäckereien noch zum Preis von 2 oder 5 Piastern (= 1,5 bzw. 3,5 Pfg.) erhältlich ist. Preiserhöhungen bei Brot können daher besonders schnell zum Kristallisationspunkt der vielschichtigen Dimensionen sozialer Unzufriedenheit und politischer Frustration werden.



Kairo - ein einziges Verkehrschaos **(Foto: Albert Josef Schmidt)**

Mit dem Anstieg der Inflationsrate auf zuletzt über 30% im jährlichen Durchschnitt verstärkte sich erneut das Ungleichgewicht zwischen Lohn- und Preisniveau und beeinträchtigte den Lebensstandard der zahlreichen kleineren und mittleren Einkommensbezieher. Insbesondere im Staatsdienst sind die Gehälter oft so niedrig, daß viele der hier Beschäftigten noch auf eine zweite oder dritte Arbeitsstelle angewiesen sind, um das Existenzminimum für sich und ihre Familien zu sichern. Hinzu kommt noch eine wachsende Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren bis auf 20% geschätzt wurde.

Noch in diesem Frühjahr wird mit dem Abschluß eines Abkommens zwischen dem IFW und der ägyptischen Regierung gerechnet, das finanzielle Hilfen von bis zu 10 Mrd. US$ — durch Umschuldungen im Rahmen des Pariser Clubs und über neue Kapitalhilfen — ermöglichen soll. Nach monatelangen harten Verhandlungen mußte sich die ägyptische Regierung zwar bereit erklären, grundlegende ökonomische Reformen in die Wege zu leiten. In den eigentlichen — zwischen beiden Verhandlungspartnern sehr umstrittenen — Fragen des Reformzeitraumes und der vom IWF geforderten radikalen Subventionskürzungen hat sich die ägyptische Regierung aber offenbar weitgehend durchsetzen können. Vertreter des IWF haben erkennen lassen, daß sie die ägyptischen Bemühungen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren und die mit 50 Mrd. US$ Schulden belastete Ökonomie umzustrukturieren, grundsätzlich anerkennen. Maßnahmen, die bislang unternommen wurden, beinhalten u.a. Erhöhungen der Energiepreise um mehr als 30% im März 1989 (die Preiserhöhungen wurden nach Konsum gestaffelt: 7-20% für private Verbraucher, 30-40% für die Industrie), die inzwischen schon den Weg freigemacht haben für bislang blockierte Gelder von USAID und Weltbank im Energiesektor. Und auch bei der Höhe der Zinssätze und der Vereinheitlichung der Wechselkurse ist Kairo den Vorstellungen des IWF entgegengekommen, wenn auch Differenzen im Detail noch nicht ausgeräumt sind. Nach überaus hart geführten Verhandlungen überraschte der regionale Direktor des IWF A. Sh. Shaalan die ägyptische Presse im Juni 1989 mit der Äußerung, daß er mit klaren Anweisungen des Generaldirektors nach Kairo gekommen sei, bei allen Vereinbarungen darauf zu achten, daß der Lebensstandard der unteren Einkommensschichten gewahrt bleibe. Der IWF sei nicht grundsätzlich gegen Subventionen, er empfehle nur die Suche nach neuen Wegen, um sicherzustellen, daß die Unterstützungen auch den wirklich Bedürftigen zugutekommen.[15]

Wenn der IWF dem von der ägyptischen Regierung vorgeschlagenen ökonomischen Reformprogramm zustimmen sollte, obwohl die geplanten Maßnahmen hinter den sonst so rigiden Auflagen der Organisation zurückbleiben, dann liegt das daran, daß es Ägypten während der laufenden Verhandlungen mit dem IWF erneut gelungen ist, Unterstützung bei den westlichen Industrieländern für seine Verhandlungsposition der schrittweisen Reformen ohne dramatische Einschnitte in das soziale Netz zu mobilisieren. Diesem Ziel dienten wiederholte Hinweise auf die regionale Bedeutung des Landes und die von den IWF-Forderungen ausgehenden Gefährdungen seiner innenpolitischen Stabilität sowie die häufigen Besuche Mubaraks und ägyptischer Delegationen in Europa und den Vereinigten Staaten.[16]

Die Verhandlungsposition der Ägypter wird allerdings auch dadurch gestärkt, daß die ägyptischen Schulden — im Unterschied zu anderen hoch verschuldeten Entwicklungsländern — zu 80% aus Verbindlichkeiten gegenüber multilateralen Organisationen und westlichen Regierungen (in Brasilien liegt dieser Anteil bei 24% und in Mexiko sogar nur bei 16%) bestehen, während der Anteil der kommerziellen Banken nur 20% erreicht.[17]

Sozialer Widerstand gegen die Folgen der Austeritätspolitik

Trotz der vergleichsweise recht günstigen Ausgangsbedingungen führen die mit dem

IWF vereinbarten Reformmaßnahmen zu Preissteigerungen, die sich insbesondere für die armen Bevölkerungsschichten des Landes sehr schmerzhaft bemerkbar machen.

Die Regierung war und ist sich dieses Problems bewußt, so daß Mubarak den IWF im September 1988 als Quacksalber bezeichnete, der Ägypten eine übergroße Dosis Medizin verschreiben wolle, die den Tod des Patienten zur Folge haben würde. Demgegenüber erklärte er nach den jüngsten Verhandlungen mit dem IWF und den günstigen Aussichten für den Abschluß eines Abkommens, daß die ganze Welt, der Internationale Währungsfond eingeschlossen, keine Anstrengungen scheue, um Ägypten zu helfen und zu unterstützen.[18]

Mit einer Depolitisierung des Themas sollen die Ägypter offensichtlich auf eine Vereinbarung vorbereitet werden, die für viele unangenehme Auswirkungen mit sich bringen wird.

Zunehmende Streiks und Arbeitsniederlegungen während des vergangenen Jahres verdeutlichen, daß die Auswirkungen der ökonomischen Krise, einschließlich der von der Regierung schon im Vorfeld einer Übereinkunft mit dem IWF getroffenen (Spar-) Maßnahmen die (Über-)Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile erheblich belasten, sodaß die soziale Situation schon jetzt als sehr angespannt bezeichnet werden muß.

Anfang August 1989 wurde ein Streik für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen in dem gewaltigen Eisen- und Stahlkomplex von Heluan im Großraum Kairo mit ungewöhnlicher Härte unterdrückt. Im Morgengrauen rückten Sicherheitskräfte in gepanzerten Fahrzeugen gegen die sich in einem Sitzstreik befindenden Arbeiter vor, wobei 600 Streikende vorläufig festgenommen wurden, mehr als Dutzend wurden verletzt und ein Arbeiter getötet. Streiks sind in Ägypten unter dem seit 1981 geltenden Ausnahmerecht verboten. Anschließend wurden 52 Menschen unter dem Vorwurf, als Mitglieder „einer verbotenen kommunistischen Untergrundorganisation" aktiv geworden zu sein, verhaftet.[19] Die Regierung beabsichtigt offenbar mit ihrem harten Vorgehen im Vorfeld einer Vereinbarung mit dem IWF, jegliche organisierte Artikulation von Unmut und Protest möglichst schnell und wirksam zu unterdrücken.

Schon im September 1988 waren in El-Mahalla El Kubra, einer der bedeutendsten Industriestädte im Delta, 30.000 Arbeiter des größten öffentlichen Unternehmens, der „Misr Textile Company", auf die Straße gegangen, um gegen die Streichung des Schulbonus, der seit mehr als einem Jahrzehnt jeweils zu Beginn des neuen Schuljahres ausgezahlt worden war, und gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu protestieren.[20]. Obwohl die Demonstration und die öffentlichen Proteste sowohl in Heluan als auch in Mahalla schnell von den Sicherheitskräften unterdrückt wurden, sind sie doch ein deutliches Indiz für die wachsende Unzufriedenheit unter den Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die mit am schwersten von der gegenwärtigen ökonomischen Krise getroffen werden, da die ihnen von der Regierung gewährten jährlichen Lohnsteigerungen nicht an die auf über 30% geschätzte Inflationsrate heranreichen.

Doch bislang waren Streiks und Demonstrationen wie die in Mahalla und Heluan noch nicht vergleichbar mit den Unruhen vom Januar 1977. Das Kabinett hatte sich damals dem schweren Druck des IWF gebeugt und einer Korrektur der Preise von subventionierten Waren zugestimmt. Die Ankündigung von Preiserhöhungen bei ungefähr 25 Waren des Grundbedarfs löste gewalttätige Ausschreitungen in nahezu allen größeren Städten Ägyptens aus, die erst durch das Eingreifen der Armee und die Rücknahme der geplanten Preissteigerungen beendet werden konnten. Mindestes 160 Menschen wurden damals in der Auseinandersetzung mit Militär und Sicherheitskräften getötet.

Wenn die Versorgung der urbanen Bevölkerung von den schwankenden Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten und Dienstleistungen sowie von der strategischen Alimentierung des Landes in Form von Nahrungsmittellieferungen und Kapitalhilfen abhängig wird und es nicht gelingt, einen leistungsfähigen industriellen Exportsektor aufzubauen, der in der Lage ist, den Import der benötigten Nahrungsmittel zu finanzieren, dann kann es unter bestimmten Bedingungen zu bedrohlichen Versorgungsengpässen kommen, die nicht nur das Überleben der am Rande des Existenzminimums lebenden städtischen Massen gefährden, sondern auch die Stabilität des politischen Systems in Frage stellen.

Die ägyptische Bevölkerung wird bis zum Jahr 2000 von 55 Millionen (Ende 1989) auf 70 Millionen anwachsen, das entspricht einer Zunahme von 1 Million Menschen in acht Monaten. Für nicht weniger als 500.000 Ägypter müssen jährlich Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, das heißt, daß bis zur Jahrtausendwende fünf bis sechs Millionen Berufsanfänger ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt suchen werden, zusätzlich zu den zwei bis drei Millionen, die schon heute von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Eine Entwicklungsstrategie, die die erheblichen Belastungen bewältigen will, die sich hieraus für die sozialen und wirtschaftlichen Pespektiven Ägyptens in den neunziger Jahren ergeben, muß die folgenden Maßnahmen beinhalten: Mobilisierung nationaler Ressourcen zur Reduzierung der Außenabhängigkeit, Förderung von Landwirtschaft und verarbeitender Industrie sowie eines beschäftigungsintensiven Wirtschaftswachstums und Vermeidung der negativen Folgen ökonomischer Strukturreformen für die ärmeren Bevölkerungsschichten durch gezielte sozialpolitische Programme.

Frank Gesemann

Anmerkungen:

1 „OAU-Gipfel in Addis Abeba: Frischer Wind für Frieden", in: FR vom 28.7.89
2 „Egypt sits at the top of the table again", in: The Middle East July 1989
3 Christian Hacke: Die Nah- und Mittelostpolitik der USA, in: Der Nahe und Mittlere Osten, hrsg. von U. Steinbach und R. Robert, Opladen 1988, Bd. 1, S. 749-770
4 Gudrun Krämer: Ägypten, in: Der Nahe und Mittlere Osten, hrsg. von U. Steinbach und R. Robert, Opladen 1988, Bd. 2, S. 9-39
5 „Versöhnung im abgelegenen Ankerplatz", in: FR vom 10.7.1989; Gaddafi finds comfort in friendship": in: The Middle East July 1989
6 „Im Hintergrund: Mubaraks Zehn-Punkte-Plan", in: Fr. vom 19.9.1989
7 Ali E. Hillal Dessouki: The Primacy of Economics: The Foreign Policy of Egypt, in: The Foreign Policies of Arab States, hrsg. von B. Korany und A.E.H. Dessouki, Kairo 1984, S. 119-146
8 World Bank: World Development Report 1989, New York 1989 (und frühere Jahrgänge)
9 ebd.
10 F. Gesemann: Staatliches Handeln im Entwicklungsprozeß zwischen Perpetuierung und Überwindung der Unterentwicklung. Unveröff. politikwissensch. Diplomarbeit, FU Berlin 1985
11 World Bank: World Development Report 1989, New York 1989
12 Statistisches Bundesamt: Länderbericht Ägypten 1988
13 MEED 9 June 1989
14 Statistisches Bundesamt: Länderbericht Ägypten 1988, Central Agency for Public Mobilization and Statistics: Statistical Yearbook Arab Republik of Egypt
15 MEED 14 July 1989
16 „Mubarak Tours Europe in Bid to Break Deadlock in IMF Talks", in: Middle East Times EGYPT 24-30 Sept. 1988
17 World Bank: World Development Report 1989, New York 1989
18 „IMF praised for bid to help Egypt", in: Saudi Gazette 22.7.1989
19 SZ 4.8.89, FAZ 26.8.89, The Middle East September 1989
20 „What the street thinks about the IMF", in: The Middle East December 1988

„Ich habe gesehen, wie Waffen töten“

Augenzeugenbericht vom Putschversuch

Nur knapp hat Cory Aquino den jüngsten Putschversuch auf den Philippinen überstanden. Es war der siebte seit ihrem Amtsantritt 1986. Mirna Arceo hat den Putsch aus nächster Nähe miterlebt. In ihrem Augenzeugenbericht schildert sie dessen Hergang aus der Perspektive einer unmittelbar Betroffenen, die seit Jahren aktiv in der Oppositionsbewegung ist. Mirna Arceo ist Hochschullehrerin für feministische Studien an der Universität in Manila und Mitglied im Dachverband der philippinischen Frauenorganisation GABRIELA. Sie leitet ein Projekt mit Straßenkindern in Manila und ist aktiv in der Bewegung gegen die US-Militärstützpunkte auf den Philippinen.



Am Freitag den 1. Dezember weckte mich um 4.30 Uhr morgens ein Telefonanruf. Ein Bekannter teilte mir mit, daß ich nicht zur Arbeit gehen bräuchte, weil ein Putsch stattfinde. Ein weiterer Putsch. Der siebte, seit Cory Präsidentin wurde. Ich bin sicher, er wird wieder mißlingen. Die Ereignisse der letzten Monate gingen mir durch den Kopf. Das Transportwesen plante einen Streik für diesen Tag. Cory hatte einen Tag zuvor den Preisanstieg für Benzin angekündigt. Dem Transportstreik sollte nach einigen Tagen ein Generalstreik (Welgang Bayan) folgen. Neben dem Transportwesen planten die Arbeiter sowie Lehrer von staatlichen Schulen und die Regierungsbeamten am Generalstreik teilzunehmen. Viele Leute fühlten, daß es für Cory an der Zeit ist, auf ihre Forderungen zu hören. Die verschiedenen politischen Gruppen, die den Generalstreik organisierten, sagten die Lahmlegung von Manila voraus. Ich sah eine neue People Power Bewegung entstehen. Und nun der Putsch! Wie konnten uns diese Leute diesen historischen Moment stehlen! In den letzten Monaten herrschte eine wachsende Unzufriedenheit unter dem Volk. Die Lehrer der öffentlichen Schulen waren nach einer wochenlangen Abwesenheit gerade wieder in ihre Klassen zurückgekehrt. Die Regierung war nicht auf ihre Gehaltsforderungen eingegangen. Sie wurden immer noch unterhalb der Armutsgrenze bezahlt. Es war ihr zweiter Streik seit Beginn des Schuljahres im Juni.

Die Stromknappheit war ein weiterer Faktor, der die Geduld der Menschen strapazierte. Über Monate hinweg war die Stromversorgung in Luzon an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten rationiert. Das bedeutet, daß die Elektrizität mindestens zweimal täglich für zwei bis drei Stunden ausfällt. In dieser Zeit ist ganz Manila lahmgelegt. Der Verkehr steht still. Die Geschäfte schließen. Elektrische Anlagen brechen zusammen. Lebensmittel verderben. Büros und Fabriken stellen ihre Arbeit ein, was eine Kürzung der Löhne der Arbeiter nach sich zieht. Geschäftsleute waren über diese Stromengpässe so verärgert, daß viele von ihnen die Wiedereröffnung des Bataan-Atomkraftwerks forderten.

Die Engpässe im Transportwesen sind eine weitere Ursache der Unzufriedenheit. Unfähig, die hohen Unterhaltskosten zu zahlen, gingen viele Transportunternehmen bankrott. Kürzlich stellten drei große Busunternehmen in Manila und Quezan City den Betrieb ein. Gleichzeitig wächst aber die Bevölkerung von Manila kontinuierlich. Ökonomische Not, Militarisierung und Bombardierung des Landes treiben immer mehr Menschen in die Stadt.

Einerseits war ich froh, daß der Unterricht wegen des Streiks ausfallen würde. Seit dem diesjährigen Unterrichtsbeginn habe ich es aufgegeben, einen Platz in Jeepney zu ergattern. Einige meiner Freunde, die in Vororten wohnen, verlassen um 5 Uhr morgens das Haus, um drei Stunden später bei der Arbeit zu sein. Einige Tage vor dem Putsch hatten Leute den Rücktritt des Verkehrsministers gefordert. Und zu alledem sind die Preise von Lebensmitteln und anderen Grundgütern gestiegen.

Gemischte Gefühle

Das Radio berichtete, daß die rebellischen Soldaten das Militärcamp, den Militärflughafen sowie den Radio- und Fernsehsender eingenommen hatten und die Hauptstraße von Manila blockierten. Etwa um 6.30 Uhr hörte ich Flugzeuglärm. Ich verließ das Haus, um nachzusehen. Zwei Tora-Tora-

Flugzeuge kreisten über dem Gelände des Malcanang Palastes, in dem sich das Büro und die Residenz der Präsidentin befinden. Das Gebäude liegt ca. einen Kilometer von meinem Haus entfernt. Die Nachbarn, die bereits ebenfalls über den Putsch informiert waren, standen auf der Straße und blickten zum Himmel. Dann, kurze Zeit später, kamen die Flugzeuge tiefer und ich hörte Bombenexplosionen. Malcanang wurde bombardiert. Cory wird es dieses Mal nicht überstehen. Wir werden eine Militärjunta haben.
Ich ging zurück ins Haus und fühlte mich machtlos. Ich könnte Schuß für Schuß die Serie der Ereignisse während des Putsches erzählen, aber das kann aus Zeitungsartikeln viel leichter nachverfolgt werden. Was ich persönlich für mitteilenswert halte, sind die menschlichen Interessen und Ereignisse, die mich sehr betroffen haben.
Während des Putsches hatte ich gemischte Gefühle: Ich befürchtete eine Militärjunta. Dazu kam die Angst vor der Art des Terrorismus, zu dem die RAM[1], die Anstifter des Putsches, imstande sind. Sie waren die Folterknechte des Marcos-Regimes gewesen. Auf der anderen Seite hatte ich Probleme, mich mit der gegenwärtigen Regierung zu identifizieren. Cory hat es verpaßt, sich den Ursachen der Armut der Arbeiter und Bauern anzunehmen, der großen Mehrheit der Bevölkerung. Ihre Politik unterstützt die Reichen und die Fremden. In vieler Hinsicht hat ihre Regierung die unterdrükkerische und ausbeuterische Politik von Marcos fortgesetzt. Die Situation auf dem Land hat sich verschlechtert. Für die Bevölkerung bedeutet das Bombenanschläge und Militärterror - den totalen Krieg.

Die US-Intervention

Als mittags die Zahl der Bombardierungen zunahm und von Zivilopfern berichtet wurde, verwandelten sich meine Gefühle in Wut. Ich sah eine Situation, in der die Menschen nichts gewinnen konnten.
Am späten Nachmittag vernahm ich Flugzeuge am Himmel. Sie waren vom Typ US-Phantom F4 - das Radio hatte es gerade bestätigt. Die Geräusche waren grauenhaft. Ich schrie und hielt mir die Ohren zu. Zu diesem Zeitpunkt wußte ich bereits, wer der Sieger und Held des Putsches sein würde - die USA.
Obwohl die Luftmacht der Rebellen bereits gebrochen war, wurden am nächsten Tag noch mehr Bomben und Raketen abgefeuert, dann drehten Huey- und Sikorsky-Helikopter ihre Runden. Als sie sehr niedrig über unsere Dächer flogen, konnte ich ihre Granatwerfer aus den Türen herausragen sehen.
Die Angriffe setzten eine zeitlang aus. Möglicherweise sollte das Rote Kreuz Zeit bekommen, die Verwundeten zu versorgen. Die Toten konnten wegen Mangel an Zeit und Transportmitteln oft nicht gleich weggebracht werden. Jedesmal wenn ich Bombenangriffe hörte, fragte ich mich wieviele Opfer es diesmal wieder sein würden.
Mehrmals verfehlten die Raketen ihr Ziel. Einmal wurden vier Regierungssoldaten von einer F-5 Bombe in Stücke gerissen. Ein anderes Mal lagen eine Reihe von verwundeten Zivilisten auf der Straße. Fehltreffer. Danach sagte Ramos, der Verteidigungsminister, im Radio: „Die Verluste tun uns leid. Wir können in einer Kriegssituation nichts daran ändern. Wir müssen den Feind zerschlagen." Sagen sie nicht gleiches über die Zivilopfer auf dem Land? Das ist also der totale Krieg.
Das Gelände um die Militärcamps ist dicht bevölkert.
Zum großen Teil leben hier arme Siedler, auf der anderen Seite schließt ein wohlhabendes Wohnviertel an. Zwar waren beide Seiten Opfer der Bombardierungen, jedoch hatten die Armen kaum Gelegenheit, evakuiert zu werden. Viele flohen in Panik inmitten der Gefechte und wurden dabei verletzt. Die Wohlhabenden konnten in dieser Situation auf reiche Verwandte und sonstige Helfer zurückgreifen oder mit ihren Autos entkommen. Die Mehrzahl der Opfer waren Zivilisten, Soldaten machten nur ein Drittel aus. Gesamtbilanz: 80 Tote und über 500 Verletzte. Was mich am meisten betroffen hat, war das gezielte Abwerfen der Bomben auf die Wohnhäuser der Armen, während die der Reichen verschont wurden.
Im Fernsehen wurde nur an einem Tag über die Opfer der Bombardierungen berichtet. Jetzt erst konnte ich mir vorstellen, was die fortwährenden Beschießungen und Bombardierungen auf dem Land bedeuten.
In den vergangenen drei Tagen habe ich brennende Häuser gesehen und Dächer, die meterweit flogen. Unter den Bomben- und Raketenexplosionen vibrierte der Boden. Ich habe auch gesehen, wie Waffen töten, mußte mitansehen, wie ein Kopf blitzschnell vom Körper eines Menschen abgetrennt wurde. Ich sah, wie eine Panzerfaust die Körper von drei Passanten in Stücke riß und diese meterweit verstreute. Und wie ein Schrapnell in die Stirn eines Jungen drang und ihn tötete. Ich stieß auf abgetrennte Hände, Beine, Füße und Finger.

Auf dem Höhepunkt des Putsches versuchten die rebellischen Soldaten, die Tore des Militärcamps mit einem Panzer zu stürmen. Ein Regierungssoldat zielte seine Panzerfaust auf den Panzer und traf ihn. Er flog in die Luft. Der Soldat musterte die Opfer hinter dem Panzer und entdeckte seinen älteren Bruder unter den Opfern. Seine Bemerkung war erschütternd: „Es ist Krieg. Du mußt den Feind kriegen, bevor er Dich kriegt. Wenn ich ihn nicht getötet hätte, hätte er mich getötet."
Aber wo eigentlich war das Volk? Was war mit der Peoples Power Bewegung geschehen? Die meisten Leute hatten Angst, hinaus zu gehen. Eigentlich war es ihnen egal, wer den Krieg gewinnt. Was würde sich schon ändern?
Einige begrüßten sogar die Vorstellung einer Militärjunta. Wer weiß, vielleicht würde sie besser werden als die gegenwärtige Regierung. 1986 während der EDSA-Revolution[2] gingen die Leute auf die Straße voller Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft. Die Hoffnungen wurden enttäuscht, die Situation besserte sich nicht. Viele wurden sogar noch ärmer. Warum sollten sie nun ihr Leben riskieren?

Feuergefechte als Spektakel

Aber zur gleichen Zeit konnte man verrückterweise viele Zuschauer beobachten, die in Mißachtung der Gefährdung durch Bombenangriffe, Feuergefechte und Kugelhagel auf die Straße gegangen waren. Wie bei der EDSA enstand eine Art Festatmosphäre. Die Leute reihten sich an beiden Seiten der Straße auf, als würden sie einer Militärparade zusehen. In den Feuerpausen versuchten sie, mit den beiden Truppenteilen Kontakt aufzunehmen. Es war für sie das erste Mal, daß sie einen richtigen Krieg miterlebten. Sie waren sehr neugierig. Sie fragten die Soldaten nach ihren Waffen und interessierten sich dafür, welchen Einheiten sie angehörten. Kriegsausdrücke wurden gebraucht. Warnungen verhallten bei den Zuschauern ungehört. Sie plazierten sich in der Mitte des Geschehens. Wenn die Soldaten einander verfolgten, rannten sie mit ihnen. Sobald geschossen wurde, verteilten sie sich auf den Gehwegen und Straßen oder suchten Deckung an den Häuserwänden. Einige kletterten auf Dächer, um die Bombardierungen zu beobachten. Wie bei EDSA brachten sie ihre Kameras, Radios, Ferngläser und Kinder mit. Diejenigen, die nicht gerade verwundet wurden, erlebten den Putsch wie ein Basketballspiel. Sie nannten die Regierungssoldaten Anejo-team und die Rebellen San Miguel - das sind Namen berühmter Basketballteams. Als die amerikanischen F 4 ins Spiel kamen, wurde von den „Importierten" gesprochen - so werden auch die importierten amerikanischen Basketballspieler genannt. Immerhin schrien die Zuschauer „foul", als die USA intervenierten. Das ist kein faires Spiel, protestierten sie.
„Bekämpft einander bis zum Ende" und „Das beste Team soll überleben" waren einige ihrer Slogans. Es waren viele Menschen, manchmal so viele wie einst die Peoples Power Bewegung. Aber diesmal waren sie nur Zuschauer der Ereignisse. Sie verhielten sich indifferent und ergriffen nicht Partei. Es gab aber auch solche, die dem Putsch nicht tatenlos zusahen. Von religiösen und bürgerlichen Gruppen wurden Evakuierungszentren aufgebaut. Viele fragten beim Roten Kreuz nach Blut- und Nahrungsmittelspenden nach. Einige gesellschaftskritische Gruppen bildeten KILOS (Bewegung gegen den Putsch), um den Putsch zu verurteilen und die Leute zur Unterstützung der gegenwärtigen Regierung aufzufordern. Dies brachte etliche Personen in ziemliche Konflikte, weil auch sie von Corys Führung ziemlich enttäuscht waren. Sie stellten daher fest, daß letztlich nicht Cory selbst, sondern die konstitutionelle Regierung zu unterstützen sei. KILOS organisierte auch Messen.
Obwohl die Gruppe keine besonders breite

Unterstützung fand, war sie doch in der Lage, den Menschen teilweise zu helfen. Als das Fernsehen wieder sendete, präsentierte KILOS eine Analyse des Putsches und machte Vorschläge, wie die Menschen am besten mit der Sitation umgehen können.

Enriles Machtgier

Der Staatsstreich war ein Konflikt zwischen Corys Regierung, den RAM-Kräften und Marcos-Loyalisten. Vor der Peoples Power Bewegung der EDSA 1986 planten die RAM-Truppen einen Sturz von Marcos. Als die Pläne Enriles und seiner Leute von RAM aufgedeckt worden waren, riefen sie die Bevölkerung zur Unterstützung auf, woraus die Peoples Power Bewegungen entstand.

Als Marcos ging, wurden sowohl seine Geschäfte als auch die seiner Geschäftsfreunde von der neuen Regierung übernommen. Eine Woche vor dem 7.Putsch kam der frühere Marcosanhänger und Geschäftsmann Danding Cojuangco (ein Verwandter von Cory) zurück ins Land. Manche vermuten, daß seine Rückkehr ein Versuch sein sollte, seinen alten Posten wieder einzunehmen und zu sichern. Enrile selbst war in der Lage, ein Geschäftsimperium aufzubauen. Offensichtlich war ihm das nicht genug. Er wollte erst Marcos und nun Corys Regierung übernehmen. Enrile und RAM proklamieren, daß Corys Position ihnen zustünde. Das ist ein Grund, weshalb sie schon im ersten Jahr der Regierung Corazons einen Putschversuch unternahmen. Aber die Versuche scheiterten jedes Mal. Um den Erfolg sicherzustellen, schlossen sich RAM mit Marcos-Anhängern zusammen. Der letzte Putschversuch war der aggressivste.

Nutznießer USA

Die vergangenen Putschversuche haben Cory in eine größere Abhängigkeit vom Militär gestürzt.

Sie haben Corys Standpunkt den Rechten nähergerückt. Als Ergebnis davon wurden progressive und linke Mitglider aus ihrem Kabinett ausgeschlossen. Nach jedem Putsch stiegen das Militärbudget und die Löhne der Soldaten an. Der letzte Putschversuch jedoch hat die eigentlichen Nutznießer herausgestellt: die USA. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen bat Cory um US-Unterstützung. Es sieht so aus, als hätte sie ohne diese Hilfe den Putsch nicht überstanden. Das verpflichtet ihre Regierung gegenüber den USA und macht sie von ihnen abhängig. Vor dem Putsch hatte die Regierung ihre Ablehnung gegenüber einem Verbleib der US-Basen angedeutet. Der Außenminister Magnlopur hatte angekündigt, er würde mit den USA nicht über die Stützpunkte verhandeln, bis sie die noch ausstehenden Hilfszahlungen an die Philippinen geleistet hätten.

Als Cory im November 1989 die USA besuchte, weigerte sie sich, über die US-Basen zu diskutieren. In der gegenwärtigen Situation ist aber klar, daß sie, um an der Macht zu bleiben, die Unterstützung der USA braucht.

Die Wirtschaft profitierte ebenfalls vom jüngsten Konflikt. Wegen der kritischen Situation auf dem Land ist Cory gezwungen, ihre Notstandsgesetze auszubauen. Sie sind eine Art Kriegsrecht, das ihr gestattet, Firmen und Institutionen zu übernehmen, wenn nationale Interessen auf dem Spiel stehen. Diese Proklamation verbietet ebenfalls Streiks der sogenannten Vital-Industrien und andere Formen des Protests. Darüber hinaus plant der Kongreß, ihr noch mehr Macht einzuräumen. Zum Beispiel das Recht, jemanden ohne Haftbefehl festzunehmen. Sollten diese Pläne umgesetzt werden, ist mit einer Militärherrschaft wie unter Marcos schlimmsten Zeiten zu rechnen. Es ist interessant, daß Cory immer noch glaubt, daß die „People-Power", die ihr an die Macht geholfen hatte, sie auch wieder unterstützen wird.

Und in der Tat scheint es so, als wollte das Volk Corys Führungskraft eine weitere Chance geben. Sie gab einige Fehler, die sie in der Vergangenheit gemacht hatte zu, aber ihr Reformprogramm ist immer noch eindeutiger geworden.

Es zeigt sich, daß das Volk den gewaltsamen Staatsputsch und eine Militärregierung nicht billigt. Aber nur über die Peoples Power kann eine zivile Überlegenheit gegenüber dem Militär erreicht werden. Und nur die Peoples Power kann das Militär dahin schicken, wohin es gehört: Zurück in die Kasernen, um das Volk zu verteidigen und nicht zum Schutz der Elite, der Wirtschaft und der Politiker. „Ich befürchte, dies ist der Anfang eines Vietnamkrieges. Wir sollten den USA nicht erlauben, in unser Land zu kommen", protestiert ein Regierungssoldat.

Die Gefahr, die von der Anwesenheit der USA in unserem Land ausgeht, wird nun offen ausgesprochen. Während die US-Intervention zunächst mit den US-Basen nicht in Zusammenhang gebracht wurde, denken nun viele Leute daran, alle Militärcamps von Manila nach Clark und Subic zu verlagern - weit weg von bewohnten Gebieten. Diese Möglichkeit wird zur Zeit von Kongreß, Senat, und verschiedenen Politikern diskutiert.

Die revolutionäre Bewegung hat in Manila keine breite Unterstützung gefunden. Der letzte Putsch hat eine Vorstellung über die Ausmaße eines bewaffneten Kampfes in der Stadt vermittelt. Auch wenn die revolutionäre Bewegung in Manila umfangreichere Unterstützung erhalten könnte, ist abzusehen, was passieren würde, wenn die USA mit ihren Kampfflugzeugen intervenieren sollte, wie es gegenwärtig in El Salvador der Fall ist. Ich befürchte ein verheerendes Szenario. Die beste Option für das Volk scheint eine konstitutionelle Regierung zu sein. Eine bestätigte Verfassung kann das Volk schützen. RAM hat in dieser Beziehung nichts Konkretes anzubieten. Und durch eine Militärregierung gäbe es weder einen demokratischen Prozeß noch eine liberale Führung. Bei einigen Teilen der Linken existiert eine Hardlinerposition, die mich betroffen macht! „ Laßt die Eliten einander bekämpfen, bis sie fertig sind. Das ist weder unser Krieg noch unser Problem." Dies ist genau die Meinung der nicht betroffenen und unpolitischen Leute. In Konfliktsituationen ist es die Zivilbevölkerung, die ins Kreuzfeuer gerät und die Auswirkungen des Krieges nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung zu tragen hat. In dieser zugespitzten Situation werden die Leute allmählich gezwungen, eine Position zu beziehen. Deshalb sollten sie auch teilhaben an der Lösung der Konflikte. Sie können keine Zuschauer sein, deren Lebensschicksale von zwei Fraktionen bestimmt werden. Hier sollte die Peoples Power entstehen.

Übersetzung: Inge Kamolz



HerausgeberInnen und Bezugsadresse:

Frauengruppe der
Philippinen-Koordination Hamburg
c/o Werkstatt 3
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

Die Broschüre gibt's gegen Spende + Porto

Anmerkungen:

1) RAM: Reform AFP Movement ist eine Oppositionsbewegung, die sich 1985 innerhalb der Regierungsarmee (AFP = Armed Forces of the Philippinas) gegründet hat. Sie setzt sich aus jungen Offizieren zusammen, die sich unter Marcos besonders in der Bekämpfung der NPA (New Peoples Army) profiliert haben. Vor der Revolution 1986 sollen circa 2.000 der insgesamt 135.000 Offiziere der RAM nahegestanden haben. Sie waren besonders in den Geheimdiensten und dem Verteidigungsministerium vertreten, wodurch der schnelle Erfolg beim Sturz von Marcos ermöglicht wurde.

2) EDSA: Epiphanio de los Santos Avenue. Nach der Stadtautobahn Manilas benannte Volksbewegung, die 1986 zum Sturz von Marcos führte. Die Volksmassen blockierten die Zufahrtsstraßen, so daß die Marcos Truppen nicht durchkommen konnten.

Karibische Bekenntnisse

Literatur der Antillen



Wie Perlen reihen sich die Antillen im Blau der Karibik aneinander. Geblendet vom weißen Sand der Strände und dem Glitzern des Meeres dringt nur schwer die dunkle Geschichte jahrhundertelanger Unterjochung, Versklavung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung ins Bewußtsein.
Ebenso vielschichtig und einzigartig, wie sich die Geschichte der antillischen Inselwelt darstellt, ist ihre Literatur. Sie ist geprägt durch ihre Sprache, den schwarzen Widerstand, die Ketten der Knechtschaft und das Erbe Afrikas, aber auch durch die unvergleichliche Schönheit der Landschaft.

„Die Schönheit der Landschaft setzt sich in den Gedanken vorbeiziehender Poeten fest. Mitten durch das bewegte Geflecht der Palmen sehen sie das Feuer der Antillen, (...), ein stilles Meer der Lava" (Suzanne CÉSAIRE).

Creole - Sprache der Schöpfung

Die kreolische Sprache, 1667 als „Französisch der Inseln" entstanden, mußten alle Neuankömmlinge, Missionare ebenso wie schwarze Sklaven, erlernen. In den französischen Departements galt das Kreolisch jedoch lange Zeit als minderwertig und wurde der offiziellen Landessprache Französisch untergeordnet. Der erste Roman in kreolischer Sprache hieß „Atipa" von Alfred PANEPOU (1885). Inzwischen ist das Kreolisch neben dem Französischen für Schriftsteller salonfähig geworden. Zurückzuführen ist dies auf die Suche nach einer eigenen Identität, die gleichzeitig zur Abkehr von den europäischen Metropolen, v.a. von Paris, führte. Mit der Hinwendung zum antillischen Leser wurden zunächst die Reden karibischer Helden in der Sprache des Volkes wiedergegeben, beispielsweise im Gesamtwerk des Haitianers L'HERISSON. Auch moderne Literatur fand im Kreolischen ihren Ausdruck, so „Dézafi" von FRANKÉTIENNE. Nach den Wegbereitern, wie Gilbert GRATIANT, dessen Sammlung „Fab Compé Zacique" heute als Klassiker gilt, zogen andere Schriftsteller, vor allem Lyriker, nach. Für sie ist Kreolisch 'Sprache der Schöpfung' und wird mit dem gleichen Selbstverständnis gebraucht wie Französisch.
Sonny RUPAIRE/Soni RUPÉ[1] mit „Cette igname brisée qu'est ma terre natale/Gran parad Ti kou baton" und Hector POULET/Ekto POULÉ mit „Paroles en l'air/Pawol an bouch" zählen zu den Autoren, die zweisprachige Publikationen veröffentlichten.

Die Négritude ...

Nach einer Phase der Imitation, als die antillische Literatur Abziehbild der Werke europäischer Autoren war, zeichnete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Eman-

Aimé CÉSAIRE (geb. 1913)
Martinique
Poet, Dramaturg und Essayist; sein Werk „Cahier d'un retour au pays natal", zuerst begrüßt von Surrealisten, dann international anerkannt, ist eines der wichtigsten dieses Jahrhunderts. Sein Einfluß auf die poetische und dramatische Entwicklung der Literatur geht weit über die Antillen hinaus. CÉSAIRE ist eng verbunden mit dem politischen Leben Martiniques: seit 1945 regelmäßig parlamentarisch aktiv, war er Abgeordneter von Martinique und Bürgermeister von Fort de France; nach seinem Bruch mit der französischen Kommunistischen Partei gründete er die Partei „Progressiste Martiniquaise".
„Cahier d'un retour au Pays natal": dieses lange epische Gedicht von radikaler Neuheit, ist ein Versuch zur Stärkung des schwarzen Bewußtseins (1939).

zipationsprozeß ab, orientiert an der 'schwarzen Kulturszene' der USA.
In den USA wurden damals schwarzer Jazz und Blues von der weißen High Society 'entdeckt'. Frenetisch beklatscht avancierte sich in der Folgezeit „schwarze Kultur" zu einem wahren Modekult. Parallel entstand in den USA eine militante schwarze Bewegung. Ausgehend von einer gemeinsamen Vergangenheit aller Afro-Amerikaner und von einer Gegenwart, in der die weiße Rasse dominierte, propagierte sie die Wiedergeburt der afrikanischen Kultur und die gesellschaftliche Gleichstellung der Schwarzen.

Diese Bewegung hinterließ tiefgreifende Eindrücke bei den in Paris lebenden antillischen Intellektuellen und führte zur Abkehr von europäischen Traditionen. Die Wurzeln im vorkolonialen Afrika suchend, wurde von ihnen eine Gemeinschaft der Schwarzen mit einer sie verbindenden Wesensart - der 'ame noir' - verkündet.
Dieses neue Bewußtsein führte zu einer von Afrikanern und Antillern gemeinsam getragenen anti-rassistischen und anti-kolonialen Haltung. Ein Wortführer auf den Antillen war René MARAN, der in seinem Roman „Batouala" (1921) die französische Kolonialmacht scharf kritisierte.

Mit dieser Bewegung kam neuer Schwung in das literarische Leben der Antillen. Auf dem Zeitschriftenmarkt erschien 1932, nach „Lucioles" und „La Revue du Monde Noir", die Zeitschrift „Légitime Défense". In Paris für die Antillen hergestellt, steckte die erste - und einzige - Ausgabe der „Légitime Défense" den ideologischen Rahmen der politischen und literarischen Aktionen für die antillischen Intellektuellen ab.
Außerdem schufen sich 1934 die wichtigsten Vertreter dieser Emanzipationsbewegung, der Senegalese L.S. Senghor, der aus Französisch-Guayana stammende L.G. Damas und der Martiniquaner A. Césaire mit der Zeitschrift „L'Etudiant Noir" ihr eigenes Sprachrohr.
Der Begriff der Négritude, als Kampf um die Würde der schwarzen Bevölkerung, trat auf den Antillen erstmals 1939 im Prosagedicht „Cahier d'un retour au Pays natal" von Aimé CÉSAIRE in Erscheinung und wurde zum Manifest der Négritude-Bewegung.
„Die Négritude", so Aimé CÉSAIRE "ist das einfache Wiedererkennen der Tatsache schwarz zu sein, und die Akzeptanz dieser Tatsache von unserer schwarzen Herkunft, Geschichte und Kultur."

1947 erschien die erste Ausgabe von „Présence Africaine", einer französischsprachigen Zeitschrift, welche die wichtigsten in Europa lebenden schwarzen Schriftsteller als Autoren gewinnen konnte, darunter Senghor und Césaire. Durch die Diskussionen in der gleichzeitig in Paris und Dakar herausgegebenen „Présence Africaine" setzte eine zunehmende Politisierung der Négritude ein, mit bedingt durch die afrikanischen Befreiungsprozesse in den 50er Jahren. Nach einer Phase, in der der Kampf gegen Rassendiskriminierung in den Vordergrund rückte, wandelte sich die Négritude zum Widerstand gegen jegliche Form der Unterdrückung.

... und Haiti

Weniger stark als auf den französischen Antillen zeigte sich der Einfluß der Négritude auf Haiti. Das Thema Afrika fand bei den Lyrikern viel Anklang und wurde oft verklärt, die Négritude als Ganzes wurde jedoch kaum unterstützt.
Mit der Rückkehr der während der amerikanischen Besetzung Haitis im Exil lebenden Intellektuellen (1934/35), setzte die Suche nach einem eigenen Kulturverständnis ein, das sich wesentlich an der haitianischen Gegenwart orientierte. Der Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus, zentrale Punkte der Négritude, war aufgrund der frühen formalen Unabhängigkeit der Insel (1804) für die Intellektuellen kein Thema. Im Mittelpunkt des literarischen Wirkens stand die dörfliche Gemeinschaft, in der Sitten, Brauchtum und Voodoo noch gepflegt wurden.
Eine der wichtigsten Persönlichkeiten der indigenen[2] Bewegung war Jean PRICE-MARS. Er hielt mit seinem Essayband „Ainsi parla l'oncle" (1928) einer Gesellschaft, die weiterhin dem „weißen Ideal" zu entsprechen versuchte, den Spiegel vor.



Toussaint Louverture, 1743-1803, führte den Aufstand der Sklaven.

Jaques ROUMAIN
(1907-1944)
Haiti
Poet und politisch aktiv; Gründer der Kommunistischen Partei Haitis 1934, Forscher und Gründer des Ethnologischen Büros, danach Diplomat. ROUMAIN war Vorbild für eine ganze Generation von Schriftstellern; er hinterließ einen Roman „Gouverneurs de la rosée", der zu den Meilensteinen der karibischen Literatur zählt.
In „Gouverneurs de la rosée" findet Manuel, zurück aus Kuba, sein Dorf von der Dürre heimgesucht und vom Groll zerrissen. Er entdeckt eine Quelle und versucht, eine Aussöhnung zu erreichen, aber der Neid eines Rivalen hindert ihn, die Vollendung seines Werks zu sehen.

Mit dem Epos „Gouverneurs de la rosée" (1944) von Jaques ROUMAIN trat verstärkt die Aktualisierung sozialer Probleme auf dem Land und in den Städten in den Vordergrund. Der Roman erzählt die Geschichte von Manuel, der nach 15 Jahren Arbeit auf Kuba und von der kubanischen Gewerkschaftsbewegung beeinflußt, in seine Heimat zurückkehrt. Durch den Aufbau einer kollektiven Nachbarschaftshilfe versucht er, das von Dürre heimgesuchte Dorf aus der Armut zu befreien. Die kritische Analyse der Mißstände im eigenen Land verdrängt nach und nach die beschreibenden folkloristischen Inhalte der Literatur.
Als sich die Romanautoren mehr und mehr mit sozialkritischen Themen auseinandersetzten, bekam die indigene Bewegung mit der Machtübernahme F. Duvaliers (1957)

René MARAN (1887-1960)
Guyana/Martinique
„Der gesamte schwarze Roman geht auf René MARAN zurück", erklärte 1956 Léopold Sédar Senghor.
Geboren auf Martinique als Sohn guyanischer Eltern, großgeworden in Frankreich, machte er in Afrika literarische Karriere und erhielt 1921 den Prix de Goncourt für seinen Roman „Batouala".
Dieser Roman, aber auch das Vorwort des Autors führten zu einem Skandal und kosteten ihn seinen Posten als Verwalter der französischen überseeischen Gebiete.

eine neue Wertung. Der Indigenismus wurde zur Staatsideologie. Rassen- und Nationalstolz sowie die Besinnung auf das afrikanische Erbe wurden zur Rechtfertigung von Plünderungen und Morden an Mulatten und Bessergestellten. Diese Verfolgungen schüchterten große Teile des haitianischen Volkes ein.
Aufgrund dieser über Jahrzehnte dauernden Repressionen spalteten sich die Schriftsteller der Insel in eine Gruppe von Exilautoren, die sich durch die Entfernung von ihrer Heimat erneut einer Entfremdung ausgesetzt sahen und in eine Autorengruppe, deren Mitglieder auf Haiti lebten, die jedoch massiv durch Repression und mangelnde kulturelle Infrastruktur behindert wurden. Ein Einschnitt, der sich auch nach dem Sturz J.L. Duvaliers noch heute bemerkbar macht.

Themen der Literatur

Wechselnde politische und ideologische Einflüsse haben die antillische Literatur nachhaltig geprägt. Die Themen jedoch, welche den eigenen Charakter der Inselwelt widerspiegeln, durchziehen die literarischen Werke in stetiger Konstanz.
Die Sklaverei, der traurige Teil der antillischen Geschichte, der Schmerz und Scham in Erinnerung ruft, kehrt in Gedichten, Dramen und Romanen immer wieder. Historische Persönlichkeiten wie Toussaint Louverture, der sich 1791 an die Spitze des Sklavenaufstandes stellte und die erste schwarze Republik ausrief, aber auch anonyme Helden wie der „Rebell" oder der „entflohene Sklave" werden in vielen Romanen beschworen.
Antillische Geschichte und Realität waren lange Zeit tabu, nicht nur in den Schulbüchern. Eine Redewendung wie: „unsere Vorfahren, die Gallier", kennzeichnete den Umgang mit der Vergangenheit.
Viele Autoren führte die Suche nach ihrer Identität und den Spuren der Vergangenheit nach Afrika. Das Land des Ursprungs als Rahmen ihrer Werke wählend, ließen sie sich von der Vergangenheit und der Gegenwart inspirieren.
Afrika, zunächst als Ursprung verleugnet, dann als Heimat verklärt, ist heute erneut in weite Ferne gerückt. Das Bewußtsein, ein vielfältiges Erbe angetreten zu haben und zugleich das eigene antillische Sein zu bekräftigen, läßt den Konflikt der Identitätsfindung deutlich werden. Identität, die es zwischen dem Zurück nach Afrika, das erneut Entfremdung und Exil bedeutet und der Assimilation an die koloniale Ordnung, die einer Verstümmelung nahekommt, zu finden gilt. Diese Zerrissenheit findet in zahlreichen Publikationen antillischer Autoren ihren Ausdruck.
„Afrika, ich habe deine Erinnerung bewahrt. Afrika, Du bist in mir wie ein Stachel in der Wunde" (Jaques ROUMAIN).

Ein einschneidendes Erbe des von Sklaverei und Kolonialismus geprägten Gedankengutes, das den Schwarzen ihre menschliche Natur absprach, ist die Bewertung der weißen Hautfarbe als 'wertvollere': Dies wurde zur Zwangsvorstellung im gestörten Bewußtsein der Schwarzen.
In ihrer Autobiographie „Je suis Martiniquaise" von 1948, beschreibt Mayotte CAPÉCIA all jene, die ihre Selbstachtung von ihrer hellen Hautfarbe ableiten. Ein Thema, das der antillische Roman nicht vergessen kann.
„Das Schwarz funktioniert wie eine Warze der Geschichte, das Weiß wie ein Korn der Schönheit" (René DEPESTRE).

Neben diesen Themen tauchten in der Literatur beharrlich Symbole auf, die mit der Geschichte der Antillen eng verknüpft sind. Die Insel, als Sinnbild einer traumatischen Erinnerung an die Verschlepung aus Afrika, die Entwurzelung und Isolierung bedeutete. Das Meer als unüberwindbares Hindernis steht für den Zwang des territorialen Eingeschlossensein. *„In einem Schrei erhebt sich eine Insel mit ihrer Koppel, vom Meer geschnürt" (Sony RUPAIRE).*
Ein unerschöpfliches Reservoir für die Literatur bildet die unvergleichliche Vielfalt der Landschaft mit ihren Schluchten der Finsternis, den Feldern des Schilfs im weißen Sand der Strände zwischen der Unendlichkeit des Meeres, aber auch die Stürme und Vulkane, welche das Land bedrohen. Das dörfliche Leben als Stätte der Unauslöschbarkeit der Traditionen bietet den faszinierenden Kontrast zur harten sozialen Realität.

Deutsche Übersetzungen

So vielfältig und pittoresk die antillische Literatur auch ist, sie findet im deutschsprachigen Raum bisher kaum Beachtung.
Im Dezember vergangenen Jahres erhielt René DEPESTRE den angesehenen Prix Renaudot für seinen Roman „Hadriana dans tous mes rêves". Trotz langjährigen Exils ist seine Literatur eng verbunden mit dem realen und mystischen Leben Haitis. In deutscher Sprache erschien von ihm bisher „Der Schlaraffenbaum" (1982) zunächst im Ostberliner Verlag „Volk und Welt" und fünf Jahre später in einer Lizensausgabe mit einer Einführung von Al Imfeld im Rotpunktverlag, Zürich. „Der Schlaraffenbaum" beschreibt die Abenteuer eines kleinen Ritters in der traurigen Figur eines Mulatten, der gegen den Despotismus kämpft. Eine erste Auswahl aus DEPESTRE's Lyrik erschien 1986 unter dem Titel „Aus dem Tagebuch eines Meerestieres" ebenfalls bei Volk und Welt.
Seinen preisgekrönten Roman „Hadriana dans tous mes rêves", der noch auf eine Übersetzung wartet, beschreibt Wolfgang Binder in den Literaturnachrichten 21/89 als „Roman der Erinnerung, vorwiegend aus der Perspektive des Patrick Altamont gestaltet, ein Roman von haitianischen über- und unterirdischen Wirklichkeiten, ein Text schließlich über die (Un-) Vereinbarkeit von Kulturen. War im Schlaraffenbaum die Tatsache der Zombifizierung die zentrale Metapher für eine kollektive politische Unterjochung und Verdummung, wird sie in Hadriana zu einem Spannungselement, zu einem Motiv, das dem Kampf um die schöne (schein-) tote Kreolin Hadriana Siloé einen ironischen Touch und eine realistische Basis verleiht. Der gesamte Mittelteil des (...) Buchs dient Depestre zu einer sinnenfreudig gestalteten Parabel: weiße, bürgerliche, katholische, europäische Schicklichkeit wird schwarzer, volksnaher, körperbetonter, orgiastischer, Voodoo praktizierender Afroantillanität gegenübergestellt."
Ebenfalls in deutscher Sprache sind „Gedichte" von Aimé CÉSAIRE, einem wichti-

Eduard GLISSANT (geb. 1928)
Martinique
Nach der Publikation mehrerer Gedichtsammlungen erhielt GLISSANT 1958 den Prix Renaudot für seinen Erstlingsroman „La Lésarde". Der Roman ist Teil einer Tetralogie, in der die Personen von einer unruhigen Suche nach ihrem Ursprung und den „verlorenen Zeiten" durch den Zeitraum von der Sklaverei bis heute geleitet werden.
Gleichzeitig geht GLISSANT der Frage nach, wie die Identität der Schriftsteller sich auf Sprache und Schreibstil auswirkt. Er ist Gründer des „Instituts für Studien/Martinique" und der Zeitschrift „Acoma". Bis November 1988 war er Chef-Redakteur des UNESCO-Kurier.
In „La Lésarde" engagiert sich ein Gruppe junger Revolutionäre mit immenser politischer Energie in der Zerstörung der kolonialen Fremdherrschaft.

gen Vertreter der Négritude, erschienen; Hanser 1987. Sowie „Und die Hunde schweigen", hrsg. von Müller A. und Schlien H.
Auch zwei Werke von Frantz FANON, Psychoanalytiker und Essayist, bereichern den deutschen Literaturmarkt. „Schwarze Haut, weiße Masken" beschreibt die Verinnerlichung der Werte und Normen, die eine weiße Minderheit vorlebte, und die zur Entfremdung der Schwarzen von ihren Wurzeln führte; Athenaeum 1980. In „Die Verdammten dieser Erde" ist der Kampf gegen die Unterdrückung nicht mehr allein auf die Schwarzen bezogen, sondern auf die Ausgebeuteten der ganzen Welt; Suhrkamp 1981.

In stetiger Regelmäßigkeit veröffentlicht der Verlag 'Das Wunderhorn' Werke von Edouard GLISSANT. „Die Hütte des Aufsehers" (1983), „Zersplitterte Welten" (1986) und 1989 „Mahagony".
Nicht vergessen werden soll Simone SCHWARZ-BART, 1938 auf Guadeloupe geboren. Von ihr veröffentlichte der Peter Hammer Verlag 1982 „Ti Jean oder Die Heimkehr nach Afrika". Ti Jean, Held vieler karibischer Sagen, reist von seiner Heimat Guadeloupe im Bauch eines Fabelwesens nach Afrika, um den Menschen auf Guadeloupe die ihnen auf geheimnisvolle Weise abhanden gekommene Sonne wiederzubringen. Vor allem in der Frauenbewegung bekannt ist ihr ebenfalls im Peter Hammer Verlag erschienener Roman „Télumée" (1987). „Télumée", so schreibt die Schriftstellerin Renate Wiggershaus begeistert, „ist die Geschichte dreier Generationen unbeugsamer schwarzer Frauen, eingespannt in die blutige Geschichte von weißen Kolonisatoren und farbigen Kolonisierten, getragen und geprägt von jahrhundertalten Bräuchen und Mythen, eingewoben in den Teppich einer wilden und schönen Landschaft. (...) geschrieben in einer kraftvollen, anrührenden, dichten Sprache, wild und rätselhaft, anmutig und klar." Ein bedeutender Roman von faszinierender Sprache und Dichtung, der durchaus mit den Büchern G. Garcia Marques' vergleichbar ist. Die Liste der in deutscher Sprache erschienenen antillischen Werke ist nicht vollständig. Weiterhin führt die karibische Literatur ein Schattendasein auf dem deutschen Literaturmakt. Bleibt zu hoffen, daß die Vergabe von Literaturpreisen, wie dem Prix Renaudot an DEPESTRE, zu weiteren Übersetzungen führt.

dh

René DEPESTRE (geb. 1926)
Haiti
Poet und frühzeitig politisch aktiv, verbrachte DEPESTRE viele Jahre im Exil. 1959 ging er nach Kuba, wo jedoch sein Lyrikband „Poèt à Cuba" ebenso der Zensur zum Opfer fiel, wie sein Roman „Le mat de cocagne" (Der Schlaraffenbaum). Dies führte 1977 zum Bruch mit Castro und der kubanischen Kulturbürokratie. Bis 1986 war er in Paris bei der UNESCO. Er lebt und schreibt heute in Südfrankreich. Sein poetisches Werk, in dem sein soziales und politisches Engagement zum Ausdruck kommt, wurden in vielerlei Hinsicht vom Voodoo inspiriert.
Er ist Übersetzer zahlreicher kubanischer Gedichte und Autor von Essays. In seinen Romanen und Novellen verbinden sich Politik, Erotik, Humor und Poesie.

Anmerkungen:

1) französische und kreolische Schreibweise
2) eingeboren, einheimisch, auf Landleben und die ländliche Tradition gerichtet
3) s. Rezension in blätter des iz3w; Nr. 143, S. 54

Pakistans schwierige Zukunft

Ein Jahr ist Benazir Bhutto an der Macht. Aber seit ihrem Regierungsantritt sind die Verhältnisse in Pakistan weder klarer noch stabiler geworden. In den bundesdeutschen Medien sind über die tagespolitischen Streiflichter hinaus keine Berichte zu finden, die die Situation erhellen würden. Diese Lücke füllt nun das Südasien Büro mit ihrer kürzlich erschienenen Broschüre „Pakistan - Destabilisierung durch Kontinuität?"

Gerade für LeserInnen mit Interesse an den Hintergründen der jüngsten Entwicklung in Pakistan ist diese gut aufgearbeitete Broschüre eine Fundgrube.

Nach einem einführenden Kapitel über die Geschichte, die geographische Lage und die Provinz- und Distriktordnung greifen die AutorInnen in mehreren Aufsätzen die Interessen der verschiedenen Provinzen und Ethnien im Vielvölkerstaat auf. Die Interessenlage einzelner Gruppen ist entscheidend für die pakistanische Politik. Der Punjab spielt, wie in den Beiträgen „Der Punjab und seine Nachbarn" und „Ist der Punjab die Herrschaftsprovinz" dargestellt wird, eine wichtige Rolle.

Wobei in der Broschüre unterschiedlichen Sichtweisen des Problems Platz eingeräumt wird. Die detaillierten Informationen über die historischen Interessenskonflikte ermöglichen es den LeserInnen, die heutigen Auseinandersetzungen in dieser Region nachzuvollziehen. So war es der Punjab, der gegen das Votum Gandhis, aber mit britischer Unterstützung, im Jahre 1945/46 für einen seperaten Muslim-Staat Pakistan eintrat. Obwohl der Punjab mit der Schaffung des pakistanischen Staates in einen indischen und pakistanischen Teil gespalten wurde, besitzt diese Provinz das meiste Kapital und die meisten Industrien und behauptet seither eine Vormachtstellung, was immer wieder zu Konflikten führt. Es ist die bevölkerungsreichste und wohlhabendste Provinz Pakistans. Wie in der Broschüre u.a. am Beispiel von Entwicklungsprojekten dargestellt, werden diese oftmals mit Nutzen für den Punjab und zu Lasten anderer Provinzen angesiedelt.

Auch Benazir Bhutto hat mit dieser Provinz ihre Schwierigkeiten. Während sie in Islamabad das Kabinett stellt, hat die „Islamische Demokratische Allianz" (IDA) mit Frau Bhuttos Gegenspieler Nawaz Sharif die Wahl im Punjab gewonnen und bildet die Provinzregierung.

Benazir Bhutto strich nun Gelder für Entwicklungsprojekte und verhängte wirtschaftliche Sonderkontrollen über den Punjab, um die IDA zu schwächen.

Von Korruption ist die Regierung Bhutto keinesfalls frei. Sie verteilt Pfründe unter Freunden und an Familienmitglieder und läßt Bestechungsgelder austeilen. So zeichnet sich eine Kontinuität ab, die nicht dazu geeignet scheint, tiefsitzende Konflikte zwischen Ethnien, Provinzen sowie Religionsgemeinschaften zu bewältigen.

In zwei weiteren Kapiteln zur Wirtschaft werden die deutsch-pakistanischen Beziehungen und die Islamisierung des Finanzsektors beschrieben.

Auch wenn den Autoren aufgrund des jüngsten nationalen Wirtschaftsplans eine Umorientierung der pakistanischen Wirtschaftspolitik möglich erscheint, bezweifeln sie einen wirklichen Handlungsspielraum für die Regierung, da Pakistans Wirtschaft zu sehr von außenpolitischen bzw. geopolitischen Entwicklungen abhängig sei. Sollten sich die Verhältnisse in Afghanistan nicht stabilisieren, sei mit unvorhersehbaren Implikationen für die pakistanische Wirtschaft zu rechnen. Im Kapitel über die Außenpolitik Pakistans werden diese komplizierten Verhältnisse aufgerollt. Zum einen gibt die Nachbarschaft sowohl zu China als auch zur Sowjetunion schwierige Probleme auf. Zum anderen bestehen seit der Gründung des Staates Pakistan territoriale Rivalitäten mit Indien, die schon öfters zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt haben (z.B. um die Grenzen von Kaschmir). Interessant sind die beiden Aufsätze über Islam und Frauen in Pakistan zu lesen. Sie gehen unter anderem der Frage nach, wie es dazu kommen kann, daß in einem islamischen Staat eine junge Frau Premierministerin wird.

Für Pakistan sind Frauen im öffentlichen Leben kein neues Phänomen. Schon im 19.Jh. gab es eine islamische Bewegung, die sich gegen die Abschottung und Unterdrückung der Frau aussprach. Seither forderten die Frauen mehr Rechte für sich, und 1981 haben sie ein Frauenaktionsforum gegründet, das für eine neue Rechtsprechung für Frauen eintritt. Obwohl Benazir Bhutto bei ihrer Antrittsrede als Premierministerin am 3. Dez. 1988 das Recht der Frau auf Arbeit und gleiche Bezahlung versprach, bleibt die Autorin skeptisch. Nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, daß Benazir Bhutto bis heute keinen einzigen Gesetzentwurf, geschweige denn einen zur Verbesserung der Situation der Frauen ins Parlament eingebracht hat.

Zwei Beiträge in dieser Broschüre bleiben noch zu erwähnen: Eine Analyse des Drogenhandels und -konsums in Pakistan und eine Einführung in die Literatur der urdusprachigen Bevölkerung.

Zu beziehen ist die insgesamt empfehlenswerte Publikation für 9.50 DM beim

Südasien Büro, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal.

mm

Verlorene Träume

Daß die Reformen in der Sowjetunion auf die anderen real-sozialistischen Staaten übergreifen, wird in den westlichen Medien genau verfolgt. Daß sie zu offenen Diskussionen über mögliche Reformen in den sozialistischen Entwicklungsländern führten, ist weniger bekannt. Die Diskussion über sozialistische Entwicklungsstrategien wurde allerdings schon vor Gorbaschow - spätestens seit Anfang der achtziger Jahre - kontrovers geführt.

Klaus Fritsche, der Herausgeber des Buches „Verlorene Träume?" - Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt und Mitarbeiter der Dokumentationsstelle „Bewegung Blockfreier Staaten", beschäftigt sich seit langem mit der Außen- bzw. Südpolitik der Sowjetunion. In seinem neuen Buch versuchen die Autoren der einzelnen Kapitel anhand der Entwicklungen in Angola, Kuba, Vietnam und China letztendlich zu einer „Neubewertung sozialistischer Entwicklungen" in der Dritten Welt zu gelangen. „Was sind die Ursachen dafür, daß die Ziele der Revolutionen und die sozialistischen Träume der Solidaritätsbewegung nicht verwirklicht werden konnten? Welche Reformmaßnahmen werden dort heute ergriffen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden? Und, welche Folgen ergeben sich daraus für sozialistische Entwicklungen in der Dritten Welt?" Diese Fragen versuchen die Beiträge zu beantworten.

Das Buch ist für einen breiten Leserkreis geschrieben. Es ist gut lesbar, kurzweilig, anregend und vor allem die zur Zeit einzige deutschsprachige Publikation, die sich diesen aktuellen Fragen in der Breite widmet. Es bietet damit einen guten Einstieg in die Diskussion.

In einem einleitenden Beitrag schildet Fritsche in groben Zügen die Diskussionen um das sowjetische Entwicklungsmodell. Inzwischen haben die sowjetischen Wissenschaftler das stalinistische Entwicklungsmodell über Bord geworfen. Die Konzentration auf den staatlichen Sektor in den Entwicklungsländern wird nicht mehr als Allheilmittel betrachtet. Die Übertragung der sowjetischen Industrialisierungskonzepte wird kritisiert, eine grundsätzliche stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft gefordert und in den Außenwirtschaftsbeziehungen auf die Strategie des exportorientierten Wachstums gesetzt. Was sich nun konkret als Konzept durchsetzen wird, hängt - so stellt Fritsche fest - stark vom Verlauf des Reformprozesses in der Sowjetunion ab.

In den Länderbeiträgen werden dann die Entwicklungsgeschichte des jeweiligen Landes nachgezeichnet und Alternativen diskutiert. Mit der starrsten Entwicklung bzw. der hartnäckigsten Orientierung am sowjetischen Modell präsentieren sich die

beiden RGW-Mitgliedstaaten Vietnam (Beitrag von G. Will) und Kuba (P. Gey), teils aus recht plausiblen Gründen. Zum einen haben beide schon Anfang der sechziger Jahre ihre Politik nach dem sowjetischen Vorbild ausgerichtet zum anderen sind beide so etwas wie Frontstaaten der real-sozialistischen Staatengemeinschaft. Aber die Entwicklung im „alten Denken“ führte in die Sackgasse. Was heute in Kuba unter dem Schlagwort rectificacion (Berichtigung) geschieht, ist kein Bruch mit der bisherigen Politik, sondern sucht die Ursachen für Fehlentwicklungen im mangelnden revolutionären Engagement einzelner Personen. Lediglich in Vietnam sind seit den eingeleiteten Reformen vom VI. Parteitag (Dezember 1986) erste positive Ergebnisse zu verzeichnen.
In Angola stellen sich die Probleme etwas anders dar. Es gehört zu einer „zweiten Welle“ sozialistischer Staatsgründungen (1976), ist nicht Mitglied im RGW und wurde von der sowjetischen Theorie als Land mit sozialistischer Orientierung, das sich auf einer „vorsozialistischen Etappe der Entwicklung“ befindet, eingeschätzt. Die Gründe für die prekäre wirtschaftliche Situation, die das Land heute kennzeichnet, sind nicht nur im fortdauernden Bürgerkrieg mit der UNITA zu sehen. Eine Mitschuld trägt zweifellos auch die ineffektive Arbeit in den verstaatlichten Betrieben. Zwar propagierte Präsident Neto schon im Dezember 1978 die Notwendigkeit, die Privatinitiative im kleinbetrieblichen Bereich zu fördern, doch trotz zahlreicher Bemühungen der MPLA die Wirtschaft schrittweise zu dezentralisieren und den einzelnen Betrieben größeren Entscheidungsraum zu geben, änderte sich die Situation bis dato nicht wesentlich. Als Ursache für die wirtschaftliche Notlage wäre neben dem Bürgerkrieg, dem Verfall der Rohstoffpreise bzw. der terms of trade und der Verschuldung, sicherlich auch die katastrophale wirtschaftliche Organisation zu nennen. So zitiert Meyns, der Autor der Angola-Analyse den schwedischen Wissenschaftler Bhagavan, der auch „das Fehlen einer Tradition industrieller Arbeitsdisziplin sowie die Unmöglichkeit und/oder die fehlende Bereitschaft, sie von außen durchzusetzen“ anführt. Dies mag etwas befremdlich erscheinen, und doch gilt es zu prüfen, wie weit solche Faktoren vielleicht auch wesentlich sind für das Scheitern der ökonomischen Wiederbelebung.
„Gibt es einen chinesischen Weg zum Sozialismus?“ ist der Titel des Beitrages von T. Heberer und R. Weigelin. „Ja“ meinen die Autoren, wobei der Entwicklung kein „allgemeingültiger Modellcharakter“ zugestanden werden kann. Allerdings: „Nicht die Frage „sozialistisch oder nicht“ ist die Kernfrage Chinas, sondern die Frage, ob dies Land einen Weg findet, sich ohne Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit und ohne erneute Klassenpolarisierung, d.h. ohne gravierende Verarmung eines Teils der Bevölkerung oder einiger Regionen, zu entwickeln.“ Die Notwendigkeit, daß die „wirtschaftlichen Reformen durch gesellschaftliche ergänzt werden müßten“, wird auch von den Autoren gesehen. Damit ist auch die Frage nach der Legitimation der KP Chinas aufgeworfen. Doch an jener zweifelt die KP Chinas nicht, wie die Ereignisse im Juni dieses Jahres zeigten.
Peter Meyns versucht in einem abschließenden Beitrag die Elemente für eine Neubewertung zusammenzutragen. Für wichtig hält er, daß man die verschiedenen Varianten von sozialistischen Entwicklungen akzeptiert. Dies hat zweierlei Folgen. Zum einen wird eine offene Definition von Sozialismus vorausgesetzt, wobei sowohl die Verbesserung der Lebensbedingungen als auch die demokratische Partizipation der Bevölkerung wesentlich ist. Andererseits muß, so Meyns, die marxistische Stadientheorie aufgegeben werden, was aber nicht heißen soll, „zu leugnen, daß es eine historische Abfolge von gesellschaftlichen Systemen in den verschiedenen Teilen der Welt gegeben hat und gibt.“ Allein die Dogmatisierung dieser „schematischen Abfolge“ sei verkehrt. Für die Wirtschaft sieht der Autor bei den in der Regel agrarisch geprägten Ländern keine Alternative zum Markt, um die Produktivität kleinbäuerlicher Haushalte optimal zu nutzen. Schließlich sei die „Bestimmung eines differenzierten Verhältnisses Plan-Markt“ das Kernproblem. Vieles im Beitrag von Meyns erscheint sehr ungenau und oberflächlich, seinen Anspruch „Fragen aufzuwerfen“ und „Anstöße zu geben“ löst er ein.

uju

„Verlorene Träume?“ Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt, Hrsg. Klaus Fritsche, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1989, 142 Seiten, 16,80 DM

Geschichte des Rassismus

Wenn ein deutscher Historiker eine Geschichte des Rassismus in weltgeschichtlicher Perspektive veröffentlicht, noch dazu in einer weitverbreiteten Taschenbuchreihe, so ist das grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch ist das Buch des Bremer Historikers Imanuel Geiss enttäuschend, wenn man sich die Aussagen im Detail, sowie die Analyse im Ganzen ansieht.
Geiss legt eine Fülle von Material vor und bemüht sich dabei um maximale Vollständigkeit und Unparteilichkeit in der Darstellung. Der Autor eines weltgeschichtlich ausgerichteten Buches kann natürlich nicht auf jedem Gebiet mit der Autorität eines Experten sprechen; doch unterlaufen Geiss gerade auf einem Gebiet, zu dem er sich öfters zu Wort meldet, nämlich der Geschichte Afrikas, einige sachliche Fehler, aber auch - was schwerer wiegt - Einschätzungen, die recht merkwürdig anmuten. Die Unabhängigkeit Simbabwes datiert er auf 1976 (S. 300), statt auf 1980. Er behauptet, im „afrikanischen Jahr“ 1960 habe der Nationalismus von West- auch auf Ostafrika übergegriffen. Dagegen ist doch die spätere Unabhängigkeit der ostafrikanischen Länder darauf zurückzuführen, daß es in ihnen eine zahlenmäßig kleine, aber sehr einflußreiche weiße Siedlerschaft gab; schließlich fand die größte bewaffnete Revolte gegen die Kolonialherrschaft, der Mau-Mau-Aufstand, bereits in den 50er Jahren im ostafrikanischen Kenia statt. Er behauptet, daß ausgerechnet Jan T. (sic) Smuts, der zu Beginn dieses Jahrhunderts mit allen Mitteln verhinderte, daß die Schwarzen in ganz Südafrika das Wahlrecht erhielten, sich bemüht habe, in den 40er Jahren die Rassentrennung zu liberalisieren (S. 299). Er tradiert die längst widerlegten Klischees von der Verwurzelung des südafrikanischen Rassismus im Calvinismus (S. 197). Auch seine Behauptung, daß der „Native Lands Act“ von 1913 den Kampf um den Boden eröffnet habe (S. 255) - die ganze Geschichte Südafrikas ist eine Geschichte der Auseinandersetzungen um Land - deutet darauf hin, daß Geiss sich in diesem Bereich nicht so ganz auf der Höhe des Forschungsstandes befindet. Gänzlich unverständlich aber sind Behauptungen wie die, im Jahr 1987 hätten sich die schwarzen Bergarbeiter Südafrikas als Klasse konstituiert (S. 301), obwohl er selbst die viel ältere Geschichte der schwarzen Arbeiterbewegung erwähnt. Er übernimmt kritiklos tendenziöse Unterstellungen, der ANC Südafrikas werde nur formal von Schwarzen geführt, in Wirklichkeit steckten weiße, kommunistische Drahtzieher dahinter (S. 256 und S. 302). Schließlich klingen auch die von ihm nicht weiter begründeten Zweifel an der Wahrhaftigkeit der „Ideologie des angeblich 'rassenblinden' Klassenkampfes“ des ANC (S. 302) et-

was seltsam bei einem Autor, der sich in der Vergangenheit immer der Speerspitzen des politischen und wissenschaftlichen Fortschritts zurechnete. Gefährlich ist auch die Leichtfertigkeit, mit der er Emanzipationsbewegungen auf kultureller und politischer Ebene als schwarzen Gegenrassismus abtut (S. 245 ff.) - bezeichnenderweise erwähnt er in dem ganzen Buch mit keinem Wort die Schriften von Frantz Fanon!
Abgesehen von diesen Einzelheiten gelingt Geiss aber auch nicht, eine überzeugende Strukturierung seines Materials vorzulegen. Er versucht den Rassismus sozioökonomisch herzuleiten, indem er die aus dem 19. Jahrhundert, von dem Amateur-Ethnologen H.L. Morgan stammende Dreiteilung der Zivilisationsentwicklung mit bestimmten Produktionsweisen verknüpft und dabei zu folgender Stufenfolge kommt: Wildheit - Jäger und Sammler; Barbarei - Garten- und Ackerbau; Zivilisation - Industriegesellschaft. Die jeweils höhere Stufe sehe mit Verachtung auf die niedrigere herab, und hier sei der Ausgangspunkt rassistischer Einstellungen zu finden (S. 25f. und 35f.). Macht er es sich damit aber nicht gar zu leicht? Wo bleiben in diesem Schema die Hirtennomaden, die bekanntlich bei einer Vielzahl von Staatenbildungen eine nicht unbedeutende Rolle spielten? Gibt es nicht, wie u.a. L. Mumford (Mythos der Maschine) gezeigt hat, Beispiele von Jägern, die sich als herrschende Kaste über ökonomisch weiterentwickelte Bauern setzten, denen sie mit Verachtung begegneten? Und wo schließlich wäre das Überlegenheitsgefühl des europäischen Feudaladels gegenüber denen, die „nur arbeiten", einzuordnen?
Auch die angeblich so wichtige (S. 13) Unterscheidung von „Rassenhaß" und „Rassendiskriminierung", wovon ersterer in Auschwitz, letzterer in der Apartheid kulminierte (S. 9), erweist sich bei näherem Hinsehen als eine begriffliche Seifenblase. Denn wodurch unterscheiden sich Rassenhaß und Rassendiskriminierung? Ist Rassenhaß nicht die - kaum meßbare - affektive Komponente der - ebenfalls schwer meßbaren - Diskriminierung? Auch die Zuordnung der beiden Begriffe zu bestimmten Opfern des Rassismus ist völlig willkürlich und überzeugt nicht. Als ob die Diskriminierung der Schwarzen nicht mit einem beträchtlichen Aufwand an Haß seitens der Unterdrücker einherginge. Und unterscheidet sich nicht der Höhepunkt von „Rassenhaß", nämlich Auschwitz, gerade durch die völlig gefühlskalte, bürokratische Einstellung der Mörder von allen früheren antijüdischen Pogromen? In seinem Buch zum „Historikerstreit", als dessen Hauptübeltäter Geiss ausgerechnet Habermas ermittelte, erteilte er der Verwässerung von Begriffen wie „Faschismus" eine klare Absage, da ihr inflationärer Gebrauch die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen tendenziell verharmlose (I. Geiss, Die Habermas-Kontroverse, Berlin 1988, S. 109). Wenn man seine eigenen Maßstäbe nun aber auf sein Rassismus-Buch anwendet - ein Verfahren, daß er mit Vorliebe bei seinen wissenschaftlichen Kontrahenten vorexerziert (ebd. S. 48ff.) - so zeigt sich, daß er mit seinem merkwürdigen Begriffs-Dualismus solcherart Verschleierung kräftig Vorschub leistet. Das gilt nicht nur für Auschwitz, das als Zielpunkt einer linearen Entwicklung von Judenfeindschaft erscheint, sondern auch für die Apartheid. Die ganze Geschichte Südafrikas interpretiert er retrospektiv als Vorgeschichte der Apartheid. Damit schreibt er dieser Geschichte eine Unausweichlichkeit und Folgerichtigkeit der Entwicklung zu, die sie so nicht hatte (S. 255, aber auch an anderen Stellen). Geiss verwässert zudem mit dem inflationären Gebrauch des Begriffs Apartheid - den er sogar auf die indische Kastengesellschaft anwendet (S. 50) - die Besonderheit und Einzigartigkeit dessen, was sich seit den 40er und 50er Jahren in Südafrika herausbildete und was sich als gesellschaftlicher Totalentwurf qualitativ deutlich vom Siedlerrassismus der älteren Rassentrennung abhebt.
Geiss errichtet seine ganze Darstellung einer Weltgeschichte des Rassismus auf dem Dualismus dieser beiden „Kategorien" Rassenhaß und Rassendiskriminierung, wobei der erstere, als gegen die Juden gerichtet, kennzeichnend für die gesellschaftlichen Binnenbeziehungen sei und sich vor allem auf die „Alte Welt" (S. 110) - wozu Afrika anscheinend nicht gehört - beschränke, wohingegen die Diskriminierung der Schwarzen allgemein für Außenbeziehungen steht und eher in „Übersee" anzutreffen sei (S. 110, 151, 193 u.a.m.). Was anderes aber ist Apartheid, wenn nicht Resultat von sozialen Innenbeziehungen? Die Gegenüberstellung von Rassenhaß (Innenbeziehungen, „Alte Welt", gegen Juden) und Rassendiskriminierung (Außenbeziehungen, „Neue Welt", gegen Afrikaner und andere) rückt die Darstellung in gefährliche Nähe zu einer quasi-strukturalistischen Ästhetisierung des Phänomens Rassismus - brauchbare, rationale Kategorien zur Erfassung des Phänomens Rassismus liefert der Autor damit nicht. In dem ihm jede Diskriminierung anderen Menschen zum Rassismus oder Proto-Rassismus gerät, wird der Begriff selbst immer schwammiger: Rassismus wird allgegenwärtig, unausrottbar, eine anthropologische Grundkonstante, mithin ein Phänomen, mit dem man halt leben muß. So bleibt denn auch sein zum Schluß vorgebrachtes Rezept zur Überwindung des Rassismus nur eine wortreiche Leerformel: „Wir brauchen ein Ensemble von Faktoren, in dem die Vielfalt unterschiedlicher Interessen nicht mehr Spannungen erzeugt, die oft zu Konflikten eskalieren, sondern in dem sich Interessen konstruktiv überlappen oder gar decken" (S. 324).

Christoph Marx

Imanuel Geiss, Geschichte des Rassismus, Neue Historische Bibliothek, edition suhrkamp 1530, Frankfurt 1988.

Politischer Reisebericht Fernost

"Wenn die Amerikaner erst einmal besiegt sind, werden wir das Land zehnmal schöner aufbauen als zuvor." So schrieb es Ho Chi Minh 1969 in sein Testament. Daraus ist nichts geworden. Heute, über vierzehn Jahre nach Ende des Krieges, befindet sich das Land in einem desolaten Zustand. Nicht viel besser sieht es im benachbarten Kambodscha aus. In seinem Bericht aus Vietnam und Kambodscha zeichnet der ehemalige taz- und Zeit-Redakteur Michael Sontheimer ein authentisches Bild der Situation in beiden Ländern. Ende 1988 reiste er vier Wochen als Journalist durch Vietnam und Kambodscha. Er läßt in seinen Berichten viele Gesprächspartner zu Wort kommen. Wissenschaftler, Politiker, Journalisten, Militärs ebenso wie eine führende Mitarbeiterin der vietnamesischen Frauenunion oder einen Betriebsleiter.
In Vietnam ist Kritik an den Entwicklungen, wie ein Journalist bestätigt, wieder gefragt. "Doi Moi" ist das vietnamesische Schlagwort für den Umbau des Staatsapparates und für die Kritik an den ökonomischen (Fehl-)Entwicklungen seit 1975. Der politische Führungsanspruch der kommunistischen Partei wird allerdings nicht berührt.
Die Berichte über Kambodscha befassen sich weitgehend mit der Herrschaft Pol Pots und der heute verbreiteten Angst vor der Rückkehr der Roten Khmer. Sontheimer entscheidet nicht, ob es sich beim Einmarsch der Vietnamesen 1979 um einen Befreiungs- oder Aggressionsakt handelte. Er erläutert vielmehr die Gründe für beide Einschätzungen.
Das Buch bietet viele Informationen über die aktuelle Situation in diesen Ländern und schließt damit eine Lücke auf dem Buchmarkt. Regelmäßige Zeit-Leser werden einen Teil der Texte kennen, da sie dort bereits im Frühjahr 1989 veröffentlicht wurden.

uju

Michael Sontheimer „Im Schatten des Friedens", ein Bericht aus Vietnam und Kambodscha, Rotbuch Verlag, Berlin 1989, 206 S., 16,- DM

Südafrika -Realität und Alltag in den Townships

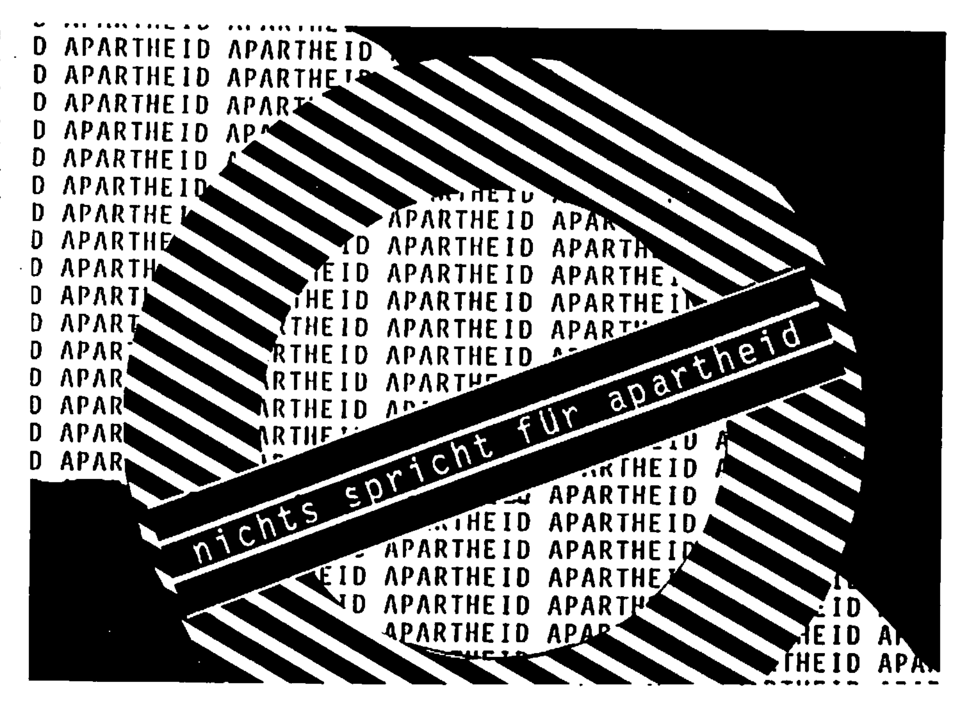
Der Film „The Mohale Str. Brothers" erzählt die Lebensgeschichte der Brüder Fezi und Diliza, die in Mzimhlope - dem South Western Township von Soweto - geboren wurden und aufwuchsen. Er verfolgt das Wirken und die Wege dieser beiden schwarzen Südafrikaner. Gemeinsam ist den Biographien der Brüder, daß ihr Leben, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, gewaltsam beendet wurde.
Fezi lebte im Stile eines kleinen Straßengangsters Chicago' scher Prägung der zwanziger Jahre, wodurch er sich regelmäßige Aufenthalte in den südafrikanischen Gefängnissen und Hochsicherheitstrakten einhandelte. Die Beute seiner Raubzüge teilte er mit Freunden und Gleichgesinnten. Er beklaute ganz gezielt Weiße, weil bei ihnen am meisten zu holen war. Durch Interviews mit seiner Mutter, seiner Schwester, dem noch lebenden Bruder und Schriftsteller Mtutu und seinen Freunden und Weggefährten wird die Person Fezi der Vergessenheit entrissen. Gestorben ist er durch die Kugeln eines ehemaligen schwarzen Polizisten, als er bei diesem Schulden eintreiben wollte.
Mit denselben undramatischen Bildern wird die Biographie seines Bruders Diliza nachgezeichnet, der als Sozialarbeiter einer kirchlichen Organisation im Township politisch aktiv war. Während der berühmt gewordenen Schüleraufstände von Soweto im Jahre 1984 - dem beginnenden Aufbegehren der jungen Schwarzen gegen die Lethargie ihrer Eltern und gegen das Regime des weißen Apartheidstaates - kümmerte er sich um die verhafteten Schüler und organisierte deren Verteidigung. Auch war er eine treibende Kraft bei der Mietboykott-Bewegung, in der gegen zu hohe Mieten und die Korruption der schwarzen Townshipeliten zu Felde gezogen wurde. Oft saß er für sein politisches Engagement in südafrikanischen Gefängnissen und deren Hochsicherheitstrakten; das erste Mal allein deshalb, weil die Sicherheitskräfte Literatur in seinem Besitz fanden, die auf dem Index stand. Er beteiligte sich an den schwarzen Basisorganisationen und wurde schnell zum Vermittler zwischen einzelnen politischen Strömungen. 1986, als die Konflikte zwischen der UDF und der AZAPO (die UDF sieht einen friedlichen Weg aus der Apartheid, während die AZAPO das weiße Regime der Apartheid radikal vernichten will) in gewaltsame Auseinandersetzungen umschlugen, war er einer der wenigen, der zwischen den verfeindeten Fronten vermittelte und als solcher auch ein hohes Ansehen genoß. Bereits zu jener Zeit fürchtete er um sein Leben und wechselte wie viele andere permanent seinen Aufenthaltsort. Wenige Monate nach dem Tode seines Bruders Fezi soll er bei einem Autounfall ums Leben gekommen sein. So lautet jedenfalls die offizielle Version. Der Unfall wurde nie aufgeklärt - was man von seiner Mutter erfuhr, die ihn im Leichenhaus identifizierte, war lediglich, daß sein Leichnam deutliche Folterspuren aufwies. Bei einer auffällig großen Zahl von Aktivisten der Antiapartheidsbewegung wurden die Umstände ihres Todes nie geklärt...
Der anfänglich unpolitisch wirkende Film von Michael Hammon und seinen Freunden verdichtet sich immer mehr; denn zwangsläufig kann ein Film über schwarze Südafrikaner nicht die politische Realität des weißen Apartheidsregimes ausklammern. Von Beginn an bewegt sich die Dokumentation auf zwei Ebenen. Sie blendet die Anfänge der südafrikanischen Wanderarbeit ein. Sie läßt schwarz-weiße Standbilder von den frühen Townships berichten und zeigt, daß es schon immer Gewalt innerhalb der schwarzen Gemeinde gegeben hat. Genau in diesem Moment liegt auch die Stärke des Films: Er drückt sich nicht um das Tabuthema schwarzer Gewalt und stellt die Frage, wie stark weiße Repression in die schwarzen Gemeinden hineinwirken kann. Gleichzeitig vermittelt der Film auch etwas von der Geschichte Südafrikas, seiner politischen Entwicklung und der Unterdrükkung der Mehrheit seiner Bevölkerung. Es wurden die alltäglichen Konsequenzen jener Unterdrückung thematisiert, die ihren Niederschlag auch in der Gewalt zwischen Schwarzen findet. Ohne anzuklagen stellt der Film am Beispiel der Lebensgeschichten von Fezi und Diliza dar, wie weitgehend die Schwarzen von Apartheid und von der schwarzen Unterpriviligiertheit und Rechtlosigkeit geprägt sind.
Und trotzdem verbreitet der Film keine düsteren Zukunftsvisionen, sondern dokumentiert schwarzes Lebensgefühl und den unverrückbaren Glauben der schwarzen Südafrikaner an eine bessere, freie und gleichberechtigte Zukunft.

Detlev Kanotscher

„The Mohale Str. Brothers"
Regie: Michael Hammon & Friends; Co-Regie und Ton: Angus Gibson und Patrick Molefe Shai; Musik: William Ramsay und Vusi Thusi. Südafrika 1989; 60 min.
Verleih: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg; Tel.: 0761/70 97 57; Verleih: 50,- DM

Neues vom gewerkschaftlichen Internationalismus

„Zu bestreiten, daß auch Arbeitnehmer in den Industrieländern durch den Neokolonialismus profitieren, wäre ein Witz", eröffnete Erwin Kristoffersen, Leiter der Abt. Internationales des DGB-Bundesvorstandes das *3. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der Dritten Welt vom 18.-19.11.1989 in Köln.*
Die zentrale Frage sei jedoch, „Wege und Hilfe zu finden, die Auswirkungen der Entwicklungen in der Dritten Welt zu lindern". Auf die zunehmenden kontroversen Diskussionen über eben diese bisher praktizierten Wege gewerkschaftlichen Internationalismus verweist auch schon der Titel der Konferenz: „Durch Vielfalt der Ansätze Engagement verstärken. Internationale Solidaritätsarbeit gewerkschaftlicher Dachverbände und Ortsbestimmung der Solidaritätsgruppen."



Vielfalt der Probleme

Die Vielfalt der Probleme, Fragestellungen und Aktionsfelder in den Beziehungen zur Dritten Welt spiegelten sich wider in der Fülle der angebotenen Arbeitsgruppen. Diese stellte die ca. 130 TeilnehmerInnen, die vorwiegend zu Nicaragua und Südafrika, aber auch zu den Philippinen, Brasilien oder Eritrea arbeiten, vor Entscheidungsprobleme. Denn zum einen ist die seit 1987 jährlich stattfindende Konferenz für die Gruppen die einzige bundesweite Koordinationsmöglichkeit und somit ein indirekter Zwang, an den länderspezifischen AG's teilzunehmen. Zum anderen reizten natürlich die themenbezogenen Arbeitsgruppen, wie z.B. zu Verschuldung, Multinationalen Konzernen (MNK) oder einem von der holländischen Nahrungs- und Genußmittel-Gewerkschaft vorgestellten Kakao-Projekt, das mit 4 oder 5 TeilnehmerInnen dann auch leider total unterbesetzt blieb. Davon konnte jedoch bei dem beeindrukkenden abendlichen Kulturprogramm der südafrikanischen Sängerin Tina Schouw und einer südafrikanischen Theatergruppe keine Rede sein.
Durch die Fülle des Gesamtprogramms stand das ganze Treffen unter einem ziemlichen Zeitdruck, so daß z.B. für die Plenums-Berichte aus den AG's nur noch wenig Zeit blieb und die Diskussion darüber ganz ausfiel. Angesichts dessen verwunderte es allerdings, daß sich die TeilnehmerInnen trotzdem für ein vorzeitiges Ende der Konferenz nach dem Mittagessen am Sonntag aussprachen. Dies war wohl Ausdruck des allgemeinen Frusts über die thematische Schwerpunktdiskussion der Konferenz vom Vortag zur „Arbeit der Internationalen Bünde", die von der letztjährigen Konferenz (s. Iz3w Nr. 155, S. 52) gefordert worden war. Auf dem Podium vertreten waren der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der Internationale Bergarbeiterverband (MIF), der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) und die Internationale Föderation von Chemie-, Energie und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF). „Wer mit wem?" Eine zentrale Frage. Im Mittelpunkt des Interesses der teilnehmenden Gruppen stand die Frage, „wer mit wem" internationale Kontakte aufnehmen und pflegen könne. Durch den ideologischen „Unvereinbarkeitsbeschluß" offizieller Kontakte gegenüber Gewerkschaften, die nicht Mitglied des IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften) sind, wurde der 'Kalte Krieg' in den 60er Jahren auch auf die Beziehungen zu den entstehenden Gewerkschaften in der Dritten Welt übertragen. Die in Köln anwesenden Gruppen kritisierten, daß die bis heute nach diesem Ost-West-Weltbild praktizierte Ausgrenzungspolitik und geforderte Verbandsdisziplin ihre Solidaritätsarbeit stark behinderte. Außerdem würden dadurch auch sog. gelbe Gewerkschaften unterstützt. Ein Beispiel ist der philippinische Dachverband TUCP (Trade Union Congress of Philippines), der unter starkem Einfluß von Marcos gegründet wurde, trotzdem aber Mitglied des IBFG ist. Da durch die vom IBFG verlangte „Repräsentativität" in der Regel pro Land nur 1 Gewerkschaftsbund Mitglied ist - außer das entsprechende nationale Mitglied stimmt der Aufnahme eines weiteren Bundes zu - ist die offizielle Solidarität mit oppositionellen Gewerkschaften von vorneherein unmöglich. Am Beispiel der Philippinen trifft dies die KMU (Kilisang Mayo Uno), die seit Jahren nur über informelle Kontakte von der Philippinen Solidaritätsgruppe im DGB (Mannheim) unterstützt werden kann.
Sven Erik Sterner, Leiter der Abtl. Entw. Zusammenarbeit beim IBFG und einer der Podiumsteilnehmer, räumte ein, daß nicht alle IBFG-Mitglieder 100% demokratisch seien. Es liege jedoch an den IBFG-Mitgliedsbünden - und einer der stärksten sei der DGB - die vorhandenen Instrumente der Aussetzung oder Ausschließung von Mitgliederrechten zu beschließen. Er wies außerdem darauf hin, daß sich zunehmend durchsetze, auch mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, die aus nationalen Gründen bisher nicht Mitglied im IBFG werden wollten, wie z.B. die CUT-Brasilien.
Insgesamt hinterließ die Diskussion den Einduck, daß hier die 'falschen' Gesprächspartner gegenübersaßen, da es - außer der ideologischen Disziplinierungsfunktion der bisherigen internationalen Organisationsstrukturen - in der konkreten Arbeit so gut wie keine Berührungspunkte zwischen Soligruppen und Internationalen Bünden gibt. Außer einigen wenigen Ansätzen der selbstkritischen Betrachtung der eigenen Arbeit bewegte sich die Diskussion zwischen Podium und Plenum dann auch mehr oder weniger im Rahmen hilfloser Status-Quo-Beschreibungen der Funktionäre und der Bestätigung der eigenen Standorte und (Vor-)Urteile seitens der Soli-Gruppen. Deren ungeduldig-aufgeladene Stimmung gegenüber den Vertretern des Gewerkschaftsapparats scheint verständlich - wenn auch wenig produktiv - solange die Dritte Welt in den DGB-Einzelgewerkschaften und auf DGB-Kreisebene immer noch als 'exotisch' und die Gruppen oft

auch einfach als politisch-ideologisch lästig empfunden werden. Hier liegen die eigentlichen Gesprächsdefizite! Ziel eines solchen - dringend notwendigen Diskussionsprozesses muß die Überwindung der ideologischen Einbahnstraßen und die Vernetzung der Aktivitäten; mit den betrieblichen Berührungspunkten und Initiativen zur Dritten Welt sein. Als eine Voraussetzung dafür soll auf dem diesjährigen 4. Treffen der Soli-Gruppen (17.-18.11.90 in Köln) an Beispielen von Dritte Welt-Gewerkschaften, deren unterschiedliche Strukturen und politische Situation thematisiert und Möglichkeiten konkreter Kooperation, z.B. im Rahmen von MNK's, ausgelotet werden.
Die häufigen Verweise der Vertreter der internationalen Bünde auf die gültigen Beschlußlagen als Grundlagen der bisherigen internationalen Gewerkschaftsarbeit verdeutlichen aber auch die Notwendigkeit, hier neue Mehrheiten und neue demokratisch legitimierte Rahmenbedingungen für die internationale Arbeit zu schaffen.

IG-Metall Gewerkschaftstag

Eine solche konkrete Neuerung zur internationalen Arbeit brachte der *IG Metall Gewerkschaftstag (22.-28.10. Berlin/21.-22.11. Frankfurt)*, bei dem ebenfalls die Frage „wer mit wem" internationale Politik machen darf, kontrovers diskutiert wurde. Nach der Entschließung Nr. 3 zur „Europapolitik - Binnenmarkt 92" ist die IGM in Zukunft nach Abstimmung mit EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) und EMB (Europäischer Metallarbeiterbund) auch „zu Kontakten und zur Zusammenarbeit mit von Belegschaften gewählten Vertretern aus nicht diesen Bünden angehörenden Gewerkschaften im Rahmen übernationaler Zusammenarbeit von Arbeitnehmervertretungen bereit". Da die Entschließung auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit insbesondere mit den Entwicklungsländern betont, ist davon auszugehen, daß diese 'Öffnung' auch für Dritte Welt-Gewerkschaften anderer Weltgewerkschaftsbünde zutrifft.
Diese grundsätzliche Öffnung bietet auch die Voraussetzung für die Realisierung der Forderung der Verwaltungsstelle Ulm (Antrag 204) nach „direktem Kontakt von Verwaltungsstellen und betrieblichen Funktionären mit Interessenvertretungen in ausländischen Standorten". Solche Kontakte sind bisher nur über die Abtl. Internationales des IGM-Hauptvorstandes möglich. Dieser Antrag (204) ging zwar 'nur' als Material an den Vorstand (d.h., dieser muß auf dem nächsten Gewerkschaftstag eine Position dazu vorlegen, auf die man gespannt sein kann!), eine Dezentralisierung der internationalen Arbeit beinhaltet aber auch die Entschließung Nr. 21 „Internationale Gewerkschaftsarbeit/Multinationale Konzerne".

Knapp abgelehnt wurde der Teil des Antrages 204, der „eine eigenständige internationale Gewerkschaftspolitik . . .seitens des DGB und der IG Metall anstrebt, wie sie von anderen west-europäischen Gewerkschaften seit Jahren praktiziert wird." Gefordert wurde die Gründung einer eigenen Stiftung, damit die internationale Arbeit nicht mehr parteinahen Stiftungen überlassen bleibt, wie z.B. die bisherige weitgehende Übertragung der konkreten Gewerkschaftsunterstützung in der Dritten Welt wie auch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik an die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese „Auslagerungspolitik" war auch auf der Tagung in Köln heftig kritisiert worden. Nicht zuletzt, da es weltweit wiederum eine Arbeitsteilung zwischen der FES und der Konrad Adenauer Stiftung gibt.

Südafrika-Arbeit

Als einer der Aktivposten innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften gilt die Südafrikaarbeit. Problematisiert wurde auf dem Kölner Treffen allerdings ein eventueller Widerspruch zwischen dem von der IG Metall beschlossenen 14-Punkte-Katalog von Mindeststandards für das Verhalten deutscher Unternehmen in Südafrika und der von den südafrikanischen Gewerkschaften geforderten Politik, nach der ausländische Firmen ihre Investitionen aus Südafrika zurückziehen sollen (sog. DeInvestmentpolitik). Da inzwischen aber immer mehr südafrikanische Gewerkschaften eine Mitbestimmung bei den Maßnahmen ausländischer Firmen gegenüber dem Apartheidregime verlangen, scheint ein Nebeneinander von Mindeststandards und Deinvestitionsstrategien nicht von vorneherein widersprüchlich zu sein.
Die Fortsetzung und Intensivierung der Kampagne für verschärfte Sanktionen gegen Südafrika hat auch der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand im November beschlossen. In der Begründung heißt es: „Der DGB ist gemeinsam mit dem südafrikanischen Gewerkschaftsverband COSATU der Auffassung, daß durch Präsident de Klerk die Apartheid nicht abgeschafft wird", und „daß nur durch Druck und verschärfte Sanktionen die südafrikanische Regierung zum Einlenken bewegt werden kann." Die an der Umschuldung für Südafrika beteiligten Banken hätten eine ausgezeichnete Gelegenheit vertan, um grundsätzliche Reformen durchzusetzen. Neben der Aufforderung an die Bundesregierung und alle demokratischen Kräfte, sich verstärkt für verbindliche Sanktionen einzusetzen, wird jeder Einzelne aufgefordert, zu „überprüfen, ob nicht auch seine Bank mit seinem Sparkonto Geschäfte mit dem Apartheidsstaat macht und damit die Rassentrennung finanziert". **Ulla Mikota**

Literatur und Theater im südafrikanischen Widerstand

Sogenannte „Halsband"-Bestrafungen in Südafrikas Townships sorgten letztes Jahr für Aufsehen: schwarzen Polizeispitzeln wurden Autoreifen um den Hals gehängt und angezündet. Straßenkomitees verurteilten sie zu diesem qualvollen Sterben. Mittlerweile ist die Bestrafung nicht mehr so barbarisch. Die Schuldigen werden mit dem Reifen um den Hals durch die Siedlung getrieben und müssen öffentlich ihre Schuld eingestehen. So groß ist der Haß auf die schwarzen Polizisten, gelten sie noch schlimmer als ihre weißen Kollegen. Die Verlängerung der Unterdrückung durch Schwarze - dies ist auch eines der derzeitigen Themen im schwarzen Theater Südafrikas. Allerdings wird eine andere Perspektive eingenommen: wie einer dazu kommt und wie er sich dabei fühlt.
›Bopha› - „Verhaftet!" singen die drei Schauspieler am Schluß des gleichnamigen Theaterstücks, das im Rahmen einer Tagung in Iserlohn zu „Literatur und Theater im südafrikanischen Widerstand" (1.-3.12.89) auf die Bühne gebracht wurde.
Endlich löst sich das gespannte Interesse des Tagungspublikums zu begeistertem Beifall. Bis dahin war es gefangen von der Story, dem rasanten Spiel und den eingängigen Zwischengesängen.
In ›Bopha‹ wird der Werdegang eines jungen schwarzen Schulabsolventen gezeigt, der, erst einmal in den Polizeidienst eingetreten, den Anpassungs- und Entfremdungsmechanismen im derzeitigen Südafrika hoffnungslos erliegt. Als Schüler noch denkt und agiert er gegen das Apartheidssytem. Während der Arbeitssuche verweigert ihm deshalb der örtliche Polizist jegliche Arbeitserlaubnis. Einziger Vorschlag: Arbeite doch bei uns mit, dann bekommst du den Stempel in den Paß. Der namenlose Jugendliche weigert sich. Das gibt Krach zuhause. Denn schließlich macht sein Onkel den Job auch, und wird gut bezahlt. Will er endlich selbst Geld verdienen, bleibt ihm kein anderer Ausweg, er zieht die Uniform an. Den Drill im Trainingscamp nimmt er nicht widerspruchslos hin, wofür er - na klar - arrestiert wird. Im Alltag dann, so ist zu lernen, dürfen besoffene Weiße, die tätlich werden, nicht angegangen werden.
Brutal und ausweglos ist die ideologische Anpassung, und deshalb funktioniert sie: Am Ende beteiligt sich der Neue an den Polizeieinsätzen gegen die Gesinnungsgenossen von einst. Nun verhaftet er andere, die so sind wie er - war. War? Selber gefangen. Bopha!
Die ›Earth Players‹, drei Schauspieler und ein Managerregisseur, haben das Stück nach eigenen Erfahrungen geschrieben: Einer von ihnen war selbst Polizeianwärter. Über jede Szene wird diskutiert, alle Vorschläge durchgespielt. ›Bopha‹ steht typisch für den bekanntesten, den städti-

schen Strang im südafrikanischen Gegenwartstheater: Traditionelle und kämpferisch-politische Lieder werden einbezogen, auch Musicalelemente. Parodistisches, Gesten und afrikanische Gegenwartskultur - in ›Hungry Earth‹ von Maishe Maponya z.B. sind dies die sonntäglichen Gumboot-(Gummistiefel)-Tänze der Minenarbeiter für Touristen. In jedem Stück ist die Phantasie des Publikums fest eingeplant. Und so versteht es alles Wesentliche, egal ob die Schauspieler gerade Englisch, afrikanische Sprachen oder Afrikaans durcheinanderreden. Auch in Iserlohn war kein Übersetzen nötig. Gespielt wird das Ganze mit so wenig Utensilien wie möglich. Alles zusammen ergibt ein Dreiviertelstundenereignis mit Nachhall, irgendwo zwischen Brechtschem Lehrtheater und spritzigstem Kabarett, dabei absolut nicht wortlastig.

Daß viele Stücke der 80er Jahre Lehrstükke sind, hat natürlich politische Gründe: Wenn die Medien zensiert werden, versucht das Theater zu zeigen, was passiert - Theater wird 'lebendige Zeitung'. So z.B. in dem Stück ›Woza Albert‹ „Steh auf, Albert!" von Percy Mtwa u.a., in dem die Bahumutsi Drama Group aus Soweto die Horrorerlebnisse des heutzutage fiktiv nach Südafrika zurückkehrenden Friedensnobelpreisträgers spielte. Oder in ›township boys‹, das die Folgen der schikanösen Paß- und Meldegesetze drastisch sichtbar macht. Oder in ›Dirty work‹ von Maisha Maponya, wenn der afrikaanser Sicherheitschef der RSA in einem Monolog sein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis samt den persönlichen Folgen.

Allesamt anfangs keine Profis, sind die ›Earthplayers‹ in Workshops am Market Theatre in Johannisburg gegangen, haben dort trainiert. Jetzt sind sie eine der Truppen dort und verdienen so ihren Lebensunterhalt, oft durch Tourneen.

Zuhause wird für ein liberales Publikum aller Rassen gespielt. Das Market Theatre Johannisburg ist das erste multirassische Theater in Südafrika: bei seiner Gründung 1976 in einem ehemaligen indischen Gemüsemarkt wurde die obligatorische Genehmigung einfach nicht eingeholt, so konnte der Versuch auch nicht verboten werden. Auch für die existierenden Theaterformen wurde das Market Theatre zu einem Schmelztiegel: auf den ursprünglich vorhandenen drei Bühnen liefen europäische Tradition, us-amerikanische Off-Off-Szene und Stücke aus dem ländlichen afrikanischen Milieu. Daß mittlerweile Gruppen des Markets Theatre wie die ›Earthplayers‹ erfolgreich in Europa auf Tournee gehen (so bei den Ruhrfestspielen, in London, Freiburg, Hamburg ..., und den beiden Dezembertagungen '89 zur Kultur Südafrikas in Iserlohn und Bad Boll), liegt eben daran, daß es als Zielpublikum auch Weiße anvisiert.

In Soweto und den anderen Townships hingegen findet anderes statt. Hier gehen die Market-Theatre Gruppen nicht hin. Die Bühnen, meist nicht einmal vorhanden, gehören anderen: Gedichtlesungen mit Musik, Rezitationen von Fertigem und Halbfertigem, improvisierte Reden, manchmal ein umherreisendes Ein-Mann-Kabarett - das ist die Literatur und das Theater der township-Versammlungen. Das Publikum wird erreicht mittels schneller Produktionen, die auch direkt wirken. Ein langes literarisches Nachleben werden sie nicht haben. Umso größer jedoch ist ihr tagespolitischer Wert. Auf der Tagung war darüber nicht mehr in Erfahrung zu bringen.

Und auf dem Land, in den Homelands? Hier geht kulturelle Bewußtseinsarbeit nur mühsam vonstatten. Die entpolitisierende Konsumkultur der kommerziellen Radios, populärer Zeitschriften wie „true love" und des staatlichen Rundfunks einerseits, andererseits die von Regierungsmitgliedern geförderten amerikanischen Missionssekten mit manchmal bis zu 30.000 Teilnehmern pro Abend ziehen immer mehr Menschen in ihren Bann. Dagegen hält vielleicht nur noch die lebendige traditionelle Kultur.

Das Theater kann auf afrikanische Traditionen zurückgreifen. Romane dagegen sind eine importierte Kunstform. Deshalb werden sie umgearbeitet, zur Autobiographie, zu Vortragbarem. So von den SchriftstellerInnen, die den Kampf gegen die Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit in das Zentrum ihres Schreibens stellen: z.B. der Afrikaaner Breyten Breytenbach mit seinen Überlegungen aus sieben Jahren Isolationshaft ›Wahre Bekenntnisse eines Albino-Terroristen‹ oder die Schwarze Miriam Tlali in der Verarbeitung ihrer Erfahrungen als Sekretärin in einem Möbel- und Elektrogeschäft Johannisburgs in ›Geteilte Welt‹. Darüberhinaus hat sie mit ›Amandla‹, der den politischen Ereignissen von Juni 1976 bis Juni 1977 nachspürt, den vielleicht gelungensten der Soweto-Romane geschrieben.

Solche Literatur trifft in Südafrika zumindest zeitweise der Bannstrahl der Zensur. Weitere Verbreitungshindernisse: die Bücher sind auf Englisch geschrieben, gemessen am Einkommen der Leser teuer, und nicht alle Adressaten können lesen. Daß oft eine einfache Sprache benutzt wird, ist einleuchtend. Ferne deutsche Leser mag dies enttäuschen. In Anbetracht der politischen Funktion solcher Literatur ist das folgerichtig. nst

Eine genaue Aufstellung aller verfügbaren deutschen Übersetzungen aus afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Literatur liefert das „Quellen" heißende Handbuch (3/1988) der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Postafch 100116, 6 Frankfurt 1, Schutzgebühr 3 DM.

Ein Medien (Verkaufsverzeichnis für Postbezug bietet an: AKAFRIK, Lingener Str. 9, 44 Münster

Hinrichtungen in Libyen?

Die oppositionelle „Generalunion Libyscher Studenten" (GULS) verbreitete vor kurzem die Nachricht, acht Studenten der Universität Tripolis seien hingerichtet worden. Sie hätten zu den ca. 6000 Personen gehört, welche von Januar bis März 1989 aus politischen Gründen verhaftet worden seien. Die libysche Regierung habe ihnen vorgeworfen, an AIDS erkrankt zu sein.
Diese Meldung hängt mit einer Rede Gaddafis vom September 1989 zusammen, in der er die Opposition als „Krebsgeschwür, Pest und AIDS" bezeichnet hatte.
Ob jedoch tatsächlich Hinrichtungen stattgefunden haben, ist anderen Quellen zufolge unklar.
amnesty international hebt beispielsweise in ihrem Jahresbericht 1989 hervor, daß Gaddafi sich ausdrücklich für die Abschaffung der Todestrafe und für die Einhaltung der Menschenrechte in Libyen eingesetzt und eine Amnestie für politische Gefangene durchgeführt habe. Außerdem spricht amnesty von 40-60 politischen Verhafteten im letzten Jahr, nicht von 6000.
Studenten, die sich in der fraglichen Zeit in Tripolis aufgehalten haben, berichteten, daß in den libyschen Medien keine Rede von Hinrichtungen gewesen sei. Bisher seien Todesurteile wegen der „abschrekkenden" Wirkung jedoch immer öffentlich vollzogen worden.

Ulrike Steckkönig

Ausgegrenzt im Ghetto Ausländische Arbeitnehmer in der DDR

Durch die Umwälzungen in der DDR werden nun auch Fakten im Bereich der Ausländerpolitik in der DDR bekannt. Meldungen über Ausländerfeindlichkeit in der DDR häufen sich.
In der DDR kann man von "ImmigrantInnen" wohl kaum sprechen. Flüchtlinge gibt es praktisch nicht, und Arbeitsmigranten kommen kaum vor. Die in der DDR lebenden Ausländer wurden im Zuge von Arbeitsmaßnahmen von kommunistisch regierten Staaten vor allem in der sog. Dritten Welt in die DDR entsandt; ihre Aufenthaltsdauer war von vornherein begrenzt.
In der DDR leben derzeit etwa 85.000 Ausländer, die in mehr als 800 Betrieben beschäftigt sind. Den Hauptteil stellen die etwa 53.000 Vietnamesen, 14.000 kommen aus Mocambique, 10.000 aus Kuba, 6.500 aus Polen, 1000 aus Angola und 900 aus der Volksrepublik China. Die Aufenthaltsdauer war für diese Arbeiter bislang von vornherein auf fünf Jahre festgelegt; Angehörige durften nicht in die DDR nachkommen. Seit 1966, dem Beginn der Beschäftigung von Ausländern, waren insgesamt 200.000 ausländische Arbeitnehmer in der DDR beschäftigt.
Mittlerweile wurden von oppositionellen Gruppen skandalöse gesetzliche und vertragliche Bedingungen der Beschäftigung von Ausländern in der DDR aufgedeckt. Im Januar 1989 wurde von den Regierungen in Berlin und Hanoi z.B. eine besondere Regelung "über die Verfahrensweise bei Schwangerschaft" getroffen. Darin heißt es, Schwangerschaft und Mutterschaft veränderten die persönliche Situation der betreffenden werktätigen Frau so grundlegend, daß die damit verbundenen Anforderungen der zeitweiligen Beschäftigung nicht realisierbar seien. Vietnamesische Frauen, "die die Möglichkeiten der Schwangerschaftsunterbrechung nicht wahrnehmen, treten nach ärztlich bescheinigter Reisetauglichkeit zum festgelegten Termin die vorzeitige Heimreise an", heißt es in dem Regierungsvertrag.
Die ausländischen ArbeitnehmerInnen sind in Baracken und Wohnsilos untergebracht. Ein Kontakt mit der Außenwelt ist nicht vorgesehen: Staatsbeamte überwachen die Ausländer rund um die Uhr, Gäste werden beim Eintritt in die Barackensiedlungen oder Wohnsilos mit Namen und Adresse registriert. In den Betrieben sind die ausländischen ArbeitnehmerInnen ähnlich isoliert: Ausländerfeindliche Sprüche oder einfaches Ignorieren degradieren die Ausländer zu einer Art Arbeitssklaven.
Probleme gibt es seit Jahren. 1989 wurden aus etlichen Landesteilen Übergriffe auf Ausländer gemeldet; vornehmlich waren Schwarze betroffen. So wurde z.B. vom Kreisgericht Riesa ein Mann verurteilt, der einen Arbeitnehmer aus Mozambique aus einem Zug geworfen hatte.
Die gesellschaftliche Isolation erschwert den ausländischen Arbeitnehmern das Leben in der Fremde. In Eisenach wurde das Problem des Ausländerghettos (in erster Linie Arbeitnehmer aus Mozambique) vor knapp zwei Jahren erstmalig registriert, nachdem ein schwarzer Arbeitnehmer eine Frau vergewaltigt hatte. Danach gab es über etliche Monate Übergriffe auf die Barackensiedlung der Ausländer, unbestätigten Berichten zufolge wurde dort Feuer gelegt, Ausländer wurden mehrfach verprügelt. Der Frauenkreis der evangelischen Kirche in Eisenach wollte in der Vorweihnachtszeit Begegnungen mit Arbeitnehmern aus Mozambique organisieren; der Rat der Stadt stellte jedoch keine Räume zur Verfügung mit der Begründung, derartige Kontakte seien nicht erwüscht.
Zudem klagen die Ausländer darüber, daß sie als ausgebildete Facharbeiter in der DDR für Drecksarbeiten eingesetzt werden;kaum einer wird ihren Angaben zufolge seiner Ausbildung entsprechend beschäftigt. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Ausländer in der DDR nur als billige Arbeitskräfte aus den Entwicklungsländern geholt wurden.
Seit der Grenzöffnung haben etliche ausländische Arbeitnehmer, vor allem aus Vietnam, in der Bundesrepublik Asyl beantragt. Die Fremdenfeindlichkeit wird seit November 1989 zunehmend offen zur Schau gestellt und richtet sich neben den ausländischen Arbeitnehmern auch zusätzlich gegen Polen. "Einheit der beiden deutschen Staaten"- was Ausländerpolitik, was Ausländerfeindlichkeit angeht, scheint sie bereits zu bestehen ...

(Quellen: Berichte des Demokratischen Aufbruch Thüringen, des Neuen Forum Leipzig; eigene Interviews 1988/89 in Leipzig, Erfurt und Eisenach; FAZ)

Berthold Seliger

„Du wirst nirgends Gerechtigkeit finden"

Ein düsteres Bild malt die neueste Veröffentlichung von amnesty international (ai) über Menschenrechtsverletzungen in Peru. 1988 und 1989 hat sich nicht nur die wirtschaftliche und politische Krise in Peru zugespitzt, sondern auch die Zahl der Menschenrechtsverletzungen in Form von Folterungen, Verschwindenlassen und Morden durch Regierungskräfte ist drastisch angestiegen. 15.000 Tote verzeichnen die offiziellen Statistiken im Konflikt zwischen Regierung und Guerilla seit Beginn der 80er Jahre.

Nicht mehr nur aus den Gebieten unter Ausnahmezustand werden vermehrt Übergriffe gemeldet, sondern aus allen Landesteilen. Zu den zivilen Opfern zählen nicht nur Bauern und ganze Dorfgemeinschaften, die ungewollt zwischen die Fronten der Militärs und den Guerillas geraten sind, sondern auch immer mehr Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter, ausländische Entwicklungshelfer und Vertreter verschiedener sozialer Bewegungen.

In der ai-Broschüre werden zahlreiche Beispiele des Kreislaufs der Gewalt dokumentiert und anschaulich vom eingeschränkten und oft vergeblichen Bemühen der Staatsanwälte und parlamentarischen Kommissionen berichtet, die Verbrechen der Armee, Polizei und Todesschwadrone aufzuklären und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Die von ai im November 1989 eingeleitete Kampagne zugunsten der Menschenrechte in Peru soll vor allem eine weltweite Öffentlichkeit schaffen, unter deren Druck die jetzige und zukünftige Regierung in Peru stärker gefordert wäre, sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen.

„Peru. Menschenrechte im Ausnahmezustand."
Zu beziehen bei: ai-Peru-Koordinationsgruppe, c/o Ulrike Habert, Jakob-Heller-Str. 17, 6000 Frankfurt 1, 069/560 21 29

Sieger und Verlierer

Mitte November fanden in Peru die Kommunalwahlen statt, die, vier Monate vor den Präsidentschaftswahlen gelegen, ein besonderes Gewicht erhalten.

Die Regierungspartei APRA fiel auf den dritten Platz zurück, stärkste Partei wurde das rechte Parteienbündnis FREDEMO und auf einen guten zweiten Platz kam die Vereinigte Linke IU (Izquierda Unida).

Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der letzten Jahre und dem lauten Unmut gegen den Präsidenten Alan Garcia und seine Partei war der Stimmenverlust der Apristen erwartet worden.

Die FREDEMO ist mit ihrem Sieg aber nicht zufrieden. Sie hat die angepeilte absolute Mehrheit weit verfehlt und muß sich deshalb in den Monaten bis zu den Präsidentschaftswahlen im April 1990 noch kräftig ins Zeug legen, will sie ihren Kandidaten Mario Vargas Llosa im ersten Wahlgang auf den Präsidentenstuhl hieven. Obwohl Vagas Llosa wie kein anderer im Rampenlicht der Medien steht und über Dollars für seinen Wahlkampf verfügt wie keiner seiner Gegner, hat sein neo-liberales Programm die Massen bisher nicht überzeugt.

Die Vereinigte Linke zahlte bei den Novemberwahlen für ihre Spaltung im letzten Jahr. Wähler und Wählerinnen haben noch kein Vertrauen zu den neuen Bündnissen fassen können. Die Stimmen des radikalen Blocks IU und des reformistischen Bündnisses ASI (Acuerdo Socialista de Izquierda) zusammengerechnet ergeben nicht das Drittel der Wählerstimmen, das sie in den letzten zehn Jahren immer erlangt haben. Die Präsidentschaftskandidaten Henry Pease von der IU und Alfonso Barrantes von ASi haben noch einen harten Wahlkampf vor sich.

Eindeutig ist der überraschende Sieg von Ricardo Belmont, dem unabhängigen Bürgermeisterkandidaten in Lima. Belmont, ein Mann ohne politische Vergangenheit, verdankt seinen Erfolg keinem politischen Programm, sondern seiner Popularität als Moderator und Direktor zahlreicher Radio- und Fernsehprogramme. Obwohl er ankündigte, mit seiner rechtspopulistischen Partei OBRAS im April für Vargas Llosa zu werben, hat er, wie die Analyse der Wahlstatistik zeigt, vor allem bei linken Wählergruppen Stimmen eingestrichen.

Eindeutig ist auch die Absage an Sendero Luminoso, dessen Aufruf zum Wahlboykott und sein brutales Vorgehen im Vorfeld, die Wahlbeteiligung im Vergleich zu früheren Wahlen nicht gemindert hat (abgesehen von einigen Departamentos in Kriegsgebieten). Über 70 linke und rechte Bürgermeisterkandidaten hat Sendero Luminoso in den Wochen vor den Wahlen umgebracht und hunderte von Kandidaten zum Rücktritt gezwungen. Die politische Isolation der Guerilla kam bereits einige Tage vor den Kommunalwahlen zum Ausdruck. Hunderttausende folgten in Lima dem Aufruf zu einer Friedensdemonstration, die erstmals von einem breiten Bündnis von Parteien, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchengruppen mitgetragen wurde. Die Demonstration fand an dem Tag statt, den Sendero Luminoso für einen bewaffneten Generalstreik bestimmt hatte.

Was die Wahlen im April 1990 angeht, so steht noch alles offen. Gewinnt Llosa im ersten Anlauf nicht die absolute Mehrheit und können sich Linke und APRA im zweiten Wahlgang auf einen Kandidaten einigen, so kann es noch zu einem interessanten Kopf-an-Kopf-Rennen kommen. Man darf - bei aller Sorge - gespannt sein. **ch**



„Kommen Sie nicht nach Goa!"

„Unsere begrenzten Ressourcen können nicht geopfert werden, um Ihre Sucht nach Luxus zu erfüllen. Unsere Leute haben z.B. nicht ausreichend Trinkwasser, da dieses Wasser von den Hotels genutzt wird, damit Sie darin schwimmen können. Alles hat seine Grenzen. Einschließlich unserer Geduld..."
Mit diesem Ausruf wendet sich die goanische Bevölkerung wieder an die deutschen Chartertouristen, die mit Beginn der Reisesaison aufs neue nach Goa einströmen. Vor zwei Jahren, als Flugblätter und faule Tomaten die ersten Condor-Touristen am Flughafen empfingen, war die Reisebranche schnell dabei, dies als unbedeutendes Zwischenspiel abzutun und zu versichern, daß die Reisenden auch weiterhin ihr Paradies vorfinden werden. Vom Aufstand der Einheimischen könne nicht die Rede sein.
Doch die Bürgerinitiative „Die wachsamen Goaner" (Jagrut Goenkaranchi Fouz, JGF), die Initiatoren der ersten Aktionen, blieben aktiv und deckten seither zahlreiche Mißstände und Skandale in der goanischen Tourismusbranche auf. Sie führten Aktionen gegen den Ausbau der Luxushotels und gegen die Erweiterung des Chartertourismus durch. Sie machen immer wieder mit Demonstrationen, Friedensmärschen, Petitionen, Hungerstreiks, Bürgerversammlungen, Boykott-Aufrufen, Anzeigen und Prozessen gegen Hotelketten, die gesetzliche Auflagen beim Bau nicht einhalten, von sich reden.
Anfang November letzten Jahres klagten sie mit leeren Eimern in den Händen die ankommenden Chartertouristen an, das kostbare Trinkwasser zu verschwenden. „Auch viele multinationale 5-Sterne-Hotels mit nationalen Verbindungen wie „Tay" und „Majorda Beach Resort" und kleinere Hotels wie das „Renil", „Goan Heritage", „Colonia Santa Maria" etc. verletzen das „Environment Protection Act von 1986" entweder durch den Bau innerhalb der legal geschützten Küstenzone oder durch illegales Abladen ihres Abfalls in oder in der Nähe von bewohnten Gebieten." So informieren sie die Touristen in einem Flugblatt, das folgendermaßen überschrieben ist: „So, Du bist also wiedergekommen, CONDOR, Du großer hungriger Geier und bösartiger Raubvogel! Kümmert es Dich nicht, daß es für eine Macht, wie Du es bist, ungerecht und unsportlich ist, auf unser kleines Goa herabzustoßen? Siehst Du nicht den Schaden, die Zerstörung und den „Tod", den Du jedesmal verursachst, wenn Du nach Goa kommst, um deine Sucht nach Freizeit, Vergnügen und Luxus zu befriedigen?"
Nachdem die indische Regierung den Tourismus zur Industrie erklärt hat und dafür günstige Abschreibungen und Subventionen gewährt, werden die Strände Goas mit ausländischen Investitionen zugebaut. Obwohl in Indien die Strände auf einer Breite von 500 Metern öffentlich sind und sie in Goa schon per Erlaß auf 200 Meter verringert wurden, rücken die Investoren mit ihren illegalen Bauten, bis zu 90 Meter an die Hochwasserlinie heran. Das von „Ramada", der drittgrößten Hotelkette der Welt, in Kürze fertiggestellte Hotel ist in Goa als „Monument der Illegalitäten" bekannt. Die JGF deckten zahlreiche Gesetzesverstöße auf. „Ramada" errichtete illegal z.B. mehrere Grundwasserbrunnen und ein Gebäude in der 200 Meter Schutzzone. Die erlaubte Bauhöhe wurde mit 27 Metern weit überschritten. Die vorgeschriebene Baugenehmigung durch die Umweltbehörde wurde nicht eingeholt. Die Schutzvegetation der Dünen wurde abgetragen.
Aber auch „Holiday Inn", „Hilton", „Club Mediteranee", „Mövenpick, „Kempinski" (Subunternehmen der Lufthansa) und der „Robinson Club" mischen beim Ausverkauf der goanischen Strände kräftig mit. Die „Touristik Union International" (TUI) leugnet zwar noch ihre Bauvorhaben für den „Robinson Club". Doch in Goa liegen bereits Baupläne vor. Die „Steigenberger Consulting", Tochter der „Steigenberger Hotel", erarbeitet im Auftrag der indischen Regierung Tourismusmasterpläne für Goa. Dabei hebt sie die wichtige Rolle der Charterflüge für zukünftig hohe Besucherzahlen hervor.
Skandalös ist auch das Vorgehen von „Kempinski". Für das nun fast fertig gebaute „Leela-Kempinski", zu dem ein Golfplatz gehören wird, wurden arme Farmer und Palmweinzapfer vertrieben. „Kempinski" hat von Privatbesitzern 137.000 qm bestes Land weit unter dem Marktwert trickreich aufgekauft (für 75 Rs/qm statt für 300 Rs/qm). Über 4000 junge Kokosnußbäume und über 500 voll ausgewachsene Kokosnußbäume wurden gefällt, die bis dahin von den Palmweinzapfern genutzt worden sind. Sanddünen wurden mit Bulldozern eingeebnet, und für den Bau pumpt „Kempinski" Grundwasser innerhalb der 500 Meter Flutlinienbegrenzung. Die JGF greifen nicht nur die Chartertouristen an, sondern auch die Individualreisenden, die den wöchentlichen Flohmarkt in Anjuna (Nordgoa) zu verantworten haben. Dieser Flohmarkt in Anjuna ist begleitet von Strandparties, Verkauf und Gebrauch von Drogen. Die JGF berichten von schweren Problemen für ihre Jugendlichen und fordern die Schließung des Flohmarktes, was sie kurzzeitig erreichen konnten. Doch die ausländischen, insbesondere die deutschen Touristen wollen auf ihre Kosten kommen und üben Druck auf die Regierung aus, damit der Flohmarkt wieder stattfinden kann.
Ihr Flugblatt schließen die JGF mit der Forderung: „Es liegt an Ihnen, Vernunft anzuwenden. Wenn Sie wollen, daß Goa in der Zukunft überlebt, dann kommen Sie nicht als Chartertourist nach Goa!"

mm

Fehlgeleitete Hilfe

Drei Jahre nach der letzten großen Hungerkatastrophe in Nordäthiopien und Eritrea zeichnet sich eine neue Hungersnot ab. Allein in Eritrea wird die Zahl der hilfebedürftigen Menschen auf 1.600000 geschätzt. In Tigre, der an Eritrea angrenzenden Nordprovinz Äthiopiens, sind es 1.500 000 Personen, die ohne internationale Hilfe vom Hungertod bedroht sind.
Eritrea und Tigre - beide Gebiete haben eines gemeinsam: Nach jahrelangem Befreiungskampf stehen sie nicht mehr unter der Herrschaft der äthiopischen Zentralgewalt. Die Volksbefreiungsfront von Eritrea (EPLF) und die Volksbefreiungsfront von Tigre (TPLF) haben weite Teile Eritreas und Tigres unter ihrer Kontrolle. In Eritrea und ansatzweise auch in Tigre ist eine gut funktionierende Infrastruktur aufgebaut worden, die auch unter normalen Bedingungen die Versorgung der einheimischen Völker garantieren kann. Doch das große Handicap für beide Befreiungsbewegungen: Der gesamte Nachschub, insbesondere die Nahrungsmittelhilfe, kann nicht auf kürzestem Weg zu den betroffenen Menschen gebracht werden. Denn noch immer kontrolliert die äthiopische Besatzungsarmee den in Eritrea gelegenen Hafen Massawa und die Verbindungsstrecke Massawa bis zur Grenze nach Tigre. Wie bereits in der letzten Hungersnot hat Mengistu bis heute die Öffnung dieser Strecke für den Nahrungsmittelnachschub in die von den Aufständischen kontrollierten Gebiete verweigert. So bleibt der EPLF wie auch der TPLF nichts anderes übrig, als über Port Sudan und Kassala vom Sudan her die Nahrungsmittel über hunderte von Kilometern auf eben erst angelegten Pisten nach Eritrea und über Eritrea nach Tigre zu führen. Der Versorgung der Bevölkerung vor Ort wird oberste Priorität beigemessen, denn nur so können die von der letzten Hungersnot her bekannten Flüchtlingsströme von Hunderttausenden in den benachbarten Sudan vermieden werden.
Doch der Nachschub über diese gewaltigen Distanzen ist schwierig. Bis vor kurzem wurden die Transporte aufgrund der zu befürchtenden Angriffe der äthiopischen Luftwaffe nur nachts durchgeführt. Die großen Mengen und Distanzen haben dazu geführt, daß auch auf Tagestransporte umgestellt wurde. Doch Anfang Januar griffen äthiopische Kampfflugzeuge einen Lebensmitteltransport an und zerstörten einen Lastwagen in Tsorona in der Provinz Akele-Guzay, nahe der Grenze zu Tigre.
Während immer mehr internationale Organisationen, die FAO, das World Food Programme, UNO und Unicef zu rascher Hilfe aufrufen, verrotten rund 50.000 Tonnen Getreide in der äthiopisch kontrollierten Hafenstadt Assad. Kurzfristig sind der äthiopischen Hilfsorganisation RRC die Transportfahrzeuge requiriert worden, Mengistu rüstet für eine Offensive gegen die TPLF. Aus dem gleichen Grund ist das große Zentrallager in Nazareth in der Nähe von Addis Abeba, in dem 100.000 Tonnen Getreide lagern, geräumt worden. Nunmehr dient das Lager als behelfsmäßige Kaserne für Zwangsrekrutierte, während das Getreide im Freien lagert und verrottet. Aber auch sonst ist Äthiopien nicht zimperlich im Umgang mit Hilfsgütern: Aus Asmara wird berichtet, daß die äthiopische Armee dort 100-Kilo-Getreidesäcke zum Preis von 50 äthiopischen Dollars verkauft, wobei die Säcke noch die Insignien der IKRK tragen. 10-Liter-Ölkanister werden zum Preis von 40 Dollar verkauft. Noch von der letzten Hungersnot ist bekannt, daß äthiopische Soldaten einen Teil ihres Soldes in Form von Getreide erhielten.
Hungerhilfe an die äthiopische Regierung zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Eritrea und Tigre ist fehlgeleitete Hilfe. Denn weder verfügt die äthiopische Regierung über Verteilerkanäle in den beiden Gebieten, noch ist eine korrekte Verteilung garantiert. Dazu kommt, daß Äthiopien die Hungerhilfe immer wieder als politisches Druckmittel eingesetzt hat. Weit effizienter ist die Unterstützung der beiden humanitären Organisationen ERA und REST, die für die Hilfe an Eritrea und Tigre zuständig sind. Auf politischer Ebene ist nach wie vor die Öffnung der Transportwege zu verlangen, insbesondere die Benutzung des Hafens von Massawa. **Hans-Ulrich Stauffer**

Folgende Organisationen bitten um Unterstützung:

Eritrea-Hilfswerk in Deutschland, Hohenstaufenring, 39, 5000 Köln 1, Postgirokonto 4093-503, Postgiroamt Köln

Hilfsorganisation für Tigre in Deutschland e.V., Heumarkt 48, 5000 Köln 1, Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart Kto.-Nr. 1096 535 000

Schweizerisches Unterstützungskomitee für Eritrea, Obere Gasse 25, CH-5400 Baden, PC 84-8486-5

Palästina Kongreß

2. bis 4. März 1990 in Hamburg

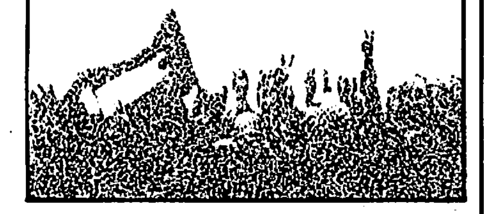
Aktuelle Informationen über die Intifada
Die Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft
Die Rolle der Frauen in der Intifada
Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft
Informationen über den Kampf der PalästinenserInnen in Israel
Solidarität mit der Intifada – wie weiter?

Eingeladen sind ReferentInnen aus Palästina und Israel

Großveranstaltung als Auftakt zum Kongreß
Freitag, 2. März, 18.00 Uhr

Palästina-Kongreß
Samstag und Sonntag, 3. und 4. März,
in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Information und Anmeldung:
FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V.
Postfach 30 41 45, 2000 Hamburg 36
Telefon 040/850 39 06 Di + Do 16-19 Uhr
Telefax 040/319 39 39



Wie ein Fisch im Wasser

Dokumentarfilm über den Aufstandsbekämpfungsplan und die Rücksiedlungen der Flüchtlinge in El Salvador; 1988/89; 60 Min.; VHS/U-matic
Produktion: Film-Video-Ton, Frankfurt/M und Medienzentrum Ruhr, Essen

„Wir bemühen uns nicht, das Meer vom Fisch zu trennen, weil es kein Meer gibt, nur Fische" so formulierte Oberstleutnant Mendez die konkrete Anwendung des Krieges niedriger Intensität in El Salvador. Die Folge: über 70.000 Tote und über 1,5 Millionen Flüchtlinge in wenigen Jahren. Trotzdem scheiterte das bisherige Konzept der Aufstandsbekämpfung, und den Flüchtlingen gelingt es, an ihre Ursprungsorte zurückzukehren. Welche Umstände dazu führten und welche Gefahren dabei überwunden werden müssen, darum geht es in unserer Dokumentation.

Verleih: Medien Informationszentrum, c/o Dritte Welt Haus, Friesengase 13, 6 Frankfurt/M 90, Tel. 069-771438 oder 442818

Siegbert Uhlig (Hg.)
AFRIKA AKTUELL
Probleme und Perspektiven der nordöstlichen Regionen
(Hamburger Beiträge zur Öffentlichen Wissenschaft, Band 8)
146 Seiten mit einem Index der Fachtermini und einer Auswahlbibliographie
Broschiert DM 22,- / ISBN 3-496-00478-9

Ausgehend von der geschichtlichen Entwicklung Afrikas, greifen die Autoren aktuelle Fragen, die überwiegend die nordöstlichen Regionen des Kontinents betreffen, auf und versuchen, Lösungen und Perspektiven anzubieten. Dabei sind sie besonders bemüht, die interdisziplinäre Verflochtenheit von Kultur, Religion, Wirtschaft und Ökologie aufzudecken.

MIT ANDEREN AUGEN
Entwicklungshelfer sehen die »Dritte Welt«
(Reflektierte Praxis: ded-Beiträge zur Entwicklungspolitik)
Die Bildtexte sind viersprachig (deutsch, englisch, französisch, spanisch).
191 Seiten mit 75 vierfarbigen und 18 schwarz-weiß Abbildungen
Format 20,5 x 24 cm
Broschiert DM 28,-* / ISBN 3-496-00473-8

Rund 80 Entwicklungshelfer stellen Fotos aus Afrika, Asien und Lateinamerika vor, die für sie zu Schlüsselbildern geworden sind: typisch für den Reichtum der meist gefährdeten Kulturen, in denen sie zeitweise gelebt haben, typisch auch für das Wesen und die Würde der Menschen, denen sie begegnet sind.

Werner Glinga
LITERATUR IN SENEGAL
Geschichte, Mythos und gesellschaftliches Ideal in der oralen und schriftlichen Literatur
ca. 640 Seiten mit 3 Karten, einer Bibliographie und einem Index
Broschiert ca. DM 98,- / ISBN 3-496-00460-6

Im Geschichtsbewußtsein und in der Literatur des Senegal sind heute Traditionen lebendig, die bis in die ägyptische Antike zurückreichen. Das Buch zeichnet die historische Entwicklung des Landes nach, wie sie sich in den großen Mythen und Epen der Vergangenheit und in der Gegenwartsliteratur widerspiegelt.

* unverbindliche Preisempfehlung

DIETRICH REIMER VERLAG  BERLIN
Unter den Eichen 57 · 1000 Berlin 45

Call me woman - nenn' mich Frau

Wer sich in Südafrika gewerkschaftlich organisiert, muß immer damit rechnen, verfolgt oder verhaftet zu werden. Sind auch noch mehr als 90% der Mitglieder Frauen, dann werden der Gewerkschaftsarbeit „besonders viele Steine in den Weg gelegt". So zum Beispiel der South African Domestic Workers Union (SADWU), eine südafrikanische Hausangestelltengewerkschaft, die 1986 aus mehreren lokalen und regionalen Organisationen hervorgegangen ist. Heute kann sie erstmals auf kleine Erfolge zurückblicken. In Einzelfällen setzte sie höhere Löhne und schriftliche Arbeitsverträge durch; ein absolutes Novum für Südafrika, wenn man bedenkt, daß schwarze Hausangestellte nach wie vor keinen Anspruch auf arbeitsgesetzliche Regelungen haben. Sie leisten in weißen Haushalten unterbezahlte Sklavenarbeit, erhalten weder Kranken- noch Arbeitslosengeld und haben kein Recht auf Mutterschutz oder geregelten Urlaub. Rechtlos sind sie der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Und gleichzeitig erfahren sie tagtäglich, was es heißt, im Apartheidstaat Südafrika eine Schwarze zu sein. Wer sich wehrt, setzt seine Arbeitsstelle aufs Spiel, und das kann fatale Folgen haben. Denn häufig sind Hausangestellte die einzigen Ernährerinnen ihrer Familien. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, und die permanente Gefahr, verhaftet zu werden, sind die wesentlichen Gründe, daß viele Hausangestellte zögern, bevor sie sich der SADWU anschließen.

„Mitglied der SADWU zu sein, heißt nicht nur, sich gewerkschaftlich, sondern vor allem politisch zu betätigen", schreibt „Call me woman - nenn' mich Frau". Diesen Namen hat sich ein in der BRD eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein gegeben, der sich zum Ziel setzte, die Hausangestelltengewerkschaft SADWU nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern auch über ihre Arbeit in der Bundesrepublik zu berichten. Da die sehr aktive Gewerkschaft auch Alphabetisierungskurse, Rechtsberatung und noch andere Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet, reichen die bescheidenen Mitgliedsbeiträge bei weitem nicht aus. Deshalb bittet der Kölner Verein „Call me woman - nenn' mich Frau" um Spenden, die der SADWU direkt zugutekommen. ck

Weitere Informationen erhältlich bei: „Call me woman - nenn' mich Frau" e.V. Brüsseler Str. 96, 5000 Köln 1, Tel. 0221/51 56 03, Spendenkonto: Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 390 193-506, BLZ 370 100 50

Drohende Klimaveränderung Konferenz in Ägypten

Auf einer vom ägyptischen Umweltministerium einberufenen Krisenkonferenz befaßten sich Ende 1989 Wissenschaftler, Planer und Politiker mit den bevorstehenden Auswirkungen des „Treibhauseffekts" auf die Küstengebiete Ägyptens.

Grundlage war eine von UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) und der US-Umweltschutzbehörde erstellte Studie über das Nildelta. Darin wird ein Ansteigen des Mittelmeers um einen Meter innerhalb der nächsten 50 Jahre prognostiziert. Die voraussichtlichen Folgen für Ägypten wären u.a. ein Verlust von 12-15% seiner fruchtbaren Böden durch Erosion und Überschwemmung, schwere Probleme bei der Trinkwasserversorgung und der Bodenbewässerung durch das Ansteigen des Salzwasserspiegels im Grundwasser und in Gewässern sowie die Gefährdung der Küstenstädte. Von diesen Veränderungen würden 15 Mio. Menschen betroffen.

Die auf der Konferenz erarbeiteten Strategien beinhalten auf globaler Ebene eine Reduktion der für die Erderwärmung verantwortlichen Emissionen und ein weltweites Forschungsprogramm zur Identifikation der gefährdeten Regionen und zur Planung von Schutzmaßnahmen an den Küsten.

Das Ziel für Ägypten ist die Erarbeitung eines Regionalentwicklungsplanes für das Nildelta. Trotz der düsteren Prognosen herrschte auf der Konferenz Optimismus, denn immerhin sei eine integrierte Langzeitstrategie in Ägypten möglich, da der Staat die Kontrolle über Landnutzung und territoriale Planung habe.

Ähnliche Treffen werden in nächster Zeit überall im Mittleren Osten stattfinden, da für die gesamte Mittelmeerregion bereits UN-Prognosen über bevorstehende Veränderungen vorliegen. Umfassende Studien für die Karibik, Süd- und Südostpazifik sowie Südasien sind in Vorbereitung.

Dabei könnte die ägyptische Entwicklungsplanung eine weltweite Schrittmacherfunktion übernehmen.

Ulrike Steckkönig

Im Herbst der Bestie

Eine Dokumentation über die Anti-IWF/Weltbank-Kampagne im Herbst 1988 in Westberlin aus autonomer Sicht.

„Diese Dokumentation erhebt keinen Anspruch auf Objektivität. Begeistert darüber, daß sich zu einem so 'abstrakten' Thema wie Internationale Finanzpolitik eine breite Bewegung mobilisieren ließ. Selbstkritisch dort, wo sich zeigt, wie leicht nach dem Verklingen des Spektakels die Lebensbedingungen in Vergessenheit geraten, die für den größeren Teil der Menschheit nach wie vor Hunger, Elend, Unterdrückung und Ausbeutung bedeuten."

Realisation: Hauke Brenner, Marika Kavouras, Ludger Pfanz, Thomas Walther

Produktion: autofocus - Videowerkstatt Westberlin

Länge: 118 min.

Verleih: autofocus, Videowerkstatt Westberlin e.V., Oranienstraße 45, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/65 54 58

Brasilien: was hat die Verschuldungskrise mit der Umweltzerstörung zu tun? vom 27.-29.4. in Bieldefeld. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

Das Foltersyndrom - Möglichkeiten der Therapie und Hilfe für Flüchtlinge, vom 8.6.-10.6. in Bielefeld. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 1, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

Westpapua und Osttimor - Zwei Völker kämpfen ums Überleben, vom 20.-22.4. in Neuendettelsau (bei Ansbach). Anmeldung: Pazifik-Infostelle, Missionswerk, PF 68, 8806 Neuendettelsau, Tel. 09874-9257

Seminare der Akademie Klausenhof:
Rechtsfragen der Sozialberater für Ausländer, vom 7.-9.3.
Leben und Arbeiten in der Migration. Ausländische Frauen und Mädchen in der BRD, vom 21.-23.3.
Minderheiten im zukünftigen Europa - Ausländersozialarbeit im Vergleich, vom 7.-11.5.
Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln-Dingden

---

Palästina-Kongreß vom 2.-4.3. in Hamburg. Anmeldung: FreundInnen des palästinensischen Volkes, PF 304145, 2000 Hamburg 36, Tel. 040-8503906 (Di/Do 16-19 Uhr)

Bessere Bilder von der Dritten Welt? Versuche zur Verbesserung der Berichterstattung, vom 16.-18.3. in Loccum. Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

---

Kurdistan-Seminar, vom 9.-11.3. in Hohenunkel (bei Bonn). Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

Verschuldung im südlichen Afrika, vom 16.-18.3. in Düsseldorf. Seminar von AAB, AK: Kein Geld für Apartheid, ASK,BUKO, ISSA. Anmeldung: Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/211355

Perspektiven einer neuen Weltagrarhandelsordnung, vom 12.-14.3. in Bad Boll. Anmeldung: Ev. Akademie, 7325 Bad Boll, Tel. 07164/79235

Contra-Connection BRD. Über die Aktivitäten der Contras in der BRD und ihre Helfershelfer, vom 7.-9.3. in Radevormwald.
Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231-148011

---

1. Vernetzungstreffen der Brasiliengruppen der BRD vom 16.-18.3.1990 Veranstaltungsort: Freiburg. Anmeldung und Information: Brasilieninitiative Freiburg e.V.
In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg Tel. 0761/53674

Zwei Jahre Intifada, Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven des palästinensischen Aufstandes, 41 Seiten, 6 DM, Bezug: KB c/o BUU, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50

Autonome Frauenredaktion (Hrsg.), **Frauenbewegungen in der Welt**, Bd. 2, Argument-Verlag, Hamburg 1989, 245 Seiten

---

T. Bauer u.a., **Silbersonne am Horizont**, Eine Schweizer Kolonialgeschichte, Limmat Verlag, Zürich 1989, 280 Seiten, 32 DM

G. Braun, **Krieg und Wirtschaftsreform in Mosambique**, Studie mit 32 aktuellen Dokumenten, Deutsche Kommission Justitia et Pax, Bonn 1989, 140 Seiten, 5 DM

I. Demele, u.a., **Modernisierung und Marginalisierung**, Brandes u. Apsel, Frankfurt 1989, 230 Seiten, ca. 30 DM

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg), **Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse**, Con Verlag, Bremen 1989, 330 Seiten, 26 DM

Gesellschaft für ökologische Forschung (Hrsg), **Amazonien - Ein Lebensraum wird zerstört**, Rabenverlag, München 1989, 212 Seiten

---

Gesundheitsladen Berlin/medico international (Hrsg), **Krieg in El Salvador**, Berlin Frankfurt 1989, Bezug: Verlag Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

J. Klaß (Hrsg), **Die EGmbH der Bosse und Banken**, Binnenmarkt '92, isp-Verlag, Frankfurt 1989, 136 Seiten

---

H. Lorscheid, **Waffenhändler am Kabinettstisch**, Lamuv-Verlag, Göttingen 1989, 96 Seiten, 9,80 DM

Kommunikationszentrum Idstein (KOMZI) u.a., **Tatort Stuttgart - Rüstungsriese Daimler Benz**, 35 Seiten DIN A 4, 4 DM, Bezug: KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein

---

S. Pater u.a., **Zum Beispiel Staudämme**, Reihe Süd-Nord, Lamuv-Verlag, Göttingen 1989, 96 Seiten 7,80 DM

V. Shiva **Das Geschlecht des Lebens - Frauen, Ökologie und Dritte Welt**, Rotbuch Verlag, Berlin 1989, ca. 250 Seiten

---

ID-Archiv im IISG Amsterdam (Hrsg), **Shell raus aus Südafrika**, Materialien zur Anti-Shell Kampagne in der BRD, 90 Seiten DIN A 4, 8 DM, Bezug: IISG, c/o Aurora, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

Goldsuche im Amazonas und die tödlichen Folgen für die Indios -Tagebuch des Goldgräbers Adalberto da Silva Santos- (Portugiesisch, oder in deutscher Übersetzung) Bezug: Brasilieninitiative Freiburg e. V.
In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg.
Überweisung von 10 DM in Briefmarken bzw. auf Konto Nr. 2 06 66 33 Sparkasse Freiburg

---

R. Steinweg, **Militärregime und Entwicklungspolitik**, Edition Suhrkamp, Frankfurt 1989, 600 S., 28 DM

Training zur Vorbereitung von Freiwilligen für einen gewaltfreien Einsatz bei dem Projekt der Internationalen Friedesbrigaden in Guatemala 25.2.-4.3.1990 in der Archegemeinschaft Bonnecombe, Südfrankreich Information und Anmeldung: Internationale Friedensbrigaden in AGF, Palaststr. 3, 5500 Trier, Tel. 0651/43571

BOLIVIA Nr. 80, Juli August 1989:
Der Hungerstreik / Der Ausnahmezustand/ Kommunalwahlen '89/Der COB-Kongreß 1989: Der Zustand der Linken/Dürrekatastrophe/Raubbau oder ökonomische Waldnutzung?/Felle auf den Wegen des Drogenhandels/ Rehabilitationszentrum oder Konzentrationslager?/Warnke in Bolivien/Lambada; u.a.
Bezug: BOLIVIA, Sago-Informationsblatt, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30; Preis: 2,50 DM

Envio Nr. 100 Okt. 89:
Aktuelles: Wahleinschreibungen der nicaraguanischen BürgerInnen/Die Parteien legen Programme und Kandidaten fest/Die wirtschaftliche Situation; Meinungsumfragen zur Wahl im Oktober/Analysen: Die Wahlen 1984 und 1990 - Ein Vergleich/Rückblick auf die Rahmenbedingungen der Wahlen 1984 und ihre Ergebnisse.
Außerdem: Kurzbericht zu El Salvador/Erklärung des sowjetischen Außenminister in Managua zum Verhältnis UdSSR-Nicaragua.
Bezug: Edition Nahua
PF 101320, 5600 Wuppertal 1

---

epd-Entwicklungspolitik 24/89:
Analyse: Tourismus in der Türkei und in Indien/ Lomé IV/Osteuropa und die Dritte Welt/Porträt: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte/Interview mit dem südafrikanischen Rechtsanwalt Satish Roopa
Information: Süd-Kommission bereitet Bericht vor/ Internationalismus-Arbeit im DGB/Schlag gegen ökumenisches Projekt in Chile/Dritte Welt braucht eigene Perspektiven/Opposition in El Salvador gefährdet/Umweltaktionsplan in Madagaskar
Dokumentation: Tourismus in der Karibik und auf Hawaii/Indiens Agenda für die Zukunft/ Bhopal-Opfer fordern Entschädigung/Plädoyer für eine ökumenische Zukunft/Christen Südafrikas fordern Verhandlungen/UN verurteilen deutsche Waffengeschäfte/DDR und Dritte Welt-Solidarität
Bezug: EPD, Postfach 170361
6000 Frankfurt 17

Inprekorr, Nr. 223, Januar 1990:
Ernest Mandel über Glasnost und die Krise der Kommunistischen Parteien/Polen: Restauration des Kapitalismus?/**CSSR:** Interview mit Petr Uhl/**Brasilien:** Erfolg für die PT/**Meldungen aus der internationalen Arbeiterbewegung:** Algerien, Spanischer Staat, Palästina, Portugal/ **die Internationale:** Marxismus und Feminismus.
Bezug: Inprekorr, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1
Einzelheft: 5 DM; Abo: 50 DM

ila 131, Dezember 89:
Schwerpunktthema: Frauenbewegung in Lateinamerika - Beitrag der peruanischen Feministin Ana-Maria Portugal über feministisches Selbstverständnis in Lateinamerika/Bericht über die zweite feministische Konferenz im Oktober in Quito/Berichte und Interviews zur Frauenbewegung in Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua und Peru
Weitere Beiträge: Wahlen in Brasilien/Honduras/Peru und Uruguay/Fernando Morais Buch „Olga“/Kulturfestival „Columbia Vive“ in Bogotá/zwei Interviews zum „Demokratisierungsprozeß“ in Chile und Lateinamerika/Augenzeugenbericht aus El Salvador/Bericht vom Kolumbien-Bundestreffen u.v.m.
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 40,- DM

Lateinamerika Nachrichten
Nr. 187, Dezember 1989:
El Salvador: Das Warten ist vorbei/Kommuniqué des Oberkommandos der FMLN/Flüchtlinge kehren zurück/Guerillas in Surinam/Lateinamerika: 500 Jahre Widerstand/Nicaragua: Wahlkampf in den Gemeinden/Peru: Absage an Sendero/Brasilien: Sensation - Lula in der Stichwahl/Musik: Lambada - der Tanz zum Deo/ Punk aus Rio
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Abo 55 DM, Einzelpreis 5 DM

BRASILIEN RUNDBRIEF - Dez. 1989:
Reise in den brasilianischen Winter/Chico Mendes - Wer sind die Schuldigen?/Goldsuche: Tod und Zerstörung in den Wäldern von Roraima/Bayer do Brasil:Gewerkschafter entlassen/ Landkonflikte in Südbrasilien/Clarindo da Silva und seine „Cantina da Lua“/Lula: Chancen auf das Präsidentenamt/Bundesregierung behindert Teilnahme an Präsidentenwahlen/Büchertips
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg
Preis: 4,- DM (Einzelheft), 15,- DM Jahresabo (4 Ausgaben)

Gen-ethnischer Informationsdienst (GID) 50, Dezember 1989:
Aktuelles: Köpfchen, Geld und Zeit für die Sequenzierung des menschlichen Genoms/Gericht stoppt Hoechster Insulinanlage/Anhörung bei Grünethal/KritikerInnen organisieren sich bundesweit gegen das Gengesetz.
Berichte: Standorte in der Bundesrepublik/ recDNA-Käse aus Holland/Österreich: Gentechnikstudie geheim.
Außerdem: Weltbank steigt in Biotech-Szene ein/Aids: Replik auf Peter Duesberg.
Bezug: GID-Redaktion, Winterfeldstr. 3, 1000 Berlin 30
Einzelpreis 5,- DM, Jahresabo 60,- DM.

Neue Außenpolitik der Sowjetunion - Rückzug aus der Dritten Welt?/Interview mit dem sowjetischen Wissenschaftler Nodari Simonia/ Reden M. Gorbatschows/**Afghanistan:** Suche nach einem Konsens/Interview mit M.A! Nabizada/**Türkei-Kurdistan:** Erkundungen vor Ort/ Terroristenprozeß gegen die PKK/Gespräch mit Kemal Burkay (TEVGER)/ **Libanon:** Der zerbrechliche Frieden/**Lateinamerika:** 1. Kongreß „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992“/**Südafrika:** Der ANC durchbricht den Bann/Rede Walter Sisulus/ Aufruf südafrikanischer Kirchen- und Gewerkschaftsführer für verstärkte Sanktionen/**EG-Dritte Welt:** Lomé-IV-Verhandlungen/ Erklärung von Nichtregierungsorganisationen/ **Internationalismus:** Thesendiskussion/**Kultur:** Filme aus der Dritten Welt/**Stichwort: Blut/Rezension:**Kurdistan
Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Einzelheft 3 DM (ab 1990 4,50 DM), Abo 42,50 DM

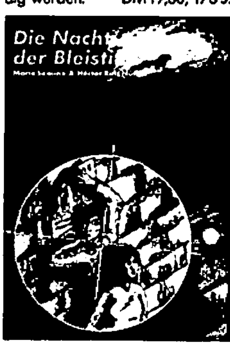
Berichtigung
Im letzten Heft (Nr. 162) haben sich auf Seite 55 zwei Satzfehler eingeschlichen: 1. Spalte, Zeile 59: statt Vertrag muß es Antrag heißen; 2.Spalte, Zeile 16 fehlt folgender Satz: „Bei Auslandsadoptionen wird eher mal darauf verzichtet. Die Gründe...“.

792/ 1/163/56412

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

Seoane & Núñez
Die Nacht der Bleistifte
Argentinien 1976. Jugendliche organisieren den Widerstand. Demonstrationen, Sprühaktionen, Flugblätter erscheinen den Militärs als »Subversion«. Das Buch folgt auf den Spuren von 7 Verschwundenen lateinamerikanischen Visionen einer neuen Zukunft. Die »Nacht der Bleistifte« läßt die Träume und die Zärtlichkeit jener argentinischen Generation, »die im Sturm heranwuchs« wieder lebendig werden. DM 19,80, 176 S.



Büro für ungewöhnliche Maßnahmen
Wut, Witz, Widerstand
Berlin, Sept.'88. Die Herren der Welt hatten geladen... und alle, alle kamen. Am geladensten waren wohl die GegnerInnen von IWF und Weltbank. Fotoband. Ca. DM 19,80, A4, 128 S.



DAS ETWAS ANDERE
RESTAURANT
PFFFF

Langer, Kock und die U.d.S.S.R.*
Das etwas andere Restaurant
Die U.d.S.S.R. räumt auf im Glitzer und Glamour des Hackfleischimperiums.
* Union der Siegener Satirischen Realisten
Cartoons für ca. DM 10,–, ca. 64 S.



fliegt aus dem rahmen!

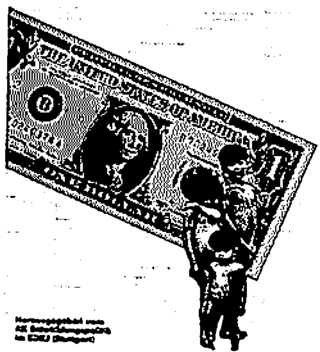
Spanisch
TRAMONTANA
Método Progresivo
Josep Martí i Pérez
Das Lehrbuch TRAMONTANA wurde am Romanischen Institut d. Universität Göttingen entwickelt. TRAMONTANA stellt die soziale Realität und Geschichte der Spanischsprechenden Länder in den Vordergrund. Die Texte behandeln z.B. den Spanischen Bürgerkrieg, Nicaragua, El Salvador oder das Leben der Minenarbeiter in Asturien... TRAMONTANA richtet sich an Universitäten, Volkshochschulen und alle, die zügig Spanisch lernen wollen. Ca. 260 Seiten, ca. DM 29,80

Esperanza de la Paz Rodriguez
Güin
Eine Geschichte aus El Salvador
»Güin ist Salvadorianer und ist es auch wieder nicht. Er lebt in einer kontrollierten Zone. Sein Name ist Güin und ist es auch wieder nicht. Er benutzt diesen Namen als Pseudonym. Er wurde ihm als Deckname gegeben. Eigentlich heißt er Erwin. Wenn Güin wüßte, daß ich hier seine wahre Identität verrate, würde er sich sicher mit mir anlegen. Er ist in der Illegalität geboren, einer verordneten, aufgezwungenen Illegalität, er ist zehn Jahre alt, aber ist es auch wieder nicht. Er ist älter, auch wenn er nicht so aussieht. Er ist ein Kind, das im Krieg geboren wurde. Wir können sagen, er ist ein Mann, aber das ist er auch nicht. Sagen wir, er ist ein großes Kind oder ein kleiner Erwachsener. Ich lernte ihn in Guazapa kennen, aber kennengelernt habe ich ihn eigentlich nie.«
Ca. DM 10,–, ca. 80 Seiten

Im Buchhandel:
Schmetterling Verlag
Holzhauser Straße 31
7 S 80

Klaus Fritsche u.a.: Verlorene Träume?
Am 1.1.'89 wurden die Feiern zu 30 Jahren kubanische Revolution eingeleitet. F. Castro hatte zu dieser Zeit den 7. US-Präsidenten überstanden. Steht hinter dieser Kontinuität auch ein erfolgreiches Entwicklungsmodell? Welche Bilanz und Perspektiven bestehen für Kuba u.a. soz. Länder? / – Das sowjetische Entwicklungsmodell – 30 Jahre kubanischer Entwicklungsweg – Sozialistische Entwicklung in Vietnam – Modernisierung in der VR China und Sozialismus – Probleme des angolanischen Entwicklungsweges – Sozialismus in der Dritten Welt DM 16,80, 144 Seiten

IWF–Weltbank



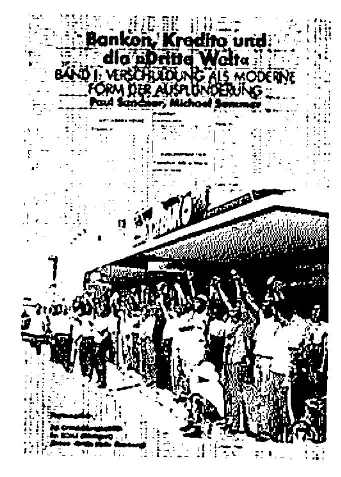
Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die »Dritte Welt«?

»Leichte Verständlichkeit und Hinführung zur heutigen Verschuldungskrise und der Rolle von IWF und Weltbank durch einen historischen Abriß der Währungs-Nachkriegsgeschichte sind die Trümpfe der 128-Seiten-Publikation (Herausgeber: AK Entwicklungspolitik im Bund der Deutschen katholischen Jugend). Wohltuend: viele Erklärungen und ein Glossarium.
Schülerfreundlicher Preis.«
die tageszeitung, 13.2.'87

»Das Buch, das nunmehr in vierter, überarbeiteter Auflage vorliegt, ist eine sachkundige und verständlich geschriebene Erklärung der Geschichte und Wirkungsweise von Internationalem Währungsfonds und Weltbank.
Grafiken, Begriffserklärungen und ein Register erleichtern den Gebrauch.«
epd-Entwicklungspolitik, 9/87

6. Auflage, 128 S., DM 12,–. ISBN 3-926369-57-4

Verschuldung



Banken, Kredite und die »Dritte Welt«

Die Lage der »Dritten Welt« in den achtziger Jahren ist durch eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise geprägt. Vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Verschuldung geht der »Pro-Kopf-Verbrauch« in den Schuldnerstaaten zurück, während die Gläubigerbanken der BRD Mitte der achtziger Jahre historische Höchstgewinne erzielen.

Band I: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung
Ursache, Entstehung und Wirkungsweise der Verschuldung der »Dritten Welt« verständlich erklärt.
Herausgegeben vom AK Entwicklungspolitik im BDKJ/Stuttgart und der Aktion Dritte Welt/Freiburg. 3. Auflage, DM 9,50, 128 S., ISBN 3-926369-53-1

Band II: Südkorea, Argentinien und Tansania – Länderbeispiele
Die in Band I gezeigten Ursachen und Wirkungsweisen der Verschuldung konkret an drei Ländern.
Herausgegeben vom AK Entwicklungspolitik im BDKJ/Stuttgart. DM 12,–, 128 Seiten. ISBN 3-926369-54-X

Welturanmarkt



Strahlende Geschäfte
Der Tanz auf dem Welturanmarkt

Namibia: Die Uranproduktion für den grauen Markt
Rio Tinto Zinc: Ob in Panama oder Europa – ein Konzern ist weltweit dabei
Die BRD: Die Uranmafia reicht von NUKEM bis zur Gewerkschaft Brunhilde
Natürliche Strahlenbelastung: Wie kommt das Uran auf den Acker
Die Militärs: Atombomben aus hoch angereichertem Uran und Plutonium, Munition aus abgereichertem Uran – sie können alles gebrauchen
Die »Dritte Welt«: Verschuldeter Einstieg in die Atomtechnologie

ISBN 3-926369-55-8; 9,50 DM; 128 Seiten
Hrsg. AKAFRIK und Umwälzzentrum Münster e.V.
mit vielen Fotos und Abbildungen